

# Grundsätze deutscher Sicherheitspolitik

Grundlagen, Interessen, Defizite

## Dokumentation

### 9. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress

29. und 30. November 2002  
Queens Hotel Karlsruhe

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.  
Landesgruppe Baden-Württemberg



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V.  
Landesbereich Baden-Württemberg



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	2
Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Erwin Teufel, MdL .....	3
Programm .....	4
Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Oberst d. R. Peter Eitze .....	5
Niko Schmeja: "Welt im Umbruch - auf dem Wege zu einem neuen Machtgleichgewicht" .....	7
Ursula Mogg: "Deutschlands sicherheitspolitische Ziele und ihre Verwirklichung" .....	17
Karl Lamers: "Deutschlands Interessen zwischen europäischer Einbindung und transatlantischer Partnerschaft" .....	23
Hans Frank: "Das Instrumentarium der Sicherheitspolitik heute: Möglichkeiten und Grenzen von Streitkräften" .....	29
Friedrich Wilhelm Ploeger: "Die Bundeswehr zwischen Interventionsanforderungen und Landesverteidigung - eine Bestandsaufnahme und die Folgerungen" .....	35
Niko Schmeja: "Eurasien und die Neuauflage des großen Spiels" .....	39
Resolution .....	41
Bericht von Niko Schmeja über den Kongress in "Europäische Sicherheit" .....	42
Teilnehmerliste .....	43

Bildquellen: Bis auf das Portrait des Ministerpräsidenten Erwin Teufel wurden alle hier abgedruckten Fotografien von Johann Michael Bruhn aufgenommen.

---

## Vorwort

Die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V., Landesbereich Baden-Württemberg, haben vom 29. bis 30. November 2002 ihren 9. Internationalen sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe zum Thema *Grundsätze deutscher Sicherheitspolitik* unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg durchgeführt.

Nachdem sich die Teilnehmer des 8. sicherheitspolitischen Kongresses 2001 den Einflüssen des Nahen Ostens und des Balkans auf die Sicherheitspolitik der NATO und der EU gewidmet haben, wollten die Veranstalter in diesem Jahr nachfragen, welche Konsequenzen, insbesondere auf deutscher Seite, im Hinblick auf die schrecklichen Ereignisse des 11. September 2001 gezogen worden sind. Eine besondere Aktualität gewann das Thema des Kongresses durch die immer noch nicht beseitigte Gefahr eines drohenden Krieges mit dem Irak. Um das Thema in all seinen Facetten ausleuchten zu können, kamen kompetente Referenten zu zentralen Fragen deutscher Sicherheitspolitik zu Wort.

Nach der traditionellen Einführung durch Oberst a. D. d. R. Nikolaus Schmeja, der die Zielsetzung des Kongressthemas umriss und auf die drängenden sicherheitspolitischen Fragen hinwies, trugen die Bundestagsabgeordnete Ursula Mogg (SPD) und der Bundestagsabgeordnete Dr. Karl Lamers (CDU) zu den sicherheitspolitischen Zielen und Interessen Deutschlands vor. Den Referaten konnten übereinstimmende, aber auch kontroverse Ansichten entnommen werden. Die unterschiedlichen Ansätze der beiden Politiker, deutsche Sicherheitspolitik erfolgreich zu gestalten, wurden deutlich erkennbar. Die anschließende Diskussion war sachlich und leidenschaftlich zugleich. Einzelne Fragen und Anmerkungen aus den Reihen des Auditoriums ließen nicht unerhebliche Bedenken gegenüber dem gegenwärtigen Zustand deutscher Sicherheitspolitik erkennen. Vizeadmiral a. D. Hans Frank zeigte die Möglichkeiten und Grenzen von Streitkräften im sicherheitspolitischen Bereich auf und wies darauf hin, dass Streitkräfte zwar nur eine, aber eine sehr wichtige Komponente erfolgreicher Sicherheitspolitik sein können. Generalmajor Friedrich Wilhelm Ploeger trug zu den Konsequenzen für die Struktur und Ausstattung der Bundeswehr vor und wies auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die Streitkräfte derzeit zu kämpfen haben. Der Schlussvortrag durch Oberst a. D. d. R. Nikolaus Schmeja rundete das Thema ab, indem er auf wichtige Zusammenhänge innerhalb des eurasischen Raumes einging. Es bestand unter allen Referenten Einigkeit, dass die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee erhalten bleiben und finanziell besser gestellt werden muss. Die am Ende des Kongresses einstimmig verabschiedete Resolution der über 200 Teilnehmer ist ein deutliches Signal an die Politik, die deutschen Sicherheitsinteressen nicht zu vernachlässigen und insbesondere die notwendigen Mittel für die Aufgaben der Bundeswehr bereitzustellen. Das klare Bekenntnis zur Wehrpflicht spiegelt sich in der Resolution ebenfalls wieder.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass auch der 9. Internationale sicherheitspolitische Kongress ein voller Erfolg war. Um die Inhalte der Tagung über den Teilnehmerkreis hinaus bekannt zu machen, legen wir diese Dokumentation vor.

Wir danken dem Schriftführer der Landesgruppe Baden-Württemberg im VdRBw e. V., HptFw d. R. Johann Michael Bruhn und den Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle des VdRBw e. V. in Sigmaringen für die Zusammenstellung der Vorträge und die Auswahl der Bilder. Wir freuen uns besonders, dass diese Dokumentation erstmals in gedruckter Form erscheinen kann. Hierfür und für die gelungene Organisation des Kongresses gebührt ihnen unser herzlichster Dank.

Wir hoffen, dass der vom 28. bis 29. November 2003 geplante 10. Internationale sicherheitspolitische Kongress auf dasselbe Interesse stoßen wird, wie die vergangenen Kongresse.

  
Peter Eitze  
Landesvorsitzender VdRBw  
und Oberst d. R.

  
Nikolaus Schmeja  
Landesvorsitzender GfW  
und Oberst a. D. und d. R.

## Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Erwin Teufel



Auch ein Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA hat die Welt die schrecklichen Bilder aus New York noch immer direkt vor den Augen. Die Sicherheitslage ist ungewiss. Die staatlichen Sicherheitsbehörden befinden sich in ständiger Alarmbereitschaft. Die Bedrohung unserer Freiheit und der demokratischen Grundordnung durch fanatische Terroristen beschäftigt jeden Bürger unseres Landes.

Wo steht die Deutsche Sicherheitspolitik ein Jahr nach den Geschehnissen in New York? Welche Konsequenzen wurden aus dem Terroranschlag gezogen? Sind wir gegen Anschläge dieses Ausmaßes gewappnet? Die Ereignisse des 11. September 2001 verlangen Antworten auf diese brisanten Fragen. Die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr gemeinsam mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik stellt ihren 9. Kongress unter das Thema »Grundsätze deutscher Sicherheitspolitik - Grundlagen, Interessen, Defizite«. Der Kongress in Karlsruhe will versuchen, Lösungsansätze und Antworten auf die drängenden Fragen zu finden.

Dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr danke ich, dass er dieses aktuelle Thema erneut aufgreift. Ich bin überzeugt, dass von der Tagung wichtige Anregungen ausgehen und Eingang in die Diskussion über die Sicherheitspolitik und die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr finden werden.

Als Schirmherr wünsche ich dem 9. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe einen guten Verlauf und allen Teilnehmern interessante und informative Gespräche.

*Erwin Teufel*

# Programm

Freitag, 29. November 2002

- 1700 Uhr Pressegespräch  
1800 Uhr Eröffnung  
Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Oberst d. R. Peter Eitze  
Grüßworte  
1845 Uhr Einführung  
"Welt im Umbruch - auf dem Wege zu einem neuen Machtgleichgewicht"  
Oberst a. D. d. R. Niko Schmeja  
1915 Uhr Vortrag und Diskussion  
"Deutschlands sicherheitspolitische Ziele und ihre Verwirklichung"  
Ursula Mogg, MdB, SPD, Mitglied des Verteidigungsausschusses
- anschließend Aussprache und gemeinsames Abendessen

Samstag, 30. November 2002

- 0845 Uhr Aktuelles, Tagungsangelegenheiten  
0900 Uhr Vortrag und Diskussion  
"Deutschlands Interessen zwischen europäischer Einbindung  
und transatlantischer Partnerschaft"  
Dr. Karl Lamers, MdB, CDU, Mitglied des Verteidigungsausschusses  
1015 Uhr Kaffeepause  
1045 Uhr Vortrag und Diskussion  
"Das Instrumentarium der Sicherheitspolitik heute:  
Möglichkeiten und Grenzen von Streitkräften"  
Vizeadmiral a. D. Hans Frank, Präsident Bundesakademie für Sicherheitspolitik  
1215 Uhr Mittagessen  
1345 Uhr Vortrag und Diskussion  
"Die Bundeswehr zwischen Interventionsanforderungen und Landesverteidigung  
- eine Bestandsaufnahme und die Folgerungen"  
Generalmajor Friedrich Wilhelm Ploeger, Stabsabteilungsleiter FüS III  
1500 Uhr Kurzvortrag  
„Eurasien und die Neuauflage des großen Spiels“  
Oberst a. D. d. R. Niko Schmeja  
1530 Uhr Verabschiedung der Resolution  
1545 Uhr Zusammenfassung und Verabschiedung  
1600 Uhr Ende der Veranstaltung

## Anmerkungen zur Bearbeitung

Die Texte wurden uns von den Referenten als Redemanuskripte in Papierform oder als Computerdatei übergeben. Eine Wiedergabe im Schriftgrad 14 mit doppelter Zeilenschaltung, handschriftlichen Anmerkungen und den Leser verwirrenden Abkürzungen erschien mir nicht sinnvoll. Auch die Textattribute "Fett" und "Unterstrichen" wurden nicht lückenlos übernommen, da sie recht unterschiedlich verwendet wurden und mehr der Redegestaltung dienen. Die in Redemanuskripten vermehrt verwendete Zeilenschaltung wurde auf ein für Druckwerke übliches Maß reduziert. Die Texte wurden einheitlich auf die neue Rechtschreibung umgestellt. Inhaltliche Kürzungen und Erweiterungen wurden nicht durchgeführt.

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.

# Begrüßungsrede

## des Landesvorsitzenden Oberst d. R. Peter Eitze

Frau Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Herr Landrat, meine Herren Bürgermeister, Herr Admiral, meine Herren Generale, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden!

Im Namen der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich Baden-Württemberg, eröffne ich den 9. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress im Queens Hotel in Karlsruhe. Er ist dem Thema "Grundsätze deutscher Sicherheitspolitik" gewidmet.

Nachdem sich der letzte Kongress mit den Einflüssen des Nahen Ostens und des Balkan auf die Sicherheitspolitik der NATO und der EU beschäftigt hat und ganz unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse des 11. September 2001 stand, wollen wir in diesem Jahr nachfragen, welche Konsequenzen, insbesondere auf deutscher Seite, im Hinblick auf diesen Anschlag gezogen worden sind.

Die Anschläge von Djerba, von Bali und gestern von Mombasa haben uns deutlich vor Augen geführt, dass die islamitischen Terroristen, insbesondere die noch nicht zerschlagene El Kaida, weitere Anschläge planen und durchführen werden. Diese Anschläge kommen näher, denn es sind nunmehr auch deutsche Bürger unter den Toten und Verletzten. Es wäre sicherlich eine brisante Frage, was unsere Sicherheitskräfte in Deutschland zu tun im Stande wären, wenn ein mit Sprengstoff beladenes Sportflugzeug über dem Hotel einer Großstadt kreist und damit droht Sprengsätze abzuwerfen oder diese gar abwirft.

Die immer noch nicht gelösten Probleme auf dem Balkan, die nahezu täglichen Selbstmordattentate in Israel, der ungezügelte Islamismus und die noch nicht gebannte Kriegsgefahr im Irak sind für uns Grund genug, über Ziele, Strategie und Mittel zur Abwehr zu diskutieren.

Der Fundamentalismus insbesondere in der Form des Islamismus, organisierte Bandenkriminalität und die Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen in Händen von Diktatoren und Terroristen führen zu neuen Gefahren und wie der Irak zeigt zu akuter Kriegsgefahr. Wir werden im Rahmen dieses Kongresses sicherlich auch über die Frage diskutieren, ob es gut ist, wenn sich Deutschland trotz einer mit großer Mehrheit verabschiedeten UNO-Resolution gegenüber dem Irak neutral verhält, obwohl dessen Diktator bereits Giftgas gegen die Kurden und den Iran mit den Ergebnis von Tausenden von Toten eingesetzt hat. Wir werden uns fragen müssen, ob es konsequent ist, über Jahre die Bedeutung und Legitimationswirkung von UNO-Resolutionen herauszustellen und dann, wenn es zum Schwur kommt, die UNO nicht zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Welt und die sicherheitspolitische Lage haben sich nicht nur in den letzten zehn Jahren, sondern insbesondere nach dem 11. September dramatisch verändert. Die Ost-West-Konfrontation ist beendet. Der Warschauer Pakt hat den Wandel nicht überlebt. Die NATO wird immer mehr zum Garant des Friedens in Europa und in der Welt. Der NATO-Gipfel in Prag hat die Tür geöffnet, um weiteren Mitgliedern die Aufnahme in die NATO zu ermöglichen. Die Annäherung an Russland eröffnet völlig neue Perspektiven. Die bilaterale Verständigung zwischen den USA und Russland muss uns Europäer aber aufmerken lassen. Europa muss lernen, außen- und sicherheitspolitisch mit einer Stimme zu sprechen, um von den großen Mächten USA und Russland ernst genommen zu werden.

Wir wollen auch über die Frage diskutieren, ob die Reform der Bundeswehr alle Facetten dieser neuen Lage erfasst. Das Bundesministerium der Verteidigung hat, um nur ein Beispiel zu nennen, die Verabschiedung der neuen Reservistenkonzeption aufgrund der Ereignisse des 11. September 2001 nunmehr mehrfach zurückgestellt, um sie möglicherweise in essentiellen Teilen neu zu formulieren. Die Diskussion um den richtigen Weg der Bundeswehr wird weitergehen. Es ist dringend notwendig, sachlich und emotionsfrei über Einsätze der Bundeswehr im Inneren zur Stärkung unserer Sicherheit gegen terroristische Angriffe zu sprechen. Gerade wir Reservisten, die im Heimat- und Objektschutz bestens ausgebildet sind, können und müssen hier mitreden.

Wir haben uns also einiges vorgenommen. Die Veranstalter haben gehofft, Ihr geschätztes Interesse an diesen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen, wie in den vergangenen Jahren zu gewinnen. Mit 200 Teilnehmern zeigen Sie wiederum ihr großes Interesse. Wir danken Ihnen hierfür ganz besonders, weil Sie unser Anliegen, zur öffentlichen sicherheitspolitischen Diskussion beizutragen, durch Ihre Teilnahme nachhaltig unterstützen.

Es wären mehr Teilnehmer geworden, hätten wir nicht aus Kosten- und Kapazitätsgründen beschränken müssen. Wir bitten jene um Verständnis, die in diesem Jahr nicht mehr zugelassen werden konnten. Wir sind von der Kapazität und den Kosten im Grenzbereich angelangt. Eine Vergrößerung des Kongresses, etwa wie im letzten Jahr mit über 300 Teilnehmern, würde bedeuten, dass wir in Kongresshotels oder Kongresszentren umziehen müssten, da nur diese über die entsprechende Kapazität und Infrastruktur verfügen. Wir würden uns dieser reizvollen und anspruchsvollen Aufgabe gerne widmen. Der Kongress würde sich jedoch ohne Zweifel entsprechend verteuern. Eine Eigenbeteiligung an den Kosten wäre unumgänglich. Anregungen nehmen wir natürlich gerne entgegen, zumal im nächsten Jahr der 10. Jubiläumskongress ansteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir freuen uns sehr, dass Sie unserer Einladung wieder in so großer Zahl gefolgt sind. Die Freude ist auch deshalb so groß, weil sich erst vor zwei Wochen 450 Gäste ein Stelldichein bei unserem 40jährigen Jubiläum gegeben haben.

Erlauben Sie, dass ich einige Persönlichkeiten unter Ihnen namentlich begrüße. Ich begrüße zu allererst aus dem Deutschen Bundestag:

Frau Ursula Moog, MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages und Mitglied der SPD-Fraktion. Sehr verehrte Frau Moog, ich freue mich, dass Sie erstmals unseren Kongress besuchen und sogleich einen der Vorträge übernommen haben. Ich danke Ihnen hierfür sehr herzlich und versichere Ihnen, dass wir Ihre Ausführungen mit Spannung erwarten.

Stellvertretend für die Vertreter der Gebietskörperschaften und der umliegenden Städte und Gemeinden begrüße ich sehr herzlich: Herrn Stadtrat Torsten Schmidt, i. V. OB Stadt Karlsruhe und Herrn Landrat und Oberstlt d. R. Georg Denzer, Tauberbischofsheim, Herrn Bürgermeister und Oberst d. R. Bruno Gärtner, Dielheim und Herrn Oberstlt d. R. Michael Sterk i. V. Landrat Tann, Friedrichshafen.

Herr Stadtrat Fischer, es hat schon Tradition, dass wir diesen Kongress in Karlsruhe ausrichten. Wir freuen uns deshalb immer wieder in dieser schönen Stadt zu sein. Ich danke Ihnen, dass Sie ein Grußwort für die Stadt Karlsruhe überbringen.

Stellvertretend für alle Angehörigen der Bundeswehr heiÙe ich willkommen: Vizeadmiral a. D. Hans Frank, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Herr Admiral, ich freue mich über Ihren Besuch ganz besonders. Sie haben sich in Ihrer aktiven Zeit, zuletzt als Stellvertreter des Generalsinspektors, weit über das vorgeschriebene MaÙ hinaus um uns Reservisten und unseren Auftrag gekümmert. Ich denke gerne an Ihre höchst fach- und sachkundigen Ausführungen, die Sie anlässlich der Jahrestagungen "Freiwillige Reservistenarbeit" und bei anderer Gelegenheit uns zuteil werden lieÙen. Wir haben hiervon in hohem MaÙe für unsere ehrenamtliche Tätigkeit profitiert, wofür ich Ihnen an dieser Stelle herzlich danke. Ganz besonders freue ich mich, dass Sie spontan Ihre Bereitschaft erklärt haben, unseren Kongress zu besuchen und zu uns zu sprechen. Ich freue mich, dass Sie morgen zu uns sprechen werden.

Ich heiÙe ebenso herzlich willkommen: Brigadegeneral Jürgen Knoppe, stellvertretender Befehlshaber im Wehrbereich IV. Ich freue mich Herr General, dass Sie das Grußwort unseres Befehlshabers im Wehrbereich IV, Generalmajor Kersten Lahl, überbringen.

Erstmals bei diesem Kongress und herzlich willkommen: Oberst Walter Engelhardt, Kommandeur VBK 52. Ich freue mich, dass Sie unseren Kongress besuchen. Gemeinsam mit meinem Landesvorstand biete ich Ihnen eine vertrauensvolle und kameradschaftliche Zusammenarbeit an.

Ich begrüÙe ebenso herzlich: Generalmajor a. D. Dr. Gottfried Greiner, zuletzt Befehlshaber Territorialkommando Süd und Generalmajor a. D. Frank Schild, zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich V und einer unserer Referenten des 2. Kongresses 1995.

Meine Herren, Ihr Kommen betrachte ich als Beweis für die gute und jahrelange vertrauensvolle und kameradschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Freiwilligen Reservistenarbeit innerhalb und auÙerhalb des Wehrbereichs und der Verteidigungsbezirke.

Stellvertretend für die anwesenden Angehörigen der mit uns verbündeten und befreundeten Streitkräfte und Verbände begrüÙe ich ganz herzlich aus Österreich in Vertretung des Militärkommandanten Vorarlberg in Bregenz Oberstleutnant Erwin Ritter von Fitz.

Aus Frankreich Colonel d. R. Jean-Francois Peltier, Major d. R. Thierry Klein und H d. R. Louis Trousse.

Aus Kroatien Oberst Prof. Dr. Tomo Jantol und Oberst Rosariso Rozga.

Aus Rumänien Oberst (R) Anghel Filip.

Aus der Schweiz WM Werner Siegfried und Gfr Egon Link.

Aus der Slowakei Oberleutnant d. R. Dipl.-Ing. Dr. Dusan Racko, Präsidiumsmitglied des Verbandes der Reservisten der Slowakischen Republik Franjek Bincik. Ich gratuliere auch Ihnen und Ihrem Land, dass nunmehr der Weg zur Aufnahme in die NATO geebnet wurde. Wir freuen uns, dass Sie wieder unter uns sind.

Meine Herren, liebe Kameraden, mit Ihrer Anwesenheit unterstreichen Sie die guten Beziehungen unserer Landesgruppe auch im internationalen Bereich. Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass Sie die teilweise langen Anreisewege auf sich genommen haben.

In Vertretung des Landesvorsitzenden Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Dr. Martin Lunitz, Konstanz und Landesgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Soldaten Oberstlt d. R. Karl Mohr sowie Hiltrud Thaysen-Schmeja, Präsidentin der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft in Tübingen.

Ich begrüÙe die hier anwesenden Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr herzlich, die an der Spitze durch den früheren Kommandeur des ehemaligen Verteidigungsbezirks 54 Oberst a. D. d. R. Nikolaus Schmeja, den Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg, vertreten sind. Ich möchte diese Gelegenheit einmal mehr nutzen, mich bei unserem Kameraden Nikolaus Schmeja sehr herzlich für die auÙerordentlich fruchtbare Zusammenarbeit zu bedanken. Sie funktioniert auf allen Ebenen in Baden-Württemberg bestens und heiÙe stellvertretend für alle Sektionsleiter und Mitglieder der GfW willkommen Oberst d. R. Rolf Benedikt.

Nicht zuletzt begrüÙe ich von ganzem Herzen meine Reservistenkameraden, die von auÙerhalb und aus ganz Baden-Württemberg unserer Einladung gefolgt sind. Stellvertretend für alle heiÙe ich willkommen Vizepräsident und Oberst d. R. Dr. Edmund Wilhelm, den Ehrenlandesvorsitzenden Oberst d. R. Dr. Roland Idler, den 1. stellvertretenden Vorsitzenden der Landesgruppe Schleswig-Holstein, Oberstlt d. R. Rolf Hellriegel, Oberst d. R. Dr. Hellmuth Brandt, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Ich begrüÙe die Vertreter der Medien und freue mich auf eine ausgewogene und interessante Berichterstattung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass die namhaften und höchst sachkundigen Referenten, die wir für diesen Kongress wiederum gewinnen konnten, unser Thema aus allen Blickwinkeln beleuchten werden.

Wir werden, wie in den letzten vier Jahren, auch dieses Mal eine Dokumentation erstellen, die alle Vorträge enthält. Sie wird allen Fraktionen im Deutschen Bundestag, den Parteien, den Ministerien, der Bundeswehr, den Verbänden, Ihnen und allen interessierten Bürgern zugehen.

Wir haben eine Resolution vorbereitet, die auf die aktuelle Diskussion um die Sicherheit Deutschlands und Europas eingeht und Stellung bezieht. Wir wollen diese Resolution morgen Nachmittag verabschieden. Sie finden den Entwurf in Ihrer Tagungsmappe.

Wir freuen uns auf interessante Vorträge, neue Erkenntnisse, konstruktive Diskussionen, interessante Gespräche und kameradschaftliche Begegnungen.

Wir danken dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, der bereits zum sechsten Male die Schirmherrschaft über diesen Kongress übernommen hat. Dies ist für uns eine große Ehre und Verpflichtung. Wir sehen es aber auch als Bestätigung unserer Verbandsarbeit und unseres Bemühens, einen Beitrag zur Diskussion um unsere Sicherheit zu leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Niko Schmeja  
Welt im Umbruch  
auf dem Wege zu einem neuen Machtgleichgewicht



1. Neue Rahmenbedingungen für die Weltpolitik

a. *Die bestimmenden Trends der neueren Entwicklung*

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben vier Faktoren die Entwicklung der Welt wesentlich beeinflusst:

- ▶ der rasante Fortschritt von Wissenschaft und Technik,
- ▶ die Entkolonialisierung und damit das Entstehen von zahlreichen neuen selbständigen Staaten, die um ihre Identität und Lebensfähigkeit ringen,
- ▶ die Globalisierung, ausgelöst durch die tatkräftige Aufbauhilfe der Vereinigten Staaten für Europa nach Kriegsende und die neuen Möglichkeiten für Transport, Verkehr, Information und Kommunikation,
- ▶ das Ringen um Ordnungsprinzipien in einer Welt, die mit der UN-Charta die Wiederholung der blutigen Auseinandersetzungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zukünftig vermeiden wollte.

b. *Wissenschaft und Technik*

Wissenschaft und Technik haben durch Verbesserung der Lebens- und Überlebenschancen der Menschen wesentlich zu der noch ständig steigenden höheren Lebenserwartung und der wachsenden Weltbevölkerung beigetragen. Durch die neue Leistungsfähigkeit der Verkehrs- und Transportsysteme, sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie haben sie der Globalisierung die entscheidenden technischen Möglichkeiten gegeben und die Welt näher zusammenrücken lassen. Die Fähigkeit, Arbeitsgänge zu automatisieren, körperliche Arbeit zu erleichtern und auch komplexe Vorgänge zu steuern, hat zusammen mit neuen Werkstoffen die Zahl der Produkte für den menschlichen Gebrauch wesentlich erhöht. Nur diejenigen Gesellschaften bleiben wettbewerbsfähig, die ein leistungsfähiges Bildungs- und Ausbildungssystem besitzen und angemessen in Forschung und Entwicklung investieren. Hier ist eine sich ständig weiter öffnende Schere zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern erkennbar, die Abhängigkeiten und konfliktträchtige Konstellationen schafft und Parallelwelten sehr unterschiedlicher Leistungsfähigkeiten festschreibt. Dies gilt nicht nur für die wirtschaftliche Potenz, sondern auch auf dem militärischen Sektor. Die militärische Überlegenheit der Streitkräfte der Vereinigten Staaten ist vor allem technisch bedingt. Sie sind dank ihrer Fähigkeiten zur weltweiten Aufklärung und Kommunikation aus dem All, der auf Seemacht abgestützten Fähigkeit zur "power projection" praktisch an jedem Punkt der Erde und mit ihren zielsicheren Waffen auf Kriege und Interventionen der unterschiedlichsten Art vorbereitet. Demgegenüber stehen in unterentwickelten, besonders aber in den zerfallenden Staaten Afrikas und Asiens ohne funktionierende Staatsgewalt, bewaffnete Gruppen und Banden mit einfachen Instrumenten und Waffen bereit, die weder uniformiert sind, noch auf High-Tech zurückgreifen können. Einfaches Sturmgewehr, Machete und Gartengerät stehen als Waffen zur Verfügung, der Pick-up ist der Mannschaftstransporter. Krieg wird häufig um des Krieges willen geführt, um die Kriegführenden zu ernähren. Dazwischen finden wir die technisch weitgehend stehen gebliebenen militärischen Kräfte der großen Regionalmächte Russlands, Chinas und Indiens, die zwar Nuklearwaffen, aber keine Fähigkeit zur nachhaltigen, weiträumigen Intervention besitzen. Die Europäer können bei einzelnen Systemen durchaus Waffen und Fähigkeiten der "state of the art" bieten, haben aber mangels eines gemeinsamen Konzepts und nicht ausreichender, sich ergänzender Truppen kein militärisches Gewicht gewinnen können, das ihnen in allen Bereichen und Regionen ein Mitsprache sichern würde.

c. *Globalisierung und ihre sicherheitspolitisch relevanten Folgen*

Shalini Randeria beschreibt 1998 in einer Schrift der Stiftung Entwicklung und Frieden Globalisierung als

"eine zunehmende transnationale Bewegung von Kapital, Gütern und Menschen;

eine engere Vernetzung mittels neuer Kommunikationstechnologien;

eine komplexere internationale Arbeitsteilung durch die Zerlegung der Produktion von Waren und Dienstleistungen an verschiedene Orte;

ein rascher Fluss von Ideen, Bildern und Konsummustern sowie Objekten;

ein wachsendes Bewusstsein für Risiken und Gefahren, die die Welt als Ganzes bedrohen;

Ein quantitativer Anstieg und Bedeutungszuwachs transnationaler Institutionen sowie global vernetzter politischer Bewegungen.

Es geht somit um die wechselseitige, horizontale wie vertikale Durchdringung dieser Prozesse, und zwar auf nationaler, subnationaler und transnationaler Ebene."

In den ersten Studien des "Club of Rome" wurde bereits die globale Reichweite von Umweltrisiken, die durch menschliche Tätigkeit und die wachsende Weltbevölkerung akut wurden, hingewiesen. Die Begrenztheit von Rohstoffen und bestimmten Energieträgern, mit denen zu sorglos umgegangen wurde, war ein anderer Aspekt der Kritik an der Entwicklung.

Im Vordergrund standen aber zunächst wirtschaftliche Aspekte und Initiativen, die zunehmend zur Entgrenzung durch Öffnung von Märkten und über Arbeitsteilung und Ergänzung von Leistungen zur immer stärkeren, weltweiten Verflechtung führten. Dies wiederum hatte zur Folge, dass Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr im Rahmen von Volkswirtschaften sondern global bemessen wurde. Einige versuchten sich diesem Druck durch Subventionierung unproduktiver oder nicht wettbewerbsfähiger Teilbereiche bzw. durch die Errichtung von Handelsschranken und -hemmnissen zu entziehen. Das Problem verschlimmerte sich dadurch, da die Forderungen nach Unterstützung ständig stiegen, der Anpassungsdruck abgelenkt wurde, Staatsschulden wuchsen und Zukunftsbranchen nicht ausreichend gefördert wurden.

Mit der Öffnung für einen globalen Markt erwuchs aber auch ein Druck zur Anpassung der Geschäftsmethoden und des Management, Finanzinstitutionen und Kontrollmechanismen mussten angepasst werden und schließlich ergab sich zunehmend auch ein Druck auf die Effizienz von Verwaltungen und die Zuverlässigkeit von Regierungen. Die Forderung nach demokratischer Kontrolle, wenn sie häufig auch nur durch formale Erfüllung befriedigt wurde, gewann an Gewicht. Andererseits musste eine Öffnung für freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen langfristig auch Einfluss auf Kultur und Gesellschaft haben. Der Druck auf lokale und regionale Ordnungen und Verhältnisse wuchs und führte zu Verunsicherungen. Ein quasi Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen kulturellen, religiösen und institutionellen Ordnungsangeboten stellt Normen und Lebensweisen, kurz: Identitäten in Frage und lässt mit dem Untergang oder der Sinnentleerung von traditionellen Lebensweisen auch Verlierer und Orientierungslose zurück. Einige suchen die Antworten bei den Grundlagen ihrer Religionen, in ihrer Geschichte und in staatlicher Selbständigkeit. Fundamentalismus ist eine Antwort auf die schwieriger gewordene Lage.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems gewann die Globalisierung noch an Dynamik, nunmehr auch in dem Bereich der ehemals sozialistischen Staaten, von denen viele nach Jahrzehnten in der sowjetisch-russisch diktierten Klausur des sozialistischen Systems ihr Heil in der absoluten Öffnung gegenüber dem Westen sahen, ohne dass ihre Gesellschaften die Voraussetzung für den Umstrukturierungsprozess mitbrachten. Globalisierung gewann damit zunehmend auch in der ehemaligen "zweiten Welt" kulturelle und gesellschaftliche Dimensionen und führte damit zwangsläufig zu politischen Veränderungen. Zerfall aber auch Neubildung politischer Einheiten und Beziehungen waren die Folge. Organisationen, Bewegungen und Aktivitäten sahen sich von der lokalen und regionalen Ebene ohne Einbindung in das zentral gesteuerte System plötzlich auf ein globales Spielfeld versetzt.

Insgesamt führte die Globalisierung zu Entgrenzung, Verflechtung und Interdependenz bei zunehmender Kommunikationsdichte. Nationalstaaten und traditionelle Allianzen verloren an Bedeutung, dafür traten nichtstaatliche Akteure auf allen Handlungsebenen hinzu, transnationale Wirtschaftskonzerne, Banken und Organisationen entstanden in großer Zahl. Bald wurde auch deutlich, dass nicht alle in gleicher Weise die Chancen der Globalisierung nutzen konnten oder die damit verbundenen Reformen, die mit einigen Härten einher gingen, in aller Konsequenz durchzuführen bereit waren. Widerstände regten sich, die ersten Krisen verschärfen in einigen Bereichen und Regionen die Probleme. Kriminelle Organisationen und Hasardeure nutzten die plötzliche Offenheit der Welt für ihre Zwecke.

In bezug auf die fortschreitende Globalisierung können wir in der Welt zur Zeit folgende Zonen unterschiedlicher Sicherheit definieren:

Die Zone der relativen äußeren (militärischen) Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität, die auch im Innern durch demokratisch kontrollierte Machtausübung stabil ist. Den Staaten dieser Region, die Nordamerika, Japan und das westliche Europa umfasst, kommt eine hohe Verantwortung bei der Ausweitung des Raumes von Sicherheit, Wohlstand und Stabilität zu.

Die Zone der Transformationsländer des ehemals sozialistischen Blocks, deren Wirtschaft im Umbau ist und die sich der Globalisierung geöffnet haben. Die Bestimmung von Staatsordnung und Staatszielen ist noch nicht abgeschlossen, politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität noch nicht erreicht. Zerfall und Gewaltausbrüche sind nicht ausgeschlossen.



*Landeshonorsvorsitzender Oberst d. R. Dr. Roland Idler und Brigadegeneral Jürgen Knoppe*

Sicherheit wird überwiegend durch Anlehnung an die Zone des demokratischen Friedens gesucht.

Regionen aufholender Modernisierung zeigen Staaten, deren Wirtschaft sich vor allem durch schnell voranschreitende Industrialisierung mit großer Dynamik entwickelt. Die politische und gesellschaftliche Entwicklung hält in vielen Bereichen nicht Schritt, unzureichende Kontrolle der Macht, ökologische Schäden, zerbrechende soziale Strukturen lassen Gegenbewegungen wachsen, die sich eher verdeckt gegen den eingeschlagenen Kurs und seine Vertreter, - häufig damit gegen eine "Verwestlichung", - stellen. Wirtschaftlicher Erfolg und zügige Modernisierung im politischen und gesellschaftlichen Bereich werden über Stabilität dieser Zone entscheiden.

Zonen der Umbrüche, Auflösung und Entstaatlichung, vor allem in den wirtschaftlich schwachen Gebieten. Familien-, Stammes- oder Klientelwirtschaft, exzessive Korruption, Verteilungskämpfe und ethnische Auseinandersetzungen führen zu Friedlosigkeit und anarchischen Verhältnissen, die von manchen transnationalen Unternehmen zur Ausbeutung, von internationalen kriminellen Organisationen und religiösen oder ideologisch extremistischen Gruppen als Operationsbasis genutzt werden. Dies führt zu einer von Gewalt, Elend und Armut gekennzeichneten hoffnungslosen Situation, die in einzelnen Fällen nur noch durch militärisches Eingreifen und internationale Übernahme der Verwaltung verändert werden kann.

#### *d. Geopolitische und geostrategische Veränderungen*

Im Jahre 1945 unterzeichneten am 26. Juni 51 Staaten die aus der Atlantik-Charta entwickelte UN-Charta in San Francisco, heute zählen wir 190 Mitglieder in den Vereinten Nationen. Ein großer Teil des Zuwachses ist auf die Entstehung neuer Staaten aus früheren Kolonien zurückzuführen. Der Entkolonialisierungsprozess setzte mit Macht mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein und führte häufig nach gewaltsamen Auseinandersetzungen, die nach Art der Guerillakriege von eher kleineren Teilen der eingeborenen Bevölkerung geführt wurden, zum Abzug der meist nicht sehr umfangreichen Kolonialtruppen. Zurück blieben selbständig gewordene Kolonien, die vor allem in Afrika keine das gesamte Staatsgebiet umfassenden Traditionen und Staatsvölker besaßen. Die meist nur auf Landwirtschaft, Abbau von Rohstoffen und einfacher Industrieproduktion beruhenden Wirtschaften waren auf die Deckung der eigenen regionalen Versorgung sowie die Bedürfnisse der ehemaligen Kolonialmacht ausgerichtet. Statt einer historisch und kulturell begründeten Identität ergaben sich aus ethnischen und kulturellen Unterschieden, sowie Stammes- und Familienverbundenheit rasch politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Konflikte, die einer Emanzipation und dem Zusammenwachsen zu einem unabhängigen Staat im Wege standen. Rückständigkeit der Wirtschaft, mangelhafte Infrastruktur, ein nur rudimentär vorhandenes Bildungswesen und viel zu kleine Eliten, um den Weg in die Zukunft kraftvoll gestalten zu können sowie fehlendes politisches Bewusstsein führten bald zu inneren Instabilitäten, Kämpfen um die Macht und die Führung und zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die Entwicklung verlief in den verschiedenen Regionen durchaus unterschiedlich, was heute an dem differenziertem Bild des Erreichten zu erkennen ist. Die Unterschiede zwischen Südostasien, Südasien, Afrika und der arabischen Welt sind augenfällig. Einige Staaten, die sich den unbequemen Anforderungen des Weltmarkts öffneten, haben Fortschritte gemacht, andere haben sich nicht aus den Abhängigkeiten lösen können oder sind in neue Abhängigkeiten geraten. Mancher Fortschritt wurde durch schnelles Bevölkerungswachstum, Korruption und Misswirtschaft wieder zunichte gemacht. Einflussreiche Familien, Clanchefs, die Führer des Kampfes um die Unabhängigkeit und das Militär spielen vielerorts eine gewichtige, selten eine positive Rolle. Die Demokratie ist in kaum einem der neuen Staaten stabil etabliert, die Beachtung der Menschenrechte lässt fast überall zu wünschen übrig. Einerseits scheint in manchen dieser Staaten eine langsame Rückkehr zu traditionellen Werthaltungen und Gesellschaftsordnungen zu erfolgen, die sich besonders augenfällig in der islamischen Welt vollzieht, andererseits sind aber auch staatlicher Zerfall und eine Privatisierung von Macht und Ordnungskräften in der unterentwickelten Welt zu beobachten, die neue Konflikte und veränderte Formen der Konfliktaustragung hervorbringen.

Der Ost-West-Konflikt hatte diese Entwicklungen teilweise überdeckt oder in seine eigenen Konflikt- und Ordnungsmuster eingebunden. Das Ende des Wert- und Systemkonfliktes, den wir den "Kalten Krieg" nennen, hat die sicherheitspolitische Lage grundlegend verändert und neue Rahmenbedingungen für die internationalen Beziehungen in der Welt geschaffen. Der Wegfall der existentiellen Bedrohung durch die Nuklearwaffen, die den Kern der gegenseitigen Abschreckung bildeten, erlaubt größere Spielräume für politisches Handeln. Durch Auflösung der Blockdisziplin und die Freigabe globaler Möglichkeiten für wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen eröffneten sich neue Chancen, begleitet aber auch von Risiken und Instabilitäten. Im ersten Golfkrieg schien für einen Moment die Stunde für eine neue Weltordnung, durch ein zukünftig unter dem Gesichtspunkt globaler Verantwortung geprägtes Zusammenwirken der ständigen Mächte im UN-Sicherheitsrat gegeben, bis nationale Interessen doch wieder die Oberhand gewannen und die strukturellen Mängel, die rigiden Regeln und die Dominanz der Nationalstaaten erneut die begrenzten Möglichkeiten der Weltorganisation offenkundig werden ließen.

#### *e. Ordnung und Recht*

Der Versuch eine internationale Ordnung zu schaffen, ist so alt wie die Geschichte der Reiche und Staaten. Im Spätmittelalter, mit dem Beginn der Neuzeit verstärkt sich das Bemühen um ein internationales Rechtsgebäude, das auch dem Krieg und der Kriegführung Regeln auferlegt. Der Westfälische Frieden schafft eine europäische Ordnung, die sich am dauerhaften Bestand der Staaten, und einem Gleichgewicht der Mächte, zugunsten eines lange währenden Friedens orientierte. Der Wiener Kongress und der Berliner Kongress, die Pariser Vorortverträge sind weitere Schritte zu einer europäischen Ordnung zu kommen, die zunächst auch im Zeitalter der Entdeckungen und des Kolonialismus die Ansätze für eine Weltordnung darstellt. Parallel dazu werden die Kriegskonventionen ausgeweitet und weiterentwickelt. Nach dem Ersten Weltkrieg wird auf der Basis der 14 Punkte Wilsons eine ständige Organisation geschaffen, die sich mit den Fragen der internationalen Sicherheit befassen sollte. Die Regeln, die sich der "Völkerbund" setzte, wurden von Anfang an kaum beachtet, seine Durchsetzungsvermögen war von Anfang an gering. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein neuer Anlauf genommen. Mit der UN-Charta sollten die Fehler der Satzung des

Völkerbundes vermieden werden. Dieses Dokument hat Verfassungscharakter in Aufbau und Aussagen, ist juristisch gesehen ein zeitlich nicht begrenzter völkerrechtlicher Vertrag mit Präambel und 19 Kapiteln ( 111 Artikel). Änderungen müssen von der Generalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen und durch eine ebenso große Zahl einschließlich sämtlicher ständiger Mitglieder des Sicherheitsrates ratifiziert werden, um Gültigkeit zu erlangen.

Als Ziele der United Nations Organisation (UNO) weist sie folgende vier Punkte auf:

- ▶ Friedenssicherung
- ▶ Förderung der internationalen Zusammenarbeit
- ▶ Schutz der Menschenrechte
- ▶ Universalität
- ▶ Ihre Grundsätze entsprechen den damals gültigen Vorstellungen zum Völkerrecht:
- ▶ Prinzip der souveränen Gleichheit aller Mitglieder ( Art. 2, Abs.1 )
- ▶ Übernahme aller Verpflichtungen durch die Mitglieder ( Art. 2, Abs.2 )
- ▶ Regelung von internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln ( Art. 2, Abs.3 )
- ▶ Allgemeines Gewaltverbot ( Art. 2, Abs.4 )
- ▶ Unterstützung aller Maßnahmen des Sicherheitsrates, kein Beistand für Staaten gegen die sich Vorbeugungs- und Zwangsmassnahmen richten ( Art. 2, Abs.5 )
- ▶ Ausdehnung der Verpflichtung auch auf Nicht-Mitglieder ( Art. 2, Abs.6 )
- ▶ Interventionsverbot in die inneren Angelegenheit eines Staates ( Art. 2, Abs.7 )

Gerade das zuletzt genannte Prinzip, aber auch die Frage der Souveränität jedes einzelnen Staates wurden des öfteren in heftigen Kontroversen debattiert. In der Tat hat die Generalversammlung wie der Sicherheitsrat sehr unterschiedliche Resolutionen zu diesem Thema verabschiedet und in der Praxis eher nach politischer Opportunität als in Prinzipientreue entschieden. Bei Fragen der Entkolonialisierung oder der Apartheid hat man sich regelmäßig über das Interventionsverbot hinweggesetzt, aber auch in der Kurden-Resolution vom 5. April 1991 ( Resolution 688 ) oder später im Falle Somalia hat man den Schutz der Menschen-, Minderheiten- und Volksgruppenrechte als höherwertig gegenüber der Frage der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates angesehen. In einigen Fällen haben einzelne Vetomächte eine Behandlung von Fällen verhindert z. B. im Falle Tibet oder angemessene Maßnahmen verweigert.

Betrachtet man die Geschichte der Vereinten Nationen und ihre bisherigen Anstrengungen auf dem Gebiete der Wahrung des Friedens und des Erhalts der internationalen Sicherheit, so stellt man unschwer fest, dass die Bemühungen und Erfolge der UNO im Verhältnis zu den Leistungen des Völkerbundes einen Fortschritt bedeuten, dass aber auch ihre Mängel und Versäumnisse zahlreich sind. Zunächst ist allerdings festzuhalten, dass die UNO nur so effektiv sein kann, wie es ihre prominenten Mitglieder insbesondere die Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat wollen oder zulassen. Die UNO hat kein Gewaltmonopol, sondern bestenfalls ein Autorisierungsmonopol für die kollektive Gewaltanwendung. Der Sicherheitsrat, das allein entscheidende Gremium in Fragen von Sicherheit und Frieden kann nicht zum Handeln bei schwerwiegendem Unrecht oder Friedenstörungen gezwungen werden. Das Vetorecht der Ständigen Mitglieder lähmt ihn in entscheidenden Momenten. Die Zusammensetzung des Sicherheitsrates insgesamt ist nicht als repräsentativ für unsere heutige Welt zu sehen. Das Souveränitätsverständnis, das in der Charta zum Ausdruck kommt, ist durch die Entwicklung überholt. Die Qualifikation von schwerwiegenden Menschenrechts- und Minderheitenrechtsverletzungen als Friedensstörung sowie das Eingreifen bei innerstaatlichen Konflikten, die ein Maß an Gewalt übersteigen, das auf die Nachbarn überzugreifen droht, müssen bei einer Revision der Charta einbezogen werden. Die Probleme in Westafrika, in Ruanda Burundi, im Kongo, oder im Kaukasus machen deutlich, dass ganze Regionen nicht oder nur unzureichend in die Friedensvorsorge und Friedensstiftung der Vereinten Nationen miteinbezogen sind.

## 2. Sicherheit, Risiken und Gewalt

### a. Risiken und Gefahren

Unter Sicherheit versteht das "Wörterbuch zur Sicherheitspolitik" einen "Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen und ihre Zukunft nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Der Grad der Bedrohtheit hängt weitgehend vom subjektiven Empfinden, den historischen Erfahrungen, dem Selbstverständnis und dem Verhältnis zur Umwelt ab...." Als "erweiterte Sicherheit" erklärt das gleiche Wörterbuch: "Neuer sicherheitspolitischer Ansatz, der neben militärischen Gefahren auch andere Ursachen für Krisen und Konflikte, wie ökologische, sozioökonomische, ethnische und andere Risiken in Maßnahmen der Sicherheitsvorsorge einbezieht." Damit hat in dieser Zeit der Veränderungen der Begriff Sicherheit eine neue Dimension gewonnen, die mit den herkömmlichen Strategien nicht zu bewältigen ist. Nicht mehr das Gleichgewicht souverän handelnder



Im Vordergrund von links: Oberst i. R. Prof. Dr. Tomo Jantol aus Kroatien, Kommandeur VBK 52 "Baden" Oberst Walter Engelhard und Colonel (R) Jean-Francois Peltier.

Großmächte, nicht das Gleichgewicht des Schreckens - sorgfältig balanciert in einer "Sicherheitspartnerschaft" verhindern Kriege, sondern die Beherrschbarkeit der Risiken durch überwiegend internationale Organisationen kennzeichnet die neue Zeit. Da Ursachen von Konflikten weniger in der Machtkonkurrenz der Großmächte zu suchen sind, vielmehr aus Instabilitäten erwachsen und sich in Regionalkriegen, in unkonventionellen Ausbrüchen archaischer Gewalt bis hin zu den Anschlägen des internationalen Terrorismus entladen können, gewinnt Sicherheit neben den militärischen und diplomatischen Komponenten verstärkt wirtschaftliche und gesellschaftlich-kulturelle Dimensionen und ist im Zeitalter der Globalisierung eng mit der inneren Sicherheit innerhalb von Staaten verbunden.

Die neue Strategie der NATO beschreibt die neuen Herausforderungen als "breites Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken, die aus vielen Richtungen kommen und oft schwer vorherzusagen sind". Instabilität an der Peripherie des euro-atlantischen Raumes und regionale Krisen können sich rasch in Gewalt entladen. Gründe für diese Instabilität können wirtschaftliche, soziale und politische Probleme sein. Ein gewichtiger Faktor sind auch ethnische Rivalitäten und unterschiedliche religiös kulturell inspirierte Normen und Ordnungsmuster, die in manchen Regionen mit Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit aufeinander stoßen, sowie Gebietsstreitigkeiten und Verweigerung oder Verletzung von Rechten für Gruppen und Minderheiten. Solche Konflikte können leicht auf Nachbarstaaten übergreifen oder sogar überregional zu Betroffenheit und Einmischung führen. Geopolitische und geostrategische Aspekte gewinnen nach dem Zeitalter des nuklearen Patt an Bedeutung. In der Nr. 24 des NATO-Sicherheitskonzepts heißt es ferner: "Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassenderer Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen ..."

Der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel gilt eine weitere Sorge. Daraus kann eine direkte Bedrohung erwachsen, vor allem da nicht auszuschließen ist, dass Regierungen mit schwach entwickeltem Verständnis für die Konsequenzen einer Androhung oder sogar eines Einsatzes dieser Waffen aber auch nichtstaatliche Akteure mit kriminellen Energien in den Besitz solcher Mittel gelangen könnten. Auch andere hochentwickelte Technologien lassen sich militärisch oder im Verdeckten Kampf nutzen. Auch hier kann nicht ausgeschlossen werden, dass z.B. der internationale Terrorismus Zugriff erhält. Insbesondere das Eindringen in die Informationsnetze, die Vernichtung oder Veränderung von Daten, das Untauglichmachen von ganzen Informationssystemen wird von der hier besonders abhängigen westlichen Welt befürchtet.

#### *b. Kriegsbilder und die zunehmende Gewalt*

"So sehen wir also, daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln." Clausewitz, der Krieg als zweckbestimmt, als Instrument der Politik beschreibt, kommt zu dem Schluss, dass je näher das politische Ziel der Natur des Krieges kommt, desto mehr wird das Niederwerfen des Gegners zum Hauptzweck. "Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unsers Willen zu zwingen. ... Gewalt, d. h. die physische Gewalt (denn eine moralische gibt es außer dem Begriffe des Staates und Gesetzes nicht) ist also das Mittel; dem Feinde unseren Willen aufzudringen, der Zweck." Clausewitz Klassifizierung des Krieges hat vielfach Anerkennung aber auch Widerspruch hervorgerufen. Insbesondere wird seine grundsätzliche politische Einbindung von Gewalt in Zweifel gezogen, wie sie in dem nachfolgenden Satz zum Ausdruck kommt: "Der Krieg einer Gemeinschaft ganzer Völker, und namentlich gebildeter Völker geht immer von einem politischen Zustande aus und wird nur durch ein politisches Motiv hervorgerufen. Er ist also ein politischer Akt." Demgegenüber wird von Kritikern betont, dass einerseits "die weitaus größte Zahl von Kombattanten meist weder weiß noch wissen will, welcher Politik sie als Instrumente dienen" und die Erscheinungsformen des Krieges im Zuge der im 1. Kapitel beschriebenen Entwicklungen sich verändern. Für Clausewitz war nur die Gewaltanwendung Krieg, die vom Staat oder gegen ihn organisiert wurde. Das Gewaltmonopol des Staates und der moderne, politisch definierte Staat begrenzen Zweck, Mittel und Beteiligung am Krieg. Die Trinität von Regierung, Armee und Volk machte es möglich, Regeln zu entwerfen, die das Kriegführen und die zu erwartenden Schäden eingrenzen sollten. Die schrittweise Aushöhlung dieses Monopols in der Neuzeit durch gesellschaftliche, ethnische oder religiöse Gruppen muss zwangsläufig zu einer Veränderung der Gewaltanwendung bei Konflikten führen. Der internationale Terrorismus der letzten Jahre hat gezeigt, wie sehr sich der Krieg verändert hat und wie unzureichend die Konzeptionen und Streitkräfte auf diese Gewalt eingestellt sind. Van Creveld beschreibt dieses Phänomen wie folgt: "... Kriege, die in letzter Zeit geführt wurden oder noch geführt werden und in denen gerade *nicht* die Streitkräfte zweier Staaten aufeinanderstoßen. Statt dessen wird der Krieg in jedem einzelnen Fall entweder nicht gegen reguläre Truppen geführt, oder irreguläre "Streitkräfte" tragen ihn untereinander aus. Organisationen, deren Mitglieder als Banditen, Terroristen, Guerillas oder Milizen bewertet werden, repräsentieren keinen Staat, gehorchen keiner Regierung und sind häufig von den sie umgebenden Zivilisten kaum zu unterscheiden."

Betrachtet man die Konflikte und gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte, so beginnt bereits im Zweiten Weltkrieg die Epoche der Guerilla/Partisanen- und Befreiungskriege, die sich bis zur Entkolonialisierung fortsetzen. Mit den aus den europäischen Kolonien neu entstandenen Staaten mit ihren zufälligen Grenzziehungen und selten demokratisch legitimierten Regierungen sind Kämpfe zwischen Ethnien um Vorherrschaft oder gegen Unterdrückung zu beobachten. Ideologisch begründete Guerillakämpfe um soziale Veränderung, letztlich um die Macht und die politische Ordnung im Staat und der Kampf um eine eigene Staatlichkeit für ethnische oder religiöse Minderheiten tragen eher dem Bürgerkrieg verwandte Züge. Der Eingriff der Großmächte z. B. in Vietnam und Afghanistan bringt einen neuen Typus des nicht erklärten und selten nach den Regeln des Völkerrechts geführten Krieges hervor. Als konventionelle Auseinandersetzungen könnte man dagegen die Nahostkriege von 1948, 1956, 1967 und 1973, die Kriege zwischen Indien und Pakistan und den Golfkonflikt klassifizieren. Bürgerkriege entstanden als Nebenkriegsschauplätze des ideologischen Ost-West-Konfliktes und wurden häufig auch als "Stellvertreterkriege" bezeichnet. Der Zerfall der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Paktes brachten in einigen Bereichen ähnliche innerstaatliche Kriegshandlungen hervor. Das ehemalige Jugoslawien war einer der Schauplätze dieser Konflikte neuen Typs. Ein Blick auf die Krisenherde unserer Welt lässt erwarten, dass die Zahl der Kriege und gewaltsam ausgetragenen Konflikte in naher Zukunft nicht abnehmen wird.

Allerdings haben sich die Erscheinungsformen erheblich verändert und reichen vom archaischen Gewaltausbruch, der sich ohne Regeln und Schonung entlädt, bis zum High-Tech-Krieg mit Einbeziehung des Weltraums und modernster Aufklärungs-, Informations- und intelligenter Waffensysteme. Herfried Münkler schreibt dazu in seiner exzellenten Abhandlung "Die neuen Kriege": "So viel freilich wird man festhalten können: Das sich abzeichnende Ende des Großen Krieges ist nicht gleichbedeutend mit dem Eintritt in den ewigen Frieden, wie manche gehofft haben, sondern geht mit einer Ausbreitung Kleiner Kriege einher."

Der klassische Krieg zwischen Staaten und Allianzen ist unter den gegebenen Bedingungen für Europa und Amerika kaum als realistische Option zu bewerten. Ein großangelegter Angriff gegen das Gebiet des Bündnisses wird als unwahrscheinlich angesehen, auch wenn er nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Dies ist einerseits durch die Strategie der NATO mit der Verpflichtung zur gemeinsamen Verteidigung zu erklären, die besagt: "Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Bündnispartner, aus welcher Richtung auch immer, finden Artikel 5 und 6 des Vertrags von Washington Anwendung ..." Andererseits wird durch Erweiterung, die Begründung des "European-Atlantic Partnership Council" (EAPC), des "Partnership for Peace Programmes" (PfP), der Einbindung Russlands durch den NATO-Russland-Rat und den Beginn einer Zusammenarbeit im schwierigen mediterranen Bereich durch den "Mittelmeerdialog" eine Vernetzung hergestellt, die über das eigentliche Bündnisgebiet hinaus Beziehungen und Zonen der Sicherheit schafft, die konventionelle Aggressionen in diesem Gebiet praktisch ausschließen. Trotzdem erfordert das Vorhandensein von konventionellen Kräften im weiteren kritischen Umfeld eigene Kapazitäten, die innerhalb einer gewissen Zeit wieder die Fähigkeit zu strategischen Operationen erlangen können müssen, wie auch ein strategisches Gegengewicht mit abschreckender Wirkung gegen die immer noch zahlreichen nuklearen Waffensysteme erhalten werden muss.

Martin van Creveld, israelischer Militärgeschichtler, der an der hebräischen Universität in Jerusalem lehrt, stellt das Clausewitzsche Axiom von der politischen Zwecksetzung jedes Krieges in Frage. Der Kampf um abstrakte Ideale wie Gesetz, Gerechtigkeit, bestimmte "Rechte" oder zum Ruhme Gottes und die Religionskriege scheinen van Creveld nicht in die Systematik von Clausewitz zu passen. Er verweist ferner auf den "totalen Krieg" wie ihn Ludendorff zu führen suchte und später auch in einem gleichnamigen Buch abhandelte, der die Politik dem Krieg, der als völkischer Kampf ums Überleben begriffen wird, unterordnet. Überhaupt sieht van Creveld den Kampf um die Existenz als nicht mehr politisch fassbar an. Sie verändert den Charakter der Auseinandersetzung und lässt die allgemeinen Normen und strategischen Grundsätze unwirksam werden. "Er (der Existenzkampf, Anmerkung d. Verfassers) kann ein Volk zu großer Tapferkeit und Entschlossenheit anspornen, weit stärker als ein Krieg, in dem lediglich bestimmte Ziele "erreicht", eine Politik "durchgesetzt" oder die Interessen "ausgedehnt" bzw. "verteidigt" werden sollen. Er kann das Volk gar zu Opfern anspornen, die jedes vorstellbare Maß in "normalen" Zeiten übersteigen. ... Außerdem hat derjenige, der um seine Existenz kämpft, einen weiteren Vorteil auf seiner Seite. Da die Not kein Gebot kennt, fühlt er sich berechtigt, gegen die Konventionen zu verstoßen und hemmungslos Gewalt einzusetzen."

In seiner Beschreibung der modernen Kriege unterscheidet van Creveld im wesentlichen drei Kategorien: Nuklearkriege, Konventionelle Kriege und Low Intensity Wars (Unkonventionelle Kriege). Unkonventionelle Kriege sind die wichtigste Form bewaffneter Auseinandersetzungen in unserer Zeit und in der Zukunft. Nach seiner Schätzung gehörten von den über 160 zwischen 1945 und 1990 geführten bewaffneten Konflikten drei Viertel der letztgenannten Kategorie an. Häufig firmieren sie unter anderen Namen wie Unruhen, Terrorismus oder Polizeiaktionen. Sie werden selten von regulären Truppen gegeneinander geführt, sondern sehen meist reguläre Truppen im Einsatz gegen Guerillas, Milizen, Terroristen oder Zivilisten. Selten können die hochentwickelten Waffensysteme wie Flugzeuge, Panzer und Raketen eingesetzt werden, trotzdem fordern sie einen hohen Blutzoll. Greifen wir die Einteilung der Kriege durch van Creveld auf und betrachten die einzelnen Kategorien.

Kriege mit Einsatz atomarer Waffen schienen durch verschiedene Abkommen und Kontrollmechanismen bis vor etwa 15 Jahren unwahrscheinlich. Mit den aufwachsenden Potenzialen Israels, Indiens und Pakistans hat sich die Perspektive geändert. Israel, wenn es seine Existenz bedroht sieht oder mit B- oder C-Kampfmitteln angegriffen wird, dürfte keine Bedenken haben, mit dem Einsatz seiner atomaren Waffen zu drohen und sie auch bei Bedarf zu nutzen. Pakistan und, wegen seiner konventionellen Überlegenheit nicht ganz so abhängig von dieser zerstörerischen Waffe, Indien haben sicher weniger Mechanismen die Waffen selber vor unbefugtem Zugriff zu schützen und einen Einsatz durch eine flexible und kompromissbereite Politik unwahrscheinlich zu machen. Daneben ist auf Dauer nicht auszuschließen, dass einige weitere Staaten wie Nordkorea, Iran oder der Irak ebenfalls in den Besitz solcher Waffen kommen. Für sie gelten die gegenüber Pakistan und Indien geäußerten Bedenken in mindestens gleichem Maße. Die traditionellen Großmächte mit nuklearem Waffenpotential, mit Ausnahme der USA, scheinen auch weiterhin bemüht, das Kontrollsystem und die verschiedenen Sicherheitsvorkehrungen der Ära des Kalten Krieges zu erhalten. Die USA erwägen einen Teilschutz gegen Angriffe mit einer begrenzten Zahl von Raketen aufzubauen, was vermutlich die Zweitschlagkapazität der Russen nicht beschädigen würde, Angriffe der neuen Atomkräfte gegen die Vereinigten Staaten jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Unwirksamkeit verurteilen würde. Damit hätten wir drei Grundkonstellationen zu unterscheiden

- ▶ Kriege in denen die USA und Russland einander gegenüberstehen
- ▶ Kriege, in denen die USA oder Russland beteiligt sind und eine der anderen traditionellen oder eine der neu hinzugetretenen Nuklearmächte einander gegenüberstehen
- ▶ Kriege einer Nuklearmacht gegen eine nur konventionell gerüstete Allianz oder Nation
- ▶ Nuklearwaffeneinsatz durch nichtstaatliche Organisationen.

Der konventionelle Krieg, das heißt, der erklärte Krieg zwischen Allianzen oder Nationen, wird immer seltener und mag eines Tages sogar ganz verschwinden. Solange es einige wenige Staaten oder Bündnisse gibt, die auf Grund ihrer technischen Überlegenheit einem lokalisierbarem Feind die Streitkräfte, ohne dass diese sich dagegen zu schützen vermögen, zerschlagen können, bleibt der konventionelle Krieg auf Staaten mittlerer Größe beschränkt, so lange sie vermeiden können, dass sich die USA oder internationale Organisationen mit der Möglichkeit auf moderne Streitkräfte zurückgreifen zu können, einmischen. Diese Tendenz, dass immer weniger Staaten konventionelle Kriege zu führen vermögen, wird sich durch die zunehmende Verflechtung der Wirtschaften im Zuge der Globalisierung noch verstärken. Regional mag auch

der ständige Ausbau der internationalen Organisationen zur Erhaltung des Friedenszustandes immer wirksamer bereits präventiv Konflikte vor der Eskalation in die Gewalt zu bewahren.

Der unkonventionelle Krieg unterliegt den vorbeschriebenen Hemmnissen nur begrenzt. Er ist bereits heute die häufigste Form der Auseinandersetzungen mit Gewalteininsatz und wird dies sicher auch in Zukunft sein. Ihm sind Bürgerkriege oder regionale Kriege, die aus ethnisch, religiös oder ideologisch begründeten Gegensätzen entstehen, zu zuordnen. Auch mit Terrorakten geführte Auseinandersetzungen fallen in diese Kategorie. Die besonderen Merkmale der unkonventionellen Kriege ist, dass sie in der Regel nicht zwischen Staaten geführt werden, obwohl Staaten sich beteiligen. Ferner brechen sie überwiegend in unterentwickelten Regionen aus, in entwickelten Ländern wie in Spanien oder Nordirland ist die vorherrschende Kriegsform der Terrorismus. Obwohl eher einfache Waffen und Kampfmittel benutzt werden, kommen gelegentlich auch hochentwickelte Technologie zum Einsatz. Insbesondere das Eindringen in die Informationsnetze, die Vernichtung oder Veränderung von Daten, das Untauglichmachen von ganzen Informationssystemen wird von der hier besonders abhängigen westlichen Welt befürchtet.

Münkler nennt die "Low Intensity Wars" die "Kleinen Kriegen", die er wie folgt beschreibt: "Diese sind freilich nicht darum als klein zu bezeichnen, weil sie kurz wären, nur geringen Schaden anrichten und wenige Opfer fordern würden, sondern weil sie im Wesentlichen mit leichten Waffen und nur partiell von regulären Armeen geführt werden. Die zerstörerische Wirkung der Kleinen Kriege ist auf Dauer mindestens so groß wie die klassischen Großen Kriege." Ihr Ausgangspunkt ist ein anderer als die verstaatlichten Kriege, die Beteiligten haben keinen Staatscharakter, vielmehr sind sie Kriegführende weil das Gewaltmonopol der Staaten aufgebrochen wurde. Gruppen und Warlords machen Kriegführen zu einer einträglichen Tätigkeit, die sie nährt und bereichert. Die internationale Hilfe wird gleich für die Logistik mit einkalkuliert, da sie Angreifern wie Angegriffenen zugute kommt. "An Brücken, Bergpässen oder wo auch immer das Gelände für die Errichtung von Straßensperren geeignet ist, werden die Hilfskonvois gestoppt und durchsucht, und dabei wird das abgezweigt, was die Bewaffneten selbst brauchen können. ... Zumindes wird die humanitäre Hilfe generell zu einer Prämie, die auf die Weiterführung des Krieges ausgezahlt wird. ... Die Warlords haben inzwischen gelernt, wie sie mit Hilfe von Kamerateams internationale Hilfslieferungen in Gang setzen und steuern können, und sie nutzen dies als eine Ressource für die



*Der Landesvorsitzende Oberst d. R. Peter Eitze begrüßte, leitete den Kongress, übergab die neue Jubiläumsschrift (im Vordergrund) und Weinpräsente an die Referenten.*

Weiterführung ihrer Kriege." Deutlich wird damit, dass die Medien in dieser Art von Auseinandersetzungen eine besondere Rolle spielen. Sie dienen nur noch begrenzt der Berichterstattung, sondern sind Teil der Kriegführung geworden. Sie werden genutzt, um die eigene politische Legitimität zu erhöhen, sie sind die Deckung und der Schutz gegenüber einem mit modernen Waffen vorgehenden Feind, dem man Unverhältnismäßigkeit, Grausamkeit und Menschenverachtung vorwirft, um seine Operationsfreiheit einzuschränken. Flüchtlinge, weinende Frauen, versprengte Kinder, hilflose Alte und zerstörte Behausungen sind besonders geeignet, um Mitleid zu erregen und vorgebliche Notwendigkeiten zur Selbstverteidigung plausibel zu machen. "Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurden die alten ideologischen Orientierungsmuster dann eilends durch ethnische oder religiös-kulturelle Konfliktlinien ersetzt, die aufs Neue Orientierung und

Durchblick gewährleisten sollten. ... Auch der Hinweis auf Armut und soziale Gegensätze in den von Kriegen zerrütteten Ländern ist zumeist ideologischer Art, bietet er letztlich doch eine Erklärung dieser Kriege, die gerade nicht zur Handlungslogik ihrer Akteure vordringt ..."

### c. Terrorismus

Der Begriff Terrorismus ist ebenso mehrdeutig und umstritten wie der Begriff Krieg. Einerseits versteht man unter Terrorismus ein System des Terrors, d.h. die Herrschaft, die Durchsetzung von politischen oder gesellschaftlichen Zielen durch Drohung und Einschüchterung, andererseits bezeichnet man damit eine besonders brutale Kampfweise außerhalb der Regeln des Völkerrechts, die vorrangig durch den Schwächeren angewandt wird und eine asymmetrische Form der Kriegführung darstellt. Asymmetrisch bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die betroffenen Parteien auf ungleichen Ebenen agieren. Die Rechtsformen ihrer Organisation, ihre Bindung oder das Fehlen einer solchen an ein beschriebenes, begrenztes Territorium oder die erkennbare bzw. nicht vorhandene Öffentlichkeit ihrer Führung und Gemeinschaft schaffen eine Ungleichheit im Kampf gegeneinander. Ein weiterer Grund für die Schwierigkeit, Terrorismus zu definieren, liegt darin, dass Terroristen und ihre Sympathisanten sich selbst nicht als solche sehen und abweichende, positiv klingende Begriffe wie Freiheitskampf, Guerilla oder Widerstand für ihre Aktivitäten wählen. Vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im November 1974 hat der Präsident der Palästinensischen Befreiungsorganisation ( PLO ), Yassir Arafat, dieses

subjektive Element der Wertung erklärt: "Der Unterschied zwischen dem Revolutionär und dem Terroristen liegt in dem Grund, warum er kämpft. Denn wer immer sich für eine gerechte Sache und für die Freiheit und Befreiung seines Landes von Eindringlingen, von Siedlern und Kolonisten einsetzt, kann unmöglich als Terrorist bezeichnet werden ..." Damit wird die nur subjektiv bestimmbar moralische Berechtigung für den zum entscheidenden Definitionselement und nicht die angewandten Methoden oder gar die Begrenzung der Opfer der Gewaltanwendung. Terrorismus kann eine Phase im Kampf um bestimmte politische Ziele darstellen, die vor allem zu Beginn von unterlegenen Gruppen als "hit-and-run"-Taktik angewandt wird, um dann bei Erfolg Zug um Zug in einen permanenten Krieg überzugehen, der sich bis zur offenen Schlacht mit Streitkräften ausweiten kann. Taktik und Auftreten werden nach Entwicklung der Lage variiert. Als Arbeitsbegriff können wir Terrorismus als die rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen Menschen oder Sachen beschreiben, die Regierungen oder Gesellschaften einschüchtern und in ihren Haltungen verändern sollen, um bestimmte politische Ziele oder Ordnungen durchzusetzen.

Der Terrorist will seine Ziele durch Gewalt, Schrecken und Einschüchterung erreichen. Dazu benötigt er öffentliche Aufmerksamkeit, die er am besten durch spektakuläre Anschläge gewinnt. Das Interesse und die Berichterstattung durch die Medien sind von größerer Bedeutung als die Beziehung seiner Opfer zum Zweck seines Kampfes. Zwar ist kein durchgängiges System des Terrorismus zu erkennen, doch gibt es gewisse Gemeinsamkeiten und Häufigkeiten in Strategien, Methoden, taktischen Vorgehensweisen und Strukturen. Einen gewissen regelmäßigen Ablauf kann man bei systemverändernden Ansätzen beobachten. Über die Diskreditierung des Systems und die Demoralisierung der Sicherheitskräfte wird versucht, die Unterstützung breiter Massen zu gewinnen, um letztendlich den Sturz der Herrschenden herbeizuführen und selbst die Macht übernehmen zu können. Es gilt die herrschenden Autoritäten und ihre Apparate zu verunsichern und sie zum harten Durchgreifen und zu strengen Sicherheitsmaßnahmen zu veranlassen. Einschränkung von Freiheiten, Fehlgriffe bei Durchsuchungen und Festnahmen, Beeinträchtigungen der Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit geschwächt wird, sind provozierte Reaktionen, die einen Stimmungsumschwung auf Dauer herbeiführen sollen.

- ▶ Nach ideologischer Ausrichtung kann man vier Hauptgruppen von Terrororganisationen unterscheiden:
- ▶ ethnisch/nationalistische Gruppen, die für eine eigene Staatlichkeit oder den Anschluss an einen anderen Staat, in dem sie dann dem Mehrheitsvolk angehören, kämpfen;
- ▶ sozialrevolutionäre Bewegungen, die häufig auf der marxistischen Ideologie aufbauen und eine Veränderung des politisch-gesellschaftlichen Systems meist auch die Neuverteilung von Vermögen und die Verstaatlichung der Produktionsmittel anstreben;
- ▶ religiös motivierte Bewegungen, die ihre Wertordnung und ihre Verhaltensnormen zum allgemein gültigen Gesetz machen möchten;
- ▶ staatlich gelenkte Terroristen, die im Auftrag ihrer politischen Führung im eigenen Land oder im Ausland missliebige Personen beseitigen. Hier sind das Attentat von Lockerbie, der Anschlag auf die Diskothek "La Belle" in Berlin oder die Ermordung von exilierten Oppositionellen und Dissidenten aus dem Iran zu erwähnen.

Neben diesen vier gibt es kleinere Gruppen, die ihre Gewalt mit anderen Gründen rechtfertigen, z.B. der Ökologie. In der Realität sind Mischformen häufig. Die IRA, die den Anschluss Nordirlands an die Republik Irland anstrebt, vertritt den katholischen und sozial eher schwächeren Bevölkerungsteil und hat damit auch religiöses und sozial relevantes Gedankengut in ihr Konzept aufgenommen. Islamistische Bewegungen, die neben ihrer religiös begründeten Ideologie einen arabischen oder palästinensischen Nationalismus pflegen, christliche Gruppen in den USA, die sich in Milizen organisieren und rassistisches Gedankengut in ihre Lehre und Überzeugungen aufgenommen haben. Der Rabbiner Meir Kahane forderte die israelische Regierung auf, eine offizielle "jüdische Terroristengruppe" zu gründen, deren einziges Ziel es sein sollte, "Araber zu töten und sie aus Israel und den besetzten Gebieten hinauszutreiben." Staatliche Unterstützung erhielten viele Gruppen, insbesondere marxistisch orientierte, von der Sowjetunion oder ihren Satelliten. Libyen, der Irak, Syrien, das Afghanistan der Taliban, zeitweilig der Sudan, vor allem auch der Iran sind ebenfalls als Förderer oder direkter Auftraggeber für Terror hervorgetreten.



Ob der Landesschatzmeister StFw d. R. Jürgen Mezger (links) dem Vortrag lauscht oder die Kosten der Veranstaltung überdenkt, bleibt sein Geheimnis.

Unter den terroristischen Gruppen gibt es solche, die nur lokal oder regional tätig werden, andere haben ihr Einsatzgebiet auf einen Staat beschränkt, arbeiten aber mit anderen Gruppen und sei es nur bei Gedankenaustausch oder der Logistik in besonderen Fällen zusammen. Eine internationale Vernetzung und Vernetzung tritt in unterschiedlicher Form auf: Bei nationalrevolutionären Gruppen ist die Unterstützung aus dem Ausland von Bedeutung, häufig werden die terroristischen Aktionen über den eigenen Volksraum auf das Territorium der "Unterdrückernation" ausgedehnt (siehe ETA oder IRA).

Bei sozialrevolutionären Gruppen ist eine Anlehnung an Sympathisantenstaaten zu beobachten. Eine Kooperation mit anderen ist entsprechend der Ideologie lose geknüpft (RAF, Brigata Rossa).

Die religiösen Terrororganisationen arbeiten häufig länderübergreifend, da sie

mit Gleichgesinnten kooperieren und sie benötigen für ihre Ausbildung und Logistik Unterstützerstaaten.

Terrororganisationen bestehen im allgemeinen aus fünf Ebenen:

- ▶ Führung und Propaganda
- ▶ Kämpfer
- ▶ Logistik, Ausbildung, Finanz und Verwaltungsorganisation,
- ▶ Rekrutierung und Anwerbung, Geldsammlung
- ▶ Verbindungspersonen zu Regierungen von Unterstützerstaaten, zu politischen und ideologischen Organisationen, gesellschaftlichen Gruppen und religiösen Gemeinschaften.

Die vielleicht bedeutendste Gruppe, die aber nicht Teil der Organisation ist, bilden die Sympathisanten. Diese setzen sich zum einen aus Menschen zusammen, die der unterdrückten oder benachteiligten Gruppe, für welche die Terroristen vorgeblich kämpfen, angehören. Sie ergreifen Partei als Betroffene und stellen die Basis für die Rekrutierung der Terrorbewegung dar. Sie können aber auch als Partei oder religiöse Gemeinschaft organisiert sein und sind über ihre Überzeugungen und Ideologie mit den Terrororganisationen verbunden. Die andere Gruppe der Sympathisanten tritt in nicht betroffenen Regionen auf. Sie findet mit humanitären, sozialen oder religiösen Argumenten ein gewisses Verständnis oder sogar gute Gründe für das Anlegen und das Vorgehen der Terroristen, unterstellt den Opfern des Terrors häufig eine Mitschuld an ihrem Leiden und warnt vor Gegenmaßnahmen wegen deren eskalierender Wirkung oder Nutzlosigkeit. Die Mehrheit dieser Leute handelt aus grundsätzlichen Überzeugungen und Gefühlen, die sich an eigenen Idealen und Ideologien entzünden.

Operativ können wir folgende Räume unterscheiden:

- ▶ der Aktionsraum oder die Front, an der die Einsätze stattfinden;
- ▶ die sicheren Räume, wie z.B. die Territorien von Unterstützerstaaten, die eine geduldete, ungefährdete oder sogar geschützte Basis für die Führung, die Logistik oder die Ausbildung bieten;
- ▶ die neutralen oder Ruheräume, die im wesentlichen für die Bereitstellung von Kämpfern, für Anwerbung und Geldsammlung dienen. Aktivitäten hier beschränken sich weitgehend auf die legalen Möglichkeiten.

Münkler fasst die Erkenntnisse über den Internationalen Terrorismus wie folgt zusammen: "Der Internationale Terrorismus, wie er in den letzten Jahren in Erscheinung getreten ist, nutzt die Gewaltanwendung nicht mehr ausschließlich und auch nicht mehr bevorzugt als Zugangsmitteln zur Weltöffentlichkeit, um bestimmte Botschaften und Nachrichten zu verbreiten. Anders als etwa die verschiedenen palästinensischen Gruppierungen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, die durch spektakuläre Flugzeugentführungen ihre jeweiligen Ziele und Forderungen ins öffentliche Bewusstsein rücken wollten, zielt die neue Form der terroristischen Gewalt unmittelbar auf die Wirtschaftskreisläufe der westlichen Welt sowie der ihr verbundenen Staaten, und sie setzt dabei das kennzeichnet sie als terroristische Gewalt - statt auf die physischen auf die psychischen Folgen der Gewalt."

### 3. Die Konturen einer neuen sicherheitspolitischen Konstellation

#### a. Sicherheitspolitik und Leistungsfähigkeit der USA

Die Vereinigten Staaten haben nach dem Zweiten Weltkrieg anders als 1918 Verantwortung für die Entwicklung einer stabileren Weltordnung übernommen und das durch sowjetische Expansionsgelüste bedrohte Europa und Asien geschützt. Sie taten das unter Berücksichtigung der Interessen auch der Verbündeten, was ihnen den Titel "gütiger Hegemon" eintrug. Sie stützten sich dabei auf ihr einzigartiges wirtschaftliches Potenzial, ihre militärischen Kräfte und ihre Fähigkeit, in dem Wettlauf um wissenschaftliche und technologische Durchbrüche Vorsprünge zu erringen und sie in neue Leistungsfähigkeiten umzusetzen. Dabei gelang es ihnen nachzuweisen, dass auch in einer Demokratie, die große Freiheiten für ihre Bürger gewährt, Effizienz erreicht werden kann und die Konzentration von Mitteln und Kräften auf vorrangige Aufgaben möglich ist. Als "Werkstatt der Freiheit" wurden krisenhafte und problembeladene Situationen in Gesellschaft und Wirtschaft in Angriff genommen und gelöst. Die amerikanische Kultur, von Europäern gelegentlich von oben herab betrachtet, hat sich einen Platz in der Welt erobert. Auf der Basis gemeinsamer Wertvorstellungen und einer Systemverbundenheit in Politik und Rechtsstaatlichkeit hat dies die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA vertieft und zu gemeinsamem Vorgehen in der Welt geführt. Mit dem Ende des "Kalten Krieges" begann eine Periode der vorsichtigen Neuorientierung, der Definition neuer Ziele und Strategien, die Schritt für Schritt zu Differenzen aber auch zu einer Kluft der Fähigkeiten führte. Die Abfrage der USA nach Partnerschaft bei den weltweit zu lösenden Problemen erhielt aus Europa ein nur mäßiges Echo. Interessen waren in vielen Fällen deutlich verschieden gelagert, Fähigkeit und Willen der Europäer Lasten gemeinsam zu tragen, kaum vorhanden. Als bei der Lösung der Balkan Konflikte europäische Organisationen und Staaten die Lage eher verschlimmerten als sie wie versprochen in ihrem eigenen Hinterhof selbst zu lösen, entwickelte sich aus einem vorsichtigen Multilateralismus der Präsidenten Bush und Clinton eine immer stärker unilateral und nach eigenen Vorstellungen handelnde Supermacht. Kooperation nahm ab, einseitiges Vorgehen nach eigenen Interessen und Strategien nahm zu. Der 11. September 2001 verstärkte diese Entwicklung. reichende Raketen noch verbessert werden sollte, war durch den Angriff einer religiös inspirierten Gruppe, die ihre weltanschaulichen Überzeugungen mit Hass, krimineller Energie und der Ausnutzung eines liberalen Weltsystems verband in Frage gestellt. Die Vereinigten Staaten ordneten ihre außen- und sicherheitspolitischen Konzepte unter dem Aspekt des "war on terror" neu. Während in Europa von den bekannten Krisen Armut, Hunger, Ungerechtigkeit als Ursachen ausgemacht und militärische Aktionen völlig unangebracht deklariert wurden, gingen die USA Schritt für Schritt gegen diese Bedrohung der gesamten Entwicklung der zivilisierten Welt strategisch planvoll vor. Nirgendwo könnte diese unterschiedlich Perzeption der Ereignisse deutlicher werden als in der Rede des Präsidenten George W. Bush am 29.01.2002 (State of the Union Address). Auszugsweise heißt es dort: "The civilized world faces unprecedented dangers our nation is at war our economy is in recession: but the state of our union has never been stronger ..... These enemies view the entire world as a battlefield ..... states like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil ..... arming to threaten the peace of the world by seeking weapons of mass destruction ..... some governments will be timid in the face of terror ..... if they do not act, America will do what is necessary to ensure our nations security".



*Auch im Saalhintergrund waren die Plätze gut besetzt.*

*b. Die neuen Mitspieler auf der globalen Bühne*

Viele erwarteten eine enge Abstützung auf die Strukturen und Fähigkeiten der NATO. Tatsächlich nutzten die Vereinigten Staaten die Fähigkeiten von NATO-Partnern in Einzelabreden und stellten damit die Nützlichkeit des Bündnisses in Frage. Die dem US-Verteidigungsminister zugeschriebene Aussage "not the alliances seek their mission, but the mission seeks its alliances" bekräftigt diese Zweifel an dem politischen und militärischen Wert der Nordatlantischen Kooperation. Dagegen waren die USA sehr bemüht, Russland, China und Indien einzubinden ("America is working with Russia and China and India to lead the world toward a lasting peace and a new world order"), Neuerliche Überlegungen den Irak zu entwarnen, eventuell auch auf anderen Schauplätzen terroristische Zellen zu zerschlagen und Helfer zu neutralisieren, lassen die Frage nach einer möglichen Überdehnung der amerikanischen Kräfte laut werden.

*c. Europa*

Viele glauben, dass dies die Stunde Europas hätte werden können. Die Chance ist verspielt worden. Einzel und unabgestimmt haben die europäischen Regierungschefs nach dem 11.09. reagiert. Bei einigen ist solidarisches Handeln, wenn auch manchmal eher mit symbolischen Maßnahmen, bei anderen Untätigkeit bei dritten Überheblichkeit die Reaktion. Für letzteres ein Beispiel aus der deutschen Friedens- und Konfliktforschung: "Die Europäer wenden längst bessere Rezepte an. Die Heranführungsstrategie der EU für die Beitrittsländer ist erfolgreich, der Stabilitätspakt für den südlichen Balkan ein Musterbeispiel präventiver, gewaltfreier Intervention. Sogar die NATO kann sich rühmen, dass ihre Osterweiterung einen Demokratisierungseffekt hatte" Nimmt man dazu die schwächlichen Versuche eine europäische militärische Interventionsfähigkeit zu organisieren und die anti-amerikanische Stimmungsmache im Wahlkampf, geht man wohl nicht fehl in der Annahme, dass Europa weiter an Einfluss in der Weltpolitik verlieren wird.

*d. Konsequenzen für Deutschland*

Nach den ersten vier Jahren Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Schröder/Fischer, die zunächst vor der schwierigen Situation stand, angemessene Reaktionen auf die Lage im Kosovo mit zu entwickeln und zu tragen. Lassen sich Erfolge und Defizite, wenn auch mit Vorbehalten wegen noch unklarer langfristiger Wirkung wie folgt bilanzieren: Während Fischer auf Europa setzt, ohne eine deutliche Definition deutscher Interessen zur Klarheit auch für die Partner eingebracht zu haben und sich intensiv mit globalen Fragen des Schutzes der Umwelt und die Lage der Völker der Dritten Welt beschäftigte, scheint das Verständnis für die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Wirtschaft weniger entwickelt und ihr Stellenwert auch für die eigene politische Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeit nicht hinreichend durchdrungen zu sein. Die Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen ist ihm ein Anliegen, manchmal kommt eine stark moralisierende Komponente in die Argumentation, die in Deutschland gut ankommt, im Ausland gelegentlich als belehrend und unangebracht verstanden wird. Die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten scheinen nicht immer im vollen Umfang erkannt zu sein, ein Defizit, dass auch andere deutsche Regierungen mit der jetzigen teilen. Christian Hacke, Professor für Politikwissenschaften und Zeitgeschichte an der Universität Bonn kennzeichnet die Gesamtlage so: "Moralische Kraftmeierei hilft wenig angesichts leerer Haushaltskassen. Rot-Grün steht vor schweren außenpolitischen Problemen: Die harten Schlüsselfragen von Wirtschaft und militärischer Sicherheit sind angesichts der enormen wirtschaftspolitischen Probleme und sicherheitspolitischen Versäumnisse fast unlösbar geworden. Auch hier scheint Deutschland als Vorbote von Europas Schicksal: im Niedergang begriffen, ohne den Willen zur wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Selbstbehauptung."

Ursula Mogg  
Deutschlands sicherheitspolitische Ziele  
und ihre Verwirklichung



Sicherheitspolitik definiert ihr Ziel bereits durch den Begriff, aber dieser Begriff der Sicherheit ist nicht statisch. Die Herausforderungen an das Bedürfnis unseres Staatswesens nach Sicherheit waren allein in den letzten 25 Jahren beträchtlichen Veränderungen unterworfen.

Im Kern geht es dabei um Frieden, um die Sicherheit vor Bedrohungen von außen, aber auch im Inneren. Es geht darum, die Unversehrtheit der Bevölkerung gewährleisten zu können, aber durchaus auch darum, die Reproduktionsbedingungen einer demokratischen und offenen Gesellschaft zu sichern und zu schützen.

In den Neunzigerjahren sahen wir uns vor dem Erfordernis friedensschaffender und friedenssichernder militärischer Einsätze mitten in Europa. Denen, die dies bis heute skeptisch bis ablehnend begleiten, sage ich: Europa wäre am Ende, noch bevor es richtig zu existieren angefangen hätte, hätten wir dem Morden auf dem Balkan nicht Einhalt geboten!

Allerdings ist auch richtig, dass die 1990 noch in Aussicht stehende Friedensdividende, auf die wir in der Folge der Beendigung der Blockkonfrontation hofften, bereits aufgebraucht war, bevor sie überhaupt zur Auszahlung kam.

Schließlich stellt der 11. September 2001 eine Zäsur dar, deren Konsequenzen in ihrer Tragweite vielfach noch nicht richtig erkannt werden, nicht erkannt werden können: Hier liegt die Ursache eines diplomatischen und strategischen Streits um den richtigen Weg, den wir aktuell im internationalen Kontext erleben.

Die Debatte, die wir zur Zeit paradigmatisch zwischen Deutschland und den USA sehen, und die wir in weniger aufgeregter Form auch zwischen Frankreich und den USA erkennen, dreht sich in ihrer Substanz um die Frage, ob der neuen sicherheitspolitischen Herausforderung in der Folge des 11. September mit militärischen Mitteln noch adäquat zu begegnen ist.

Hier spielt der Begriff eine Rolle, der in den letzten 14 Monaten eine gewisse etymologische Karriere gemacht hat: nämlich der einer "asymmetrischen Bedrohung", einer Bedrohung, die nicht mehr von Staaten und hochgerüsteten Armeen ausgeht, sondern im Einzelfalle schon einmal - um das Asymmetrische hier besonders deutlich zu machen - von jungen Männern mit Teppichmessern.

Und folgerichtig stellt sich die Frage: Werden wir dieser Bedrohung gerecht, wenn wir auf sie mit den Mitteln der klassischen Landesverteidigung reagieren?

Um hier einen kurzen historischen Rückblick zu wagen: Nach dem Dreißigjährigen Krieg waren Kriege, jedenfalls soweit wir sie als solche wahrnahmen, das Monopol der Staatswesen. Inzwischen erleben wir, dass sie vielerorts wieder - wie jener Dreißigjährige Krieg - zu einem Geschäft von Warlords und marodierenden Truppen werden.

Wo dies der Fall ist, hat der Staatsgedanke abgedankt - mit furchtbaren Folgen für die Zivilbevölkerung. Die "neuen Kriege", von denen z.B. der Politologe Herfried Münkler in seinem neuesten Buch (gleichen Titels) spricht, zeigen sich gänzlich unbeeindruckt von Regeln und Rücksichtnahmen, die für den staatsmonopolistischen Krieg kennzeichnend waren.

Man kann darüber streiten, inwieweit diese Rücksichtnahmen etwa für die beiden Weltkriege oder auch den Vietnamkrieg relativiert werden müssen. Indessen hatten sie eine völkerrechtliche Bindewirkung. Man mag sie als zivilisatorisches Korrektiv im Rahmen eines unzivilisierten Handelns ansehen, das seine Wirkung eher tendenziell als absolut hatte.

Erschreckend dagegen ist bei jenen neuen Kriegen, dass die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nonkombattanten verschwindet. Massaker an der Zivilbevölkerung wie in Srebrenica, systematische Vergewaltigungen, Plünderung und Zerstörung ganzer Dörfer und Regionen - das gab es auch im Zweiten Weltkrieg, gerade auch auf dem Balkan! Heute aber scheint dies für eine bestimmte Form der terrorisierenden Kriegsführung *prägend* zu sein. Ohne dass dies eine moralische Bewertung beinhaltet - das war es vordem nicht!

Wir sprechen hier auch von "low intensity wars", "failing states" oder "no-go-areas". Mit dem Terrorismus löst sich ein ursprünglich taktisches Element des Krieges heraus und verselbständigt sich, nämlich der den "großen" Krieg begleitende Partisanenkampf.

Hinzu tritt - nicht erst seit dem 11. September 2001 - die Bereitschaft, für einen wirksamen terroristischen Coup eigenes Leben, nämlich das der Ausführenden, zu opfern. Der palästinensische Terror gegen Israel tat dies längst und früher.

Wir wissen, dass die durch den Terrorismus zum Ausdruck kommende Asymmetrie der Gewalt ihrerseits eine Reaktion auf vorhandene ökonomische, militärische, technologische und kulturelle Asymmetrien darstellt und dass eine Weltordnung, die Armut, Verzweiflung und Demütigung produziert, hervorragende Rekrutierungschancen für die Ideologien des Terrors schafft.

Die "Zeit" kommentierte das so: "Je deutlicher es wird, dass es keine Macht gibt, die den Vereinigten Staaten auf der Ebene der symmetrischen Kriegsführung auch nur entfernt Paroli bieten kann, desto zwingender ist es für die Feinde Amerikas, radikal asymmetrische Gewaltstrategien zu befolgen."

Selbstverständlich muss auch Europa auf der Hut sein! Wir sind nicht nur als Bündnispartner der USA solidarisch! Auch wenn die Emotionalität Europas und seiner Partnerländer eine geringere ist: Der Gegner dieses Terrors ist nicht ein Land, sondern die offene Gesellschaft des Westens!

Insofern stehen wir weniger vor der Frage, WAS das Ziel deutscher Sicherheitspolitik ist. Diese Frage scheint einfach zu beantworten, wenn zudem humanitäres Engagement mithilfe des Militärs die Spannbreite deutlich erhöht hat.

Viel schwieriger ist die Frage, WIE wir unsere Ziele im Verein mit unseren Bündnispartnern erreichen. Und ob wir aus der Analyse der Bedrohung - trotz sehr unterschiedlicher Traditionen im Militärischen und im Verständnis von Sanktion und Strafe - eine gemeinsame Vorgehensweise im Bündnis entwickeln können.

Die Rolle der NATO ist in diesem Zusammenhang bereits kritisch diskutiert worden. Manche sahen das Nordatlantische Bündnis in der Folge des 11. September bereits faktisch am Ende. Wenn dies so wäre, so könnte das nicht ohne Konsequenzen für die spezifische sicherheitspolitische Lage Deutschlands - und selbstverständlich Europas - bleiben.

Obwohl erstmals seit Bestehen der Allianz der Bündnisfall ausgerufen wurde, spielte die NATO in ihrer Gesamtheit bei den Operationen in Afghanistan nicht die von der Öffentlichkeit erwartete militärische Rolle. Sie konzentrierte sich auf die Überwachung der Seewege im Mittelmeer und die Überwachung des US-Luftraumes mit NATO AWACS Luftfahrzeugen.

Aufgrund unserer Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland ein besonderes Verhältnis zur NATO - ein anderes und sicher ein engeres als etwa Frankreich! Dazu wird der Kollege Lamers sicherlich morgen früh noch etwas ausführlicher referieren. Aber soviel darf ich vorwegnehmen: Jedes Konzept für die Sicherheit in Deutschland und Europa muss sich sehr wesentlich auf das Bündnis stützen! (Und kann doch nicht frei sein von Skepsis in einer Zeit, da weniger denn je klar ist, welche Rolle es in Zukunft spielen wird.)

Die Anschläge des 11. September 2001 trafen die Bundeswehr zeitlich im umfangreichsten Reformprozess seit ihrer Gründung und lösten natürlich auch in Deutschland eine Vielzahl von Vorschlägen aus, wie der Gefahr durch den Terrorismus zu begegnen sei.

Da wurden altbewährte Verfassungsgrundsätze - wie die Trennung von nachrichtendienstlichen, polizeilichen und militärischen Aufgaben sowie die unterschiedlichen Zuständigkeiten innerhalb unseres föderalen Systems - grundsätzlich in Frage gestellt. Bei einigen Konzepten fand sich die Bundeswehr in der Rolle einer Hilfspolizei wieder, die - zusätzlich zu den bereits bestehenden Aufgaben - potenzielle Ziele terroristischer Attacken, wie Kernkraftwerke, Flugplätze, Chemiefabriken, zu schützen hätte. Man ging sogar soweit, derartige Objekte mit einem Gürtel von Flugabwehrraketen gegen entführte Flugzeuge absichern zu wollen. Vorstellungen, die auch von Kosten und notwendigen Umfangen her nicht zu realisieren gewesen wären. Sie hätten zudem eine falsche Sicherheit vorgegaukelt.

Zum Glück ist die Zahl solcher Vorschläge mit der Zeit zurückgegangen, und wir konnten dazu übergehen, mit kühlem Kopf die Konsequenzen zu analysieren, die sich aus der veränderten sicherheitspolitischen Landschaft nach dem 11. September ergaben.

Im Ergebnis haben wir festgestellt, dass die begonnene Reform der Bundeswehr in Substanz und Richtung stimmt. Allerdings gilt es, einige geplante Fähigkeiten schneller zu erwerben als ursprünglich geplant und Anpassungen vorzunehmen.

Der seit dem Jahreswechsel laufende Einsatz im 5.000 km entfernten Afghanistan ist eine vollständig neue Erfahrung für die Bundeswehr.

Der Einsatz, dessen Notwendigkeit und Bedeutung außer Frage steht, zeigt, dass deutsche und europäische Sicherheit nach den Anschlägen des 11. September eine geographische und - das ist uns besonders dramatisch vor Augen geführt worden - inhaltliche Erweiterung erfahren hat, deren Auswirkungen wir uns weder entziehen können noch wollen.

Deutschland hat also mehr sicherheitspolitische und militärische Verantwortung auch an der europäischen Peripherie und darüber hinaus übernommen.

Gerade Afghanistan führt uns die Grenzen unserer heutigen militärischen Möglichkeiten besonders deutlich vor Augen.

Darüber hinaus müssen wir uns auch von dem Gedanken lösen, dass Angriffe auf ein Land immer von einem vorab identifizierten Gegner, nach einer, wenn auch begrenzten Vorwarnzeit, mit eindeutig identifizierten militärischen Kräften und Mitteln und nach einer vorhergehenden Krisen- und Spannungszeit erfolgen.

Ein Angriff, wie er im vergangenen Jahr gegen die Vereinigten Staaten gerichtet war, könnte jederzeit und ohne Vorwarnung auch Deutschland treffen.

Deshalb sind im Rahmen des gesamten Aufgabenspektrums der Bundeswehr auch Überlegungen zur Abwehr der neuen Risiken und zur Abwendung ihrer Folgen für unser Land zu berücksichtigen.

Die Anschläge vom 11. September haben auch gezeigt, dass die Streitkräfte sich darauf einstellen müssen, in einer solchen Gefahrensituation notfalls auch für die eigene Bevölkerung erhebliche Hilfe leisten zu können.

In der Kombination beider Aspekte gilt es hier, zukünftig die notwendige Vorsorge zu treffen, zumal das Gebot der Verfassung zur Verteidigung den Schutz der eigenen Bevölkerung einschließt.

Dabei geht es zum einen um eine Weiterentwicklung der Verteidigungsfähigkeit der NATO, um das Überdenken nationaler Verteidigungsplanungen, die Verbesserung der Rüstungskooperation, um so neue, den Risiken angepasste Fähigkeiten zu schaffen und damit die Voraussetzungen für eine noch effektivere Zusammenarbeit zu etablieren.

Die Fähigkeitslücken der europäischen Verbündeten haben auch eine sicherheitspolitische Dimension. Aus Sicht der USA bedeutet die Kluft nicht nur eine Gefahr für das NATO-Militärpotenzial, sondern kann auch die politische Solidarität innerhalb der Allianz schwächen.

Im europäischen und besonders deutschen Interesse muss es sein, das transatlantische Verhältnis auch hinsichtlich der Fähigkeiten ausgewogener zu gestalten, um sich entsprechenden Einfluss zu sichern. Auch zukünftig müssen feste und tragfähige transatlantische Beziehungen die Grundlage des Bündnisses und seiner Handlungsfähigkeit bleiben.

Aus deutscher Sicht sind die Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz und die Herausbildung eines sicherheitspolitischen Arms in der Europäischen Union eng miteinander verknüpfte Prozesse, die darauf gerichtet sind, die transatlantische Partnerschaft und die europäische Handlungsfähigkeit gegenseitig zu verstärken.

Aktuell kommt es darauf an, dass insbesondere die NATO und die Europäische Union ihre Fähigkeiten zur Terrorismusbekämpfung bewerten und ggf. entsprechend anpassen.



*Sachkundig und kritisch nachgefragt: Oberstlt Manfred Treubig*

Wenn wir in beiden Organisationen den Kampf gegen den Terrorismus als eine mögliche Aufgabe aufnehmen, dann ist mehr denn je eine enge Kooperation zwischen Europäischer Union und NATO das Gebot der Stunde.

Es ist weder politisch wünschenswert noch militärisch erforderlich, dass die Europäische Union Parallelstrukturen zur integrierten Führungsstruktur der NATO aufbaut. Grundvoraussetzung dafür ist der gesicherte Rückgriff auf Fähigkeiten und Mittel der NATO.

Für die Führung autonomer Einsätze der Europäischen Union im Petersberg Spektrum ist vorgesehen, auf nationale Einrichtungen, die für den Einsatz multinationalisiert werden, zurückzugreifen. Unser Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam bereitet sich u. a. auf eine solche Aufgabe vor.

Beim Europäischen Rat in Laeken im Dezember vergangenen Jahres hat die Europäische Union erstmalig ihre operationelle Einsatzfähigkeit für einige Krisenmanagementaufgaben erklärt. Diese Einsatzfähigkeit wird in dem Maße wachsen, in dem die Europäische Union ihre militärischen und zivilen Pläne

verwirklicht und so der europäische Pfeiler in der Allianz gestärkt wird. Noch vorhandene Lücken in den bestehenden Fähigkeiten werden so geschlossen. Zunehmend komplexere Operationen werden dann möglich sein.

Die Bundesregierung hat der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wichtige Impulse gegeben. Entsprechend seiner in der Europäischen Union angestrebten Rolle muss Deutschland jedoch auch in der Realisierung dieser Politik ein Beispiel geben. Wir haben einen erheblichen militärischen Beitrag angeboten. In welchem Umfang und in welcher Qualität dieser Beitrag tatsächlich schon jetzt verwirklicht werden kann, hängt auch von den Fortschritten bei der Bundeswehrreform ab.

In den Auslandseinsätzen sind unsere gut ausgebildeten Soldaten Garanten des Erfolges der deutschen Kontingente. Unsere Frauen und Männer lösen ihre Aufgaben professionell. Sie haben sich mit ihrem Können und ihrer Motivation in den Einsätzen - auch im internationalen Vergleich - glänzend bewährt.

In Deutschland vollzieht die Truppe jetzt den Kern der vor zwei Jahren begonnenen Neuausrichtung der Bundeswehr - den Umbau der Kommandostrukturen und - in diesem und im nächsten Jahr - die Umgliederung der Einheiten und Verbände.

Hinzu kommt, dass sich bisher praktizierte Verfahren verändern, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten wechseln und sich damit auch bislang "eingefahrene" Informationsbeziehungen verändern. Das allein ist an sich schon äußerst komplex und betrifft und fordert jeden Angehörigen der Streitkräfte.

Der Einstieg in die Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf ist gelungen. Wir können und wollen nicht zurück in die alte Struktur der Streitkräfte und wir haben auch keine vernünftige Alternative. Ende März diesen Jahres haben wir Erfolg und Wirksamkeit der bisherigen Reformschritte erneut überprüft. Insgesamt können wir festhalten, dass die Konzeption der Reform flexibel und zukunftsfähig angelegt ist und sich auch unter Berücksichtigung der neuen Einsätze als richtig und in der Struktur als tragfähig erwiesen hat.

Die Reform ist darauf angelegt, Aufgaben, Fähigkeiten und Mittel in Einklang zu bringen und entspricht den sicherheitspolitischen Zielen unseres Landes. Sie ist anpassungsfähig an eine sich verändernde sicherheitspolitische Lage und neue Risiken. Das schließt ausdrücklich Nachbesserungen in der Zukunft, insbesondere im Hinblick auf die Durchhaltefähigkeit der Einsatzkräfte sowie auf Führungsunterstützung und logistische Unterstützung, nicht aus.

Wesentliche Zielsetzung der Reform ist es, die Aufgaben, Fähigkeiten und Mittel der Bundeswehr in Einklang zu bringen. In diesem Prozess wird die Bundeswehr zwar insgesamt kleiner, wächst aber qualitativ auf und wird im Hinblick auf gewandelte Anforderungen moderner und leistungsfähiger. Zu diesem Prozess gehört, dass wir die Bundeswehr organisatorisch und strukturell an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen, die Streitkräfte auf ihre Einsatzaufgaben konzentrieren und eine deutliche Effizienzsteigerung in allen Bereichen erzielen.

Was meine ich, wenn ich von "Konzentration der Streitkräfte auf ihre Einsatzaufgaben" spreche? Nun, wir haben aus dem Kalten Krieg eine Bundeswehr mitgebracht, die optimiert war auf die Aufgabe "Landesverteidigung im Bündnis".

Demzufolge hatten wir ein großes Heer,

- ▶ panzerstark und prädestiniert für das Gefecht der Verbundenen Waffen;
- ▶ unterstützt von einer Luftwaffe, die wesentliche Beiträge zur verbundenen Luftkriegführung in Mitteleuropa einschließlich der Luftverteidigung leisten konnte;
- ▶ und eine Marine, deren Hauptaufgabe das Freihalten der lebenswichtigen Seeverbindungen im Zusammenwirken

mit den anderen NATO-Marinen sowie die Kontrolle strategischer Schlüsselpositionen z. B. der Ostseezugänge war. Bei der planerischen Vorbereitung dieser Aufgabe konnten wir uns auf ortsfeste Fernmeldeverbindungen und logistische Einrichtungen abstützen und waren, was die Mobilität unserer bodengebundenen Streitkräfte betrifft, lediglich auf taktische und operative Verlegefähigkeit unter vorwiegender Nutzung des Straßen- und Eisenbahnnetzes ausgerichtet. Daher konnte der aktive Anteil von Fernmelde- und Logistiktruppen im Verhältnis zu Kampf- und Kampfunterstützungstruppen relativ klein gehalten werden. Vorsorge für eine strategische Verlegefähigkeit musste nur sehr eingeschränkt getroffen werden.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre, als man in der voreiligen Hoffnung auf eine neue, friedliche Weltordnung von der bereits erwähnten Friedensdividende sprach, wurden die Bundeswehr und der für sie vorgesehene Etat kräftig verkleinert. Dennoch blieb sie im Prinzip eine Streitmacht, die in ihrer Struktur, Führungsorganisation und Ausrüstung noch für die



*Oberstlt Erwin Ritter von Fitz aus Voralberg hakt nach, wenn ihn Antworten nicht zufrieden stellen.*

auszurichten. Daneben steht die Bundeswehr natürlich weiterhin für Hilfeinsätze zur Verfügung - wie erst kürzlich in den Hochwassergebieten an der Elbe geschehen.

Die Verwirklichung sicherheitspolitischer Ziele hat - zumal in einer demokratischen Armee - immer auch mit der Stimmung in der Truppe und zu tun. Die Bundeswehrreform war zu guten Teilen darauf ausgerichtet, die Motivation dauerhaft zu verbessern - etwa durch die Auflösung des Beförderungsstaus.

Zum Jahreswechsel ist es gelungen, für das Personal der Bundeswehr wichtige Verbesserungen voranzubringen und den Dienst in den Streitkräften attraktiver zu machen.

Viele Soldatinnen und Soldaten haben seit dem 1. Januar 2002 eine deutliche Steigerung ihrer beruflichen Perspektive erfahren: Sie wurden befördert oder in eine höhere Besoldungsgruppe eingewiesen. Dies ist überaus erfreulich.

Ich bin mir sicher, dass wir bis zum Jahresende den Stau durch rund 7.000 zusätzliche Beförderungen erheblich abgebaut haben werden.

Am 1. April 2002 ist die neue Soldatenlaufbahnverordnung in Kraft getreten. Damit ist es gelungen, die Laufbahn für unsere Unteroffiziere deutlich zu verbessern. So wird die Mehrzahl der Unteroffiziere die Karriere nach einer von vier auf drei Jahre verkürzten und zugleich konzentrierten Ausbildung zum Feldwebel beginnen.

Die darüber hinaus entschiedene, breite Bündelung der Dienstposten in den Unteroffizierlaufbahnen wird Förderungen ohne Versetzungen erlauben. Das trägt zur Regionalisierung und Harmonisierung von Familie und Beruf bei.

Das wachsende internationale Engagement der Bundeswehr erhöht die Belastung insbesondere des militärischen Führungspersonals. Neben den Auslandseinsätzen bringt auch die Neuausrichtung der Bundeswehr von Grund auf erhebliche Belastungen mit sich, die inzwischen auch die Truppe erreicht haben.

Die Balance der Lebensbereiche "Beruf" auf der einen und "Familie" auf der anderen Seite hat sich in der Wahrnehmung vieler Soldaten zuungunsten der Familien verschoben.

Dies bleibt auch jenen nicht verborgen, die ihre berufliche Zukunft in der Bundeswehr sehen wollen. Nur wer Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie macht, gilt als attraktiver Arbeitgeber.

Für die Bundeswehr gilt es also, sich dem Spannungsfeld "Beruf und Familie" zukünftig noch stärker zuzuwenden, zumal der Soldat seine Dienst- und Einsatzmotivation im Wesentlichen aus dem Verständnis seiner nächsten Umgebung für seine Aufgabe zieht.

klassische Bündnisverteidigung optimiert war.

Im Übrigen waren wir in der ersten Hälfte der 90er-Jahre in erster Linie mit der Reduzierung der gemeinsamen Streitkräfte auf die vertraglich vereinbarte Obergrenze von 370.000 und dem Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern beschäftigt.

Die Bundesrepublik Deutschland sah sich jedoch zunehmend internationalen Erwartungen ausgesetzt, sich im Rahmen von Bündnisverpflichtungen und international gewachsener Verantwortung an militärischen Operationen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu beteiligen. Nach ersten "Gehversuchen" mit einem Feldlazarett in Kambodscha sowie Kontingenten bei UNOSOM in Somalia und IFOR auf dem Balkan sind wir mittlerweile fest in solche Missionen eingebunden.

Wir beteiligen uns zur Zeit an nicht weniger als sechs unterschiedlichen Operationen: KFOR, SFOR und TF FOX auf dem Balkan, ENDURING FREEDOM am Horn von Afrika, ISAF in Afghanistan und an UNOMIG in Georgien. In diesen Operationen sind zur Zeit fast 10.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr eingesetzt, das sind mehr als jeder andere europäische Bündnispartner derzeit leistet.

Deutschland hat im Herbst 2001 bei TF FOX erstmals die "Lead Nation" Funktion für eine Gesamtoperation übernommen, und wir werden zu Beginn des nächsten Jahres gemeinsam mit unseren niederländischen Partnern die Führungsfunktion bei ISAF übernehmen.

Die Bundeswehr erfährt in den Auslandseinsätzen Respekt und Anerkennung. Das beruht auf der Leistungsfähigkeit, vor allem aber auf dem Leistungswillen unseres Personals.

Die laufende Reform zielt darauf ab, die Bundeswehr gezielt auf derartige Einsätze - Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, aber auch Rettungs- und Evakuierungseinsätze -

Wir stehen auf diesem Gebiet zwar noch am Anfang, waren aber keinesfalls untätig. Es sind in einigen wichtigen Bereichen bereits grundlegende Entscheidungen gefallen.

Ein Programm zur Familienorientierung in den Streitkräften hat konkrete Formen angenommen: Die ersten Familienbetreuungszentren mit hauptamtlichem Personal werden eingerichtet, ein Kinderbetreuungssystem, vorrangig für Alleinerziehende, ist vorgeschlagen und wird im Ministerium geprüft, erste Schritte zur Einrichtung von Pendlerappartements sind eingeleitet, eine Ressortforderung zur Anhebung des Sonderurlaubs für die Durchführung von Familienheimfahrten auf neun Tage pro Jahr ist erhoben.

Letztlich sollen alle diese Maßnahmen die Berufszufriedenheit und Einsatzmotivation unserer Soldaten erhalten. Sie haben damit auch unmittelbare Auswirkungen auf die Nachwuchsgewinnung und Attraktivität unseres Berufes.

Mitte Februar 2001 wurde - von wenigen Ausnahmen abgesehen - Klarheit über die Stationierung der Bundeswehr geschaffen. Insgesamt bedingt die Reform zwingend Standortschließungen, aber auch in geringem Umfang Neuaufstellungen von Verbänden und Dienststellen mit der häufig nicht zu vermeidenden Konsequenz von Verlegungen.

Im Ergebnis wird die Bundeswehr im Jahr 2006 in 540 Gemeinden mit Personal präsent sein. Gegenüber heute werden 39 Standorte wesentlich verkleinert, 40 größere und 20 Kleinstandorte werden geschlossen.

An weiteren Standorten kommt es zu geringeren Reduzierungen. Dabei muss ich darauf hinweisen, dass z. B. die Struktur der ortsfesten logistischen Einrichtungen und Führungsunterstützungseinrichtungen noch überprüft werden muss und die Anzahl der zu schließenden Standorte sich noch vergrößern kann.

Die umfassende Modernisierung von Material und Ausrüstung, als zweite Säule der Reform unserer Streitkräfte, ist Voraussetzung dafür, dass die Streitkräfte die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen können.

Dabei lassen wir uns von fünf Grundsätzen leiten:

- ▶ Der Ausrichtung am neuen, einsatzorientierten Fähigkeitsprofil,
- ▶ der notwendigen Interoperabilität für internationale und bündnisgemeinsame Einsätze,
- ▶ der Schaffung streitkräftegemeinsamer Fähigkeiten,
- ▶ dem konsequenten Planen in Waffen- und Einsatzsystemen und
- ▶ einer durchgreifenden Effizienz und Wirtschaftlichkeit und insbesondere zeitgerechte Entwicklung und Beschaffung.

In Übereinstimmung mit den in der NATO identifizierten Fähigkeitsdefiziten wollen wir vorrangig die Leistungsfähigkeit und das Zusammenwirken der Führungs- und Kommunikationssysteme, die strategische Verlegefähigkeit und die weltweite Aufklärung verbessern.

Die Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses bleibt zwar weiterhin die existenzbegründende, verfassungsgemäße Aufgabe der Bundeswehr, die Materialplanung wird aber vorrangig an den wahrscheinlichsten Aufgaben der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung ausgerichtet. Das Konzept ist darauf ausgelegt, die bestehenden Defizite abzubauen und das beabsichtigte Fähigkeitsprofil Schritt für Schritt zu erreichen. Auf diesem Weg haben wir Fortschritte gemacht, sind aber noch lange nicht am Ziel.

Lassen Sie mich einige besonders wichtige Vorhaben herausgreifen, die als Beispiele für das neue Fähigkeitsprofil der Bundeswehr stehen.

Mit der Realisierung des IT-Projektes "HERKULES" schaffen wir in wenigen Jahren ein leistungsstarkes Kommunikations- und Datennetz. Einschließlich der Vernetzung der Liegenschaften der Bundeswehr und dem Betrieb der Rechenzentren ist es wesentliche Grundlage für die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Informations- und Kommunikationssysteme der Bundeswehr.

Besondere Bedeutung hat die Information über krisenhafte Entwicklungen sowie die Warnung der eingesetzten Kräfte vor akuten Risiken. Mit dem "Radarsatellitensystem hohe Auflösung SAR-Lupe" wird die Bundeswehr mittelfristig über eine allwetterfähige, raumgestützte, weltweite, abbildende Aufklärung mit ungefiltertem, raschem Zugriff auf Rohdaten zur unabhängigen Lagefeststellung verfügen. Damit können wir ohne geographische Beschränkungen Gebiete überwachen sowie Aktivitäten und Objekte aufklären und identifizieren.

Mit dem Future Transport Aircraft Airbus A400 M wird es uns mittel- und langfristig mit eigenen Mitteln möglich, Kräfte in weit entfernte Einsatzgebiete zu verlegen und sie dort sicher versorgen zu können. Gerade in diesem Schlüsselbereich sind die Defizite derzeit erheblich und unübersehbar.

Für den Bereich Mobilität und Überlebensfähigkeit wurden bereits im Jahr 2000 die Entwicklung, Serienvorbereitung und die Beschaffung eines ersten Loses von 80 Stück des NATO-Hubschraubers NH 90 beauftragt.

Ende des Jahres beginnt der Zulauf der ersten von 80 Stück Unterstützungshubschraubern TIGER. Damit wird ein weiterer Schritt im Bereich Wirksamkeit im Einsatz getan.

Durch die Beschaffung von fünf Korvetten der Klasse 130 gewinnen wir die Fähigkeit zur Überwasserkampfführung in Randmeeren.



*Hptm Ulrich Schmidt-Narischkin erging sich nicht in theoretischen Erwägungen, er fragte und argumentierte vielmehr auf der Grundlage seiner Einsatzerfahrungen.*

Die Überlebensfähigkeit von Fahrzeugen wird durch Formgebung, Minenschutzausstattung, Signaturreduzierung und passive ballistische Schutzkomponenten auf einen zukunftsweisenden Technologiestand gesteigert.

Die Bundeswehr erhielt in diesem Jahr erstmalig zusätzliche Haushaltsmittel aus dem Anti-Terror-Paket der Bundesregierung. Der größte Anteil dieser Mittel wird zur Verbesserung der materiellen Ausstattung der deutschen Einsatzkontingente für die Operation Enduring Freedom und die Internationale Schutztruppe ISAF sowie zur beschleunigten Einnahme des neuen Fähigkeitsprofils verwendet.

Gleichzeitig werden unverändert alle Anstrengungen unternommen, weiteren finanziellen Freiraum, insbesondere für die notwendigen Investitionen in Ausrüstung und Material zu gewinnen.

Durch die strategische Partnerschaft mit der Wirtschaft, die Ressortvereinbarung mit dem Bundesministerium der Finanzen und die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb sind weitere Schritte zur Verbesserung der finanziellen Situation eingeleitet worden.

Im Zuge der Neuausrichtung werden wir die Streitkräfte auf 285.000 Soldaten verkleinern. Den Grundwehrdienst konnten wir zum 1. Januar diesen Jahres auf neun Monate verkürzen. Aber nur mit den 80.000 Grundwehrdienstleistenden wird die Bundeswehr auch in Zukunft Ihren Auftrag erfüllen und die äußere Sicherheit unseres Landes gewährleisten können.

Dies ist deshalb so, weil

- ▶ die Mobilmachungs- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr in der Mitte Europas auch in Zukunft ein wesentlicher Faktor unseres Gewichts in der NATO und ein wichtiges Element der Stabilität in Europa ist,
- ▶ der für notwendig erachtete Verteidigungsumfang von geplant rund 500.000 Soldaten nur mit den in Folge der Wehrpflicht verfügbaren Reservisten erreicht werden kann,
- ▶ ohne den Funktionsdienst der Wehrpflichtigen im Frieden Einsätze zur Krisenbewältigung nicht geleistet werden können,
- ▶ nur mit Grundwehrdienstleistenden, die ihren Wehrdienstzeit verlängern und freiwillig an Einsätzen teilnehmen, die Krisenreaktionsfähigkeit der Bundeswehr in vollem Umfang aufrechterhalten werden kann.

Bundespräsident Herzog hat im Herbst 1995 festgestellt, dass der demokratische Rechtsstaat die Wehrpflicht nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Wehrpflicht ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssten sicherheitspolitisch begründet werden.

Die Bundesregierung hat entschieden, die Allgemeine Wehrpflicht als eine tragende Säule der Bundeswehr beizubehalten. Die Mehrheit der Bevölkerung und die großen Parteien in Deutschland teilen diese Auffassung.

Das schließt weitere Diskussionen nicht aus. So sieht z. B. die aktuelle Koalitionsvereinbarung vor, diese Frage auch zum Ende der laufenden Legislatur noch einmal zu prüfen.

Die Bundeswehr ist mit der Neuausrichtung auf dem Weg von der Ausbildungs- und Aufwuchs- zu einer Einsatzarmee, gleichzeitig bleibt sie aber weiterhin eine Wehrpflichtarmee im Friedenseinsatz. In seinen wesentlichen Bestandteilen wird der Umbau der Streitkräfte nach sechs Jahren - also Ende 2006 - abgeschlossen sein.

Mit dem Jahr 2002 Jahr haben wir den Bereich der Planung und Umgliederung der höheren Stäbe und Kommandos verlassen und verlagern den Schwerpunkt auf die Truppe.

Damit werden die Auswirkungen in den Verbänden und Einheiten, bei den Offizieren, Unteroffizieren, Mannschaften und ihren Familien spürbar und stellen alle vor große Herausforderungen.

Wir müssen auf dem als richtig erkannten Weg weitergehen, denn nur dann wahren wir uns die erforderliche militärische Handlungsfähigkeit, eine Glaubwürdigkeit nach Innen wie nach Außen und die Chance, unsere Fähigkeiten so aufwachsen zu lassen, dass wir mit einer erneuerten Bundeswehr den neuen Herausforderungen an eine deutsche Sicherheitspolitik erfolgreich begegnen können.



*Der Landesvorsitzende Oberst d. R. Peter Eitze überreicht der Bundestagsabgeordneten Ursula Mogg ein Weinpräsent als Dank für ihre Ausführungen*

Karl A. Lamers

## Deutschlands sicherheitspolitische Interessen zwischen europäischer Einbindung und transatlantischer Partnerschaft



Es gilt das gesprochene Wort!

### 1. Deutschlands Interessen und sicherheitspolitische Prioritäten

Es ist noch nicht so lange her, dass in der Außen- und Sicherheitspolitik von Interessen Deutschlands gesprochen wird. Seit der wiedergewonnenen Souveränität Deutschlands hat die politische Diskussion immer mehr an Intensität zugenommen, was denn eigentlich die spezifisch deutschen Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik sind. Aber - so sehr viel anders gegenüber früher ist es nicht, was Politiker, Wissenschaftler und Soldaten üblicherweise anführen, wenn es um die deutschen Interessen geht.

Erlauben Sie deshalb zunächst ein Zitat, das aus einer Grundsatzrede des Bundespräsidenten Herzog vom 13. März 1995 stammt: *"Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand. Es hat keinen Sinn, das verschweigen zu wollen. Unsere Partner würden uns ohnehin nicht glauben, dass wir nur internationalen Altruismus im Schilde führen"*. Und das Auswärtige Amt, das die Federführung in der Außen- und Sicherheitspolitik hat, drückt sich diplomatisch so aus: *"Nationale Interessen zu benennen darf ... keineswegs ausschließen, auch in Zukunft eine deutsche Außenpolitik des maßvollen Auftretens, der Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit, des Dialogs und der Suche nach Ausgleich und Kompromiss zu verfolgen"*.

Sie werden jetzt sagen, aber wo sind denn die eigentlichen Ziele oder Interessen? Ich werde sie nachfolgend ansprechen, vorab nur eine Bemerkung: Nach meiner Überzeugung gibt es zwischen nationalen, europäischen und atlantischen Interessen keinen signifikanten Unterschied. Kein Sicherheitspolitiker könnte es heute wagen (und dies war auch schon in der Vergangenheit so), deutsche Sicherheitspolitik abseits von UN, EU/ESVP und NATO zu formulieren. Nation und Integration (in kollektive Sicherheitssysteme) sind keine Gegensätze, sondern bedingen und ergänzen sich gegenseitig.

Ich darf nun die fünf übergeordneten Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die implizit auch die deutschen Interessen in diesem Politikbereich beinhalten, aufzeigen. Ich bin überzeugt, dass auch eine andere Bundesregierung als die jetzige diese nicht viel anders formulieren würde:

Gewährleistung der Sicherheit, der Freiheit und des Wohlstands deutscher Bürger sowie die Unversehrtheit unseres Staatsgebiets, Weiterentwicklung und Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses, und hier insbesondere der ESVI - der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität - als Voraussetzung für eine funktionierende ESVP.

Stärkung der transatlantischen Partnerschaft, was sowohl das Bündnis und den nuklearen Schutzschirm beinhaltet als auch

die neue Rolle, die die NATO seit den geschichtlichen Umbrüchen der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts übernommen hat in Bezug auf Konfliktmanagement und -lösung auch außerhalb des Bündnisgebiets.

Enge Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn und deren Heranführung an die "westlichen" Organisationen mit dem Ziel einer umfassenden Sicherheitsordnung in Europa. Eine zentrale Stellung nimmt dabei das Verhältnis und die Zusammenarbeit mit Russland ein. Hierfür wurde im Mai 2002 mit dem neuen NATO-Russland-Rat ("Rat der 20") eine aus meiner Sicht überzeugende Antwort gefunden - unterhalb der Schwelle des formellen NATO-Beitritts. Die Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn ist eine Aufgabe, die nicht nur die NATO, sondern vor allem auch die EU fordern.

Lösung drängender globaler Fragen wie die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, Bewahrung der Schöpfung für künftige Generationen, Kampf gegen ungehemmtes Bevölkerungswachstum, Armutsbekämpfung und vieles andere mehr. Im diesem Zusammenhang sollten wir nicht mehr von einer dreigeteilten Welt reden, sondern von der Einen Welt, denn die Probleme, Schwierigkeiten und auch Katastrophen von Ländern und Regionen, die wir bisher als "Dritte Welt" bezeichnet haben, schwappen bis vor unsere Haustür oder gar in unser Land, wenn wir einmal nur an die Migrationsbewegungen in vielen Teilen der Welt denken.

Außen- und Sicherheitspolitik wird so immer mehr zu einer globalen Gestaltungsaufgabe. Wir können aus diesen 5 Punkten herauslesen, dass der Sicherheitsbegriff, von dem wir reden, nicht mehr vorrangig militärisch definiert ist wie in den Jahren des "Kalten Krieges". Vielmehr müssen wir heute von weitaus vielschichtigeren Bedingungen und Voraussetzungen ausgehen, die auf unsere Außen- und Sicherheitspolitik einwirken. Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit verschwimmen unter der aktuellen Terrorismus-Bedrohung zusehends.

Die NATO hat in ihrer politischen Strategie von 1999 Risiken bzw. Bedrohungen durch Terrorismus, Sabotage, organisiertes Verbrechen, Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen und Destabilisierung durch die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen infolge bewaffneter Konflikte, Katastrophen usw. aufgeführt, die in die Sicherheitsanalyse einbezogen werden müssen. Wie wir heute und besonders nach dem 11. September 2001 wissen, hat das Bündnis damit sehr vorausschauend gehandelt.

Die zitierten 5 Ziele oder Interessengebiete deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bedürfen aus aktuellem Anlass - den gravierenden Veränderungen seit 1999 - einer Ergänzung: Die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland sind auf dem Weg, das Zeitalter der Konfrontation durch eine weitreichende Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten zu ersetzen. Insbesondere unter den Präsidenten George W. Bush und Vladimir Putin sind markante Schwerpunkte gesetzt worden: Die Kündigung des ABM-Vertrags durch die USA am 13.12.2001 (in Kraft getreten im Juni 2002) und der Abschluss des Nuklear-Abrüstungsvertrags vom 24.05.2002 werden langfristig bedeutende Auswirkungen haben. Die nuklearen Fähigkeiten werden auf einem sehr viel niedrigeren Niveau als bisher erhalten bleiben. Gleichzeitig werden neue Wege zu einer gemeinsamen Verwirklichung eines Raketenabwehrsystems gesucht. Die einzelnen Konsequenzen sind im Moment noch nicht gravierend. Aber langfristig muss wohl von einer Ablösung der Strategie der nuklearen gesicherten gegenseitigen Zerstörung (MAD) ausgegangen werden. Ein Strategiewechsel scheint zum ersten mal seit dem Zeitalter des "Kalten Krieges" und der nuklearen Konfrontation möglich.

Aus dieser Zusammenarbeit der ehemaligen Supermächte, die im Lauf der weiteren Entwicklung vermutlich noch enger werden wird, könnten Folgen für das europäisch-atlantische Verhältnis entstehen, die heute im Einzelnen noch nicht benannt werden können. Aber eines scheint heute schon absehbar: Je enger der Gleichklang USA - Russland wird oder werden könnte, umso mehr stellt sich die Frage der Bedeutung Europas in diesem Kontext. Denken wir an ein Zukunftsvorhaben wie ein Raketenabwehrsystem: Wird dieses im Bündnis oder außerhalb, wird es bi- oder multinational verwirklicht? Was ist eigentlich von Seiten der europäischen NATO-Partner, von denen die meisten auch EU-Mitglieder sind, auf das US-Angebot hin geschehen, bei der Verwirklichung eines Raketenabwehrsystems politisch und technologisch einbezogen zu werden? Hat eigentlich irgend jemand in Westeuropa auf die Vereinbarung reagiert, die Präsident Bush im Mai 2002 in Moskau in Bezug auf ein amerikanisch-russisches Projekt zur Raketenabwehr unterzeichnet hat? Wir Europäer müssen aufpassen, dass -bildlich gesprochen - die Züge, die in die Zukunft abfahren, nicht ohne uns losfahren!

Der 11. September 2001 war für die Sicherheitspolitik - abgesehen von dem Grauen und dem unermesslichen menschlichen Leid, das verursacht wurde - so etwas wie ein "Blitzschlag" - vielleicht gerade noch zur rechten Zeit. Unser militärstrategisches Denken war bis dato immer noch weitgehend geprägt von einem kontinentalen, weiträumig geführten großen Konflikt, der mit schweren Waffen ausgefochten wird (im Stile des Russland-Feldzugs oder auch des Golf-Krieges).

Die Konsequenzen aus den neuen Bedrohungen und Risiken, die nach dem 11. September 2001 virulent wurden (sie waren auch vorher schon bekannt, nur wurden sie nicht mit Priorität gesehen) erzwingen nun endgültig ein Umdenken. Der Begriff der asymmetrischen Bedrohung und die daraus resultierenden Folgen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitiken weltweit sind nun ins Zentrum der Überlegungen und Gegenmaßnahmen gerückt. Die "offenen Gesellschaften der Demokratien westlichen Typs" (frei nach dem Philosophen Sir Karl Popper) sind doch verwundbarer, als viele zu glauben bereit waren. Dabei geht es um vielfältige, vor allem auch nichtmilitärische Bedrohungen. Gewissermaßen ist die von uns im "Kalten Krieg" im "Wettlauf der Ideologien" oft beschworene "wehrhafte Demokratie" wieder gefordert, aber diesmal in einem ganz anderen Zusammenhang und Ausmaß. Die nach dem 11. September folgende und von der UN und NATO mitgetragene "Campaign against Terrorism", zeigte, dass zumindest die beteiligten 46 Regierungen sich darüber klar waren, dass es sich nicht um eine kurzfristige Randerscheinung der Politik handeln würde.

Doch kehren wir zur asymmetrischen Bedrohung zurück: Nicht nur politisch oder gesellschaftlich, militärisch wirkt diese asymmetrische Bedrohung natürlich auch: Wenn wir bei dem Ereignis des 11. September bleiben, dann wurden an diesem Tag keine Armeen angegriffen. Aber der Kanon von Gegenmaßnahmen - oder anders ausgedrückt: die Art, wie im Rahmen der Operation ENDURING FREEDOM reagiert wurde - hat doch die weitreichenden Konsequenzen aufgezeigt. Ich möchte es kurz machen und nur mit einigen "Schlaglichtern" die Veränderungen, die vor allem in den USA durchgeführt wurden, andeuten:

Die US-Truppen haben in einem Land (Afghanistan) einen ernstzunehmenden Gegner bekämpft, ohne das Land selbst zu besetzen. Voraussetzungen: Totale strategische und taktische Aufklärung (Satelliten, Flugzeuge, Drohnen), totale Luftherrschaft, totale Luftbeweglichkeit der Spezialtruppenverbände, Einsatz von Präzisionswaffen. Der US-Verteidigungsminister stornierte die Entwicklung einer Haubitze ("Crusader"), um Mittel für Heeres-Präzisionswaffen frei zu bekommen.

Mitte November 2002 spürte die CIA mit Hilfe überlegener Aufklärungsmittel in der jemenitischen Wüste einen führenden Al-Kaida-Terroristen auf und tötete ihn durch den Einsatz einer bewaffneten "PREDATOR"-Drohne.

Diese "Schlaglichter" deuten an, dass die Veränderungen im Bereich der Streitkräfte auf Grund der aktuellen Entwicklungen weit- oder tiefgreifend sein werden, dass diese aber womöglich nicht überall gleich konsequent nachvollzogen werden. Diese Befürchtung muss man - ohne in Einzelheiten gehen zu wollen - in Bezug auf die Bundeswehr haben: Dem Grunde nach werden strukturelle Änderungen im Zuge der laufenden Reform durchgeführt, aber die eigentlichen Defizite werden - wegen fehlender Mittel - nicht behoben. Aber dazu komme ich noch.

Ein weiterer Punkt muss in diesem Zusammenhang noch angesprochen werden - Stichwort asymmetrische Bedrohungen: Die Gefahr der Herstellung, der Drohung mit und des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen und -kampfstoffe) durch Diktaturen und durch Terroristennetzwerke, die mit diesen in Verbindung stehen. Dieses Thema wird uns auch nach der Resolution des UN-Sicherheitsrats Nr. 1441 und dem Beginn der UN-Waffeninspektionen im Irak erhalten bleiben. Denken Sie nur an das Eingeständnis Nordkoreas, dass die Raketen- und Nuklearwaffenprogramme keineswegs eingestellt, sondern weitergeführt wurden. Denken Sie nur an die mutmaßlichen Terroristen, die in London einen C-Angriff gegen die "Tube" (U-Bahn) vorbereiteten und im November 2002 gerade noch rechtzeitig gefasst werden konnten. Das Problem der asymmetrischen Bedrohung, der wir uns gegenübersehen, erfordert - daran kann kein Zweifel bestehen - sowohl aktive wie auch passive Gegenmaßnahmen, im militärischen wie zivilen Bereich. Unser Staat muss sich von der Trennung der Belange der inneren und äußeren Sicherheit verabschieden.

## 2. NATO / transatlantische Partnerschaft

*"Die NATO ist das wichtigste Bindeglied für die Beziehungen im nordatlantischen Raum. Sie ist Ausdruck der historischen Verbundenheit und des gemeinsamen Engagements von Europa und Amerika. Sie ist wichtiger Pfeiler in einem System globaler kooperativer Sicherheit, wie es die Welt heute mehr denn je benötigt."*

Erlauben Sie mir dieses Zitat, das von Bundesaußenminister Fischer stammt - abgegeben im Rahmen seiner Regierungserklärung vom 14. November 2002. Es hätte genauso gut auch von Angela Merkel oder Edmund Stoiber stammen können. Bei der Regierungserklärung und Debatte ging es um den NATO-Gipfel in Prag, der ja am 21./22. November 2002 stattgefunden hat. Das Zitat zeigt die Bemühungen der Bundesregierung, die seit dem Wahlkampf hochgehenden Wellen wieder zu glätten. Wir erinnern uns, dass das sehr gute deutsch-amerikanische Verhältnis durch eine "Wahlkampfeinlage" von Schröder und Däubler-Gmelin nachhaltig geschädigt wurde. Das Ansehen Deutschlands als zuverlässiger und berechenbarer Bündnispartner wurde durch Schröder und Däubler-Gmelin nachhaltig geschädigt.

Die rot/grüne Bundesregierung hat deshalb eine Bringschuld, und wir von der Opposition werden mit kritischen Augen darüber wachen, wie diese Bringschuld - hoffentlich bald - beglichen wird.

Der NATO-Gipfel in Prag hatte drei Höhe- oder Schwerpunkte, an denen wir die künftige Entwicklung des Bündnisses und auch die deutschen Beiträge hierzu beobachten und ablesen können:

- ▶ die Öffnung für neue Mitgliedstaaten
- ▶ die Beziehungen zu ihren Partnern und
- ▶ die Anpassung des Bündnisses an neue Herausforderungen.

Erster Schwerpunkt: Mit der Einladung zu Beitrittsgesprächen für Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien und dem hoffentlich zügig erfolgenden Beitritt dieser Länder wird der Stabilitätsraum Europa erweitert und auf diesem Wege mehr Sicherheit geschaffen; gleichzeitig geht es auch um die Erweiterung und Festigung der atlantischen Wertegemeinschaft; sicherheitspolitisch der Stabilitätsrahmen für die politisch-wirtschaftliche anstehende Erweiterung der EU geschaffen; den noch nicht eingeladenen Ländern gezeigt, dass die Fortsetzung der Reformanstrengungen nicht umsonst ist. Die Tür bleibt offen!

Der zweite Schwerpunkt des Gipfels und der NATO-Aktivitäten umfasst das Verhältnis zu den Partnern, vor allem Russland. Die Kooperation mit Russland als dem zentralen Sicherheitspartner hat sich in den letzten Monaten bedeutend verbessert. Der neue NATO-Russland-Rat bietet eine Plattform für die Bewältigung von (definierten) Aufgaben wie der Terrorismus-Bekämpfung und der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, bei denen Russland eine echte Mitgestaltungsmöglichkeit zukommt. Es geht aber auch um die Fortführung der Zusammenarbeit mit der Ukraine, mit den zentralasiatischen Ländern und mit den Mittelmeeranrainerstaaten.

All dies deutet darauf hin, dass die Sicherheitsinteressen und -fragen der NATO nicht mehr nur innerhalb des Bündnisgebiets liegen und beantwortet werden können.

Der dritte Hauptpunkt ist die Anpassung des Bündnisses an neue Herausforderungen.

Die NATO muss sich in einen Zusammenschluss verwandeln, in dem die Balance zwischen herkömmlichen Aufgaben (Bündnisverteidigung) und neuen Herausforderungen gehalten wird. Die Mitgliedstaaten des nordatlantischen Bündnisses müssen gemeinsame Interessen überall dort schützen und verteidigen können, wo sie bedroht oder angegriffen werden.

Da dies in der Mehrheit der Fälle wohl weniger das Bündnisgebiet selbst als vielmehr andere Regionen betreffen wird, ist der früher ausgetragene Streit um "out-of-area"-Einsätze der NATO wohl ausgestanden. Er ist einfach durch die globalen Entwicklungen überholt worden. Weltweiter Terrorismus und Gefahren durch Massenvernichtungswaffen können im Schwerpunkt wohl nur außerhalb des Bündnisses bekämpft werden.

*Was wäre der Balkan heute ohne die NATO? Und Herr Milosevic würde bestimmt nicht in den Haag im Gefängnis sitzen!*

Die im "Kalten Krieg" statische Ausrichtung des Bündnisses auf Bedrohungen lässt sich unter den heutigen Vorzeichen nicht mehr aufrechterhalten. Klar ist, dass Terrorismusbekämpfung und Maßnahmen zur Minimierung der Gefahr durch Massenvernichtungswaffen neue strategische Ausrichtung und Mittel erfordern.

Das heißt, NATO-Länder, die bisher am Rand des Geschehens lagen, rücken nun in die Nähe des Geschehens.

Länder, die bisher im Zentrum lagen (wie Deutschland), müssen sich zum Beispiel auf größere Entfernungen und andere Szenarien einstellen. Luft- und Seetransport, Führungsfähigkeit und Kommunikation, strategisch-operative und taktische Aufklärung rücken in den Vordergrund. Die Bundeswehr braucht mehr Spezialkräfte mit entsprechender leichter

Ausrüstung (eine Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die bisher ungehört verhallt ist). Sie braucht eine noch optimiertere ABC-Abwehr-Ausrüstung. Dies würde auch bedeuten, dass die Einsatz-Logistik wesentlich höhere Anforderungen als bisher bewältigen können muss.

Die "Neuausrichtung des strategischen Fokus" der NATO nach Süd-Südost verschafft den NATO-Neumitgliedern Bulgarien und Rumänien hohes strategisches Gewicht. Das Bündnis braucht eine Landbrücke zur Türkei.

Ein für die Europäer sehr unerquickliches Thema ist Gegenstand der Beratungen und Beschlüsse des Prager Gipfels gewesen: Die DCI (Defense Capability Initiative) von 1999, deren Ziele ja bekanntermaßen von den Europäern zwar unterzeichnet, aber dann doch nicht in die Tat umgesetzt wurden, ist abgelöst worden von dem "Prague Capabilities Commitment". "Neuer Wein in alten Schläuchen", könnte man dazu sagen. Ein neuer Anlauf wird unternommen (vermutlich in reduzierter Form) in den Bereichen Verteidigungsfähigkeit gegen Massenvernichtungswaffen, Bereitstellung von Führungs-, strategischer Lufttransport- und Aufklärungstechnik. Wir werden sehen, was daraus wird - dazu noch ein Wort am Ende meines Statements.

Ein wesentlicher Punkt des Prager Gipfels war der Auftrag an das Bündnis, die Schaffung einer "NATO RESPONSE FORCE" (NRF) mit 21.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte in einem multinationalen Rahmen zu schaffen, innerhalb 1 Woche einsatzbereit und mit 1 Monat Durchhaltefähigkeit.

Man kann sich natürlich fragen, was das im Klartext bedeutet. Denkbar wäre natürlich, dass die NATO dann zumindest in diesem begrenzten Bereich der Sofort-Eingreifkräfte eine Interoperabilität hätte. Aber würde das nicht auch heißen, dass zum Beispiel in Deutschland bei der jetzigen Haushaltslage die Verlockung bestehen könnte, auf dem bisher schon ausgetretenen Pfad weiterzumachen, die Kriseneinsatzkräfte mit relativ modernem Material auszustatten, und die Masse der Truppe weiterhin mit ihrem relativ veralteten Material allein zu lassen?

Zur NATO RESPONSE FORCE noch ein Wort: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich ohne Wenn und Aber zur Schaffung dieser NATO-Eingreiftruppe.

Die europäischen Anstrengungen in Richtung ESVP sind nun als Stichwort gefallen, ich komme damit zu meinem dritten Hauptpunkt, der

### 3. Europäische Einbindung / ESVP

Außer Zweifel steht, dass die europäische Einigung mit der Aufnahme der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in die Vertragswerke des Maastrichter (1992), des Amsterdamer (1997) und des Nizzaer Vertrags (26.02.2001) eine wesentliche Vertiefung erfahren hat.

Allerdings ist es nicht nur eine Erfolgsgeschichte. Wenn wir von den "Petersbergaufgaben" ausgehen, die im Juni 1992 damals noch vom WEU-Ministerrat recht forsch verabschiedet und später von der EU in den Amsterdamer Vertrag übernommen wurden (Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Friedenserhaltende Aufgaben, Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens) und den Bogen spannen bis hin zu einer Pressemeldung vom 16. November 2002 mit der Überschrift "Schwerer Rückschlag für die EU - Ersteinsatz der europäischen Eingreiftruppe vorerst gescheitert", dann zeigt dies, welchen weiten Weg zwar die EU und die ESVP seit 1992 zurückgelegt

hat, dass aber noch längst nicht alles "in trockenen Tüchern" ist.

Wie alles in der EU erfordert jeder Schritt in der ESVP eine ganze Reihe von Beschlüssen und Entscheidungen. Viele tausend Seiten wurden in all den Jahren mit dem Thema ESVP beschrieben.

Richtig los ging es erst mit dem Europäischen Rat in Köln 03./04. Juni 1999, im gleichen Jahr wurde auch der "Hohe Beauftragte für die GASP und Generalsekretär des Rats für allgemeine Angelegenheiten der EU" installiert. Im Dezember 1999 auf dem ER in Helsinki wurde das "European Headline Goal" festgelegt, die Schaffung einer Eingreiftruppe von 50-60.000 Soldaten, die innerhalb von 60 Tagen einsatzbereit sein und



*Als Abgeordneter der Opposition tat sich Dr. Karl Lamers mit Forderungen leichter als seine Vorrednerin von der SPD. Gespart wurde bei der Bundeswehr aber schon früher und man erinnerte sich daran.*

den Einsatz 1 Jahr lang durchhalten sollten. In den beiden nächsten Jahren folgten die Schaffung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK, englisch PSC), die Aufstellung des EUMC (EU Military Committee) und des EUMS (EU Military Staff).

Bis heute gilt der Grundsatz, dass die NATO und die EU sich nicht als Konkurrenz verstehen. Die NATO ist weiterhin für die kollektive Verteidigung und die Streitkräfteplanung zuständig. Die EU will sich auf Petersberg-Operationen beschränken, die sie jedoch nicht zeitgleich zu etwaigen NATO-Einsätzen in gleicher Sache durchführen will. Doppelstrukturen sollen nicht entstehen. Beabsichtigt ist auch nicht die Schaffung einer Europa-Armee, sondern es soll bei der nationalen Bereitstellung und Kontrolle der Kontingente bleiben.

Ein Punkt jedoch soll nicht ungenannt bleiben: Die Führung von EU-Operationen ("Operation Commander") durch den (NATO) Deputy Supreme Allied Commander Europe (DSACEUR) ist in meinen Augen eine Konstruktion, die eine enge Verknüpfung von NATO und EU/ESVP erlaubt und die Reibungsflächen zwischen den beiden kollektiven Systemen zumindest vermindert, wenn nicht gar beseitigt. Die EU strebt an, mit dieser Lösung die stärkere Wahrnehmung seiner (des DSACEUR) europäischen Verantwortung und die Anpassung des NATO-Streitkräfteverfahrens an mögliche ESVP-Erfordernisse zu erreichen oder zu forcieren.

Grundsätzlich ging und geht es um die Handlungsfähigkeit der Union, im Kölner Ratsbeschluss steht die Formulierung, dass die Union "die Fähigkeit zu autonomem Handeln" haben müsse. Aus dieser Formulierung entstanden bis heute Meinungsverschiedenheiten und Konflikte, die nach wie vor nicht gelöst sind. Die EU will in Fällen, in denen sie selbst "autonom", ohne die NATO, Aufgaben nach dem Petersberg-Katalog ausüben will, auf Ressourcen und Infrastruktur-Einrichtungen der NATO zurückgreifen können (es geht nicht einfach ums "Zurückgreifen", sondern um den "gesicherten Zugang" der EU zu Nato-Ressourcen und -infrastruktur - der gebräuchliche Fachbegriff ist "Berlin-Plus"-Angebot).

Ein solcher Zugriff erfordert eine sogenannte "Dauervereinbarung" der EU mit der NATO, die bis heute nicht geschlossen werden konnte. Jetzt heißt es, bis zu EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 solle die Vereinbarung unterschriftsreif sein.

Bei der eingangs von mir zitierten Pressemeldung ging es nun darum, dass die EU mit ihrer Krisenreaktionstruppe eigentlich erstmals einen Krisen-Einsatz in eigener Regie durchführen wollte, und zwar die Übernahme der bisherigen NATO-Operation "Amber Fox" oder "Task Force Fox" in Mazedonien ab Januar 2003. Dies wäre ein EU-geführter Einsatz gewesen unter Rückgriff auf NATO-Planungs- und Unterstützungselemente. Da aber die "Dauervereinbarung" NATO-EU bisher nicht geschlossen werden konnte, wollte und konnte die NATO eine solche Unterstützung nicht einfach ohne Rechtsgrundlage zusagen. Die Versuche einiger Länder, die (relativ kleine TFF-Mission) einfach in eigener Regie, also ohne Rückgriff auf NATO-Kräfte und Ressourcen, durchzuführen, stieß auf Widerstand gleich mehrerer Seiten.

Dieser Vorgang zeigt das Dilemma, in dem die EU in Bezug auf die ESVP immer noch steckt. Das "European Headline Goal" wurde bis heute nicht erfüllt, und es ist fraglich, ob es im nächsten Jahr voll und ganz erfüllt wird.

Die EU/ESVP-Strukturen stehen zwar, und auch von den Vertragsgegebenheiten ist mit dem Vertrag von Nizza ein wichtiger Hemmschuh, die Einstimmigkeit der Entscheidungen, beseitigt worden. Aber der Vertrag von Nizza seinerseits ist nicht in Kraft getreten. Immerhin ist mit dem Europäischen Rat in Sevilla (Juni 2002) ein neu formierter EU-"Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen" etabliert worden, der praktisch die "Geschäfte" der EU zwischen den EU-Rats-Tagungen führt. Bisher waren hier allein die Außenminister zu Gange, ab 2002 werden die Verteidigungsminister in allen ESVP-Angelegenheiten regulär hinzugezogen.

#### 4. Internationale Verpflichtungen, Bundeswehr und Haushalts-Desaster

Ih möchte meine Betrachtung zur ESVP an dieser Stelle abbrechen und zu einem kurzen Ausblick auf die aktuelle Finanzsituation kommen.

Grundsätzlich werden Sie alle mir vermutlich in Bezug auf meine eingangs gemachte Feststellung zustimmen, dass weder die transatlantischen partnerschaftlichen Beziehungen noch die europäische Einbindung der Bundesrepublik einen Widerspruch zur Formulierung oder Wahrnehmung nationaler Interessen darstellen.

Aber: Konzeptionen, Deklarationen und Beschlüsse sind nur insoweit von Wert, soweit diese mit Inhalt gefüllt werden können. Auch im Bereich der Verteidigung geht es dabei vor allem um Geld. Die amtierende Bundesregierung hat in ihrer Amtszeit vielfältige Verpflichtungen gegenüber NATO, EU und UN übernommen.

So auch jetzt wieder auf dem NATO-Gipfel von Prag (21./22.11.02). Diesmal haben wir sogar die Federführung bei der Realisierung oder der Verbesserung der strategischen Luftverlegethigkeit des Bündnisses übernommen. Natürlich werden wir - nach den Fernsehberichten - auch bei der NRF (NATO RESPONSE FORCE) mitmachen - mit EU-Vorbehalt - aber der Verteidigungsminister beeilte sich gleich in Prag zu versichern, es würden weder neue Soldaten noch weiteres Material dafür gebraucht, sondern es werde sich um Truppenteile handeln, die schon aufgestellt sind.

Aus meiner Sicht und der meiner Fraktion klafft zwischen Anspruch und Wirklichkeit nach wie vor eine große Lücke!

Mit den eingegangenen Verpflichtungen und den neuen Aufgaben der Bundeswehr und damit steigenden Anforderungen an Personal und Material haben die Verteidigungsausgaben (Einzelplan 14 Verteidigung des Bundeshaushalts) nicht Schritt gehalten.

Der Ansatz des Einzelplans 14 Verteidigung beträgt - man muss fast schon sagen betrug, das Jahr ist ja praktisch vorbei - für 2002 23,62 Mrd. Euro. Der Haushaltsentwurf für 2003 beträgt für den Einzelplan 14 - gerade noch einen Tag vor dem Prager Gipfel beschlossen - 24,389 Mrd. Euro. Das sieht natürlich gut aus, denn es hatte ja ursprünglich geheißsen, Verteidigungsminister Struck müsse ein Minus von 500 Mio. gegenüber 2002 "verkräften". Jetzt also ein Aufwuchs von nominal 3,2 %. Aber wir hätten uns zu früh gefreut, wenn wir angenommen hätten, dass aus den Minus 500 Mio. nun ein Plus von mehr als 500 geworden ist.

Der jetzt verkündete Ansatz für 2003 entspricht haargenau dem uns bereits vor der Bundestagswahl unterbreiteten Haushaltsentwurf. Der Unterschied bzw. der Aufwuchs gegenüber 2002 resultiert lediglich aus den 767 Mio. Euro aus dem "Anti-Terror-Paket", die bisher im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzplanung) veranschlagt waren und die ab 2003 nun in den Einzelplan 14 "umgebucht" werden. Ich zitiere dazu zwei Sätze aus einem Papier des BMVg-Haushaltsabteilung: "Im

*Ergebnis ist dies eine Verstetigung der Ausgaben gegenüber dem Haushalt 2002 ... Auf diesem Niveau wird der Verteidigungshaushalt im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2006 festgeschrieben. Damit behält die Bundeswehr weitgehende finanzielle Planungssicherheit ...."*

Die dramatische Unterfinanzierung der Bundeswehr wird also durch diesen Haushaltsansatz nicht beseitigt. Eher könnte man sagen, nicht nur der Einzelplan 14, sondern auch die Unterfinanzierung der Streitkräfte wird verstetigt!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schätzt, dass der gestalterische Spielraum des Verteidigungsministers im Investitionsbereich nach Berücksichtigung aller bereits festgelegten Ausgaben bzw. der sicher auf uns zukommenden zusätzlichen Belastungen 2003 kaum mehr als 1,5 Mrd. Euro betragen wird.

Diese Zahl zeigt, dass für Schwerpunktbildung, neue Herausforderungen oder die Einlösung gegebener Versprechungen im internationalen Rahmen kaum Manövriermasse vorhanden ist.

Lassen Sie mich noch einen Aspekt einfügen: Die Kosten der Kriseneinsätze der Bundeswehr wurden früher auf 2 Mrd. DM oder rund 1,1 Mrd. Euro im Haushalt, Einzelplan 60, etatiert. Inzwischen wurde diese jährlich gleichbleibende Summe in den Einzelplan 14 transferiert. Zusammen mit den Mitteln des Kampfs gegen den Terrorismus - den besagten 767 Mio. Euro, die nun auch im Einzelplan 14 ausgewiesen werden, wären das also rund 1,86 Mrd. Euro für diese Einsätze und Beschaffungen im Zusammenhang damit gewesen. Jetzt ist allerdings - nach mündlichen Informationen - nur noch von 1,1 Mrd. Euro gesamt für die laufenden Krisenreaktionseinsätze und für den Kampf gegen den Terrorismus die Rede.

Auch wenn wir diese letzte Hiobs-Botschaft noch nicht schwarz auf weiß haben - Sie ersehen daraus, dass hinter den nominellen Zahlen des Haushaltsentwurfs 2003 doch erhebliche Risiken verborgen sind. Erst der Haushaltsvollzug des kommenden Jahres wird Klarheit darüber bringen, welche Gelder wo geblieben sind oder wofür sie eingespart wurden.

Damit ist auch klar: Ein Signal für die dringend notwendige Modernisierung der Ausrüstung und der Infrastruktur sowie des Investitionsstaus wird von der rot/grünen Bundesregierung nicht gesetzt.

Wir brauchen nicht mehr über neue Panzer, neue Transportflugzeuge, neue Schiffe, neue Bewaffnung für den EUROFIGHTER usw. zu reden, wenn die Finanzpolitik dieser Bundesregierung in Bezug auf die Bundeswehr die Unterfinanzierung der Bundeswehr quasi zum Prinzip erhebt.

Nehmen Sie als Beispiel einfach einmal das neue Transportflugzeug A 400 M. Alles, was es dazu gibt, sind Luftbuchungen. 5,1 Mrd. sind nicht real eingeplant, sondern als Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt eingestellt. Man könnte natürlich sagen: Das reicht ja auch, die Gelder werden frühestens 2007 benötigt. Aber so einfach darf man sich die Sache nicht machen. Wir haben ein MoU und einen Industrievertrag für 73 Maschinen unterzeichnet. Wir haben jedoch nur Geld für 43 Flugzeuge, allerdings nicht in "Hardware", sondern als Verpflichtungsermächtigung. Fast täglich hören wir nun dazu, wie die Bundesregierung und die rot / grüne Koalition aus dieser Misere, in der sie selbstverschuldet steckt, herauskommen will. Die Nachrichten verkündet jedoch nicht der Minister, sondern irgendwelche andere Akteure: In der vergangenen Woche war man bei 60 bis 63 Flugzeugen angekommen. Allerdings handelt es sich dabei nicht um gesicherte Daten, denn noch haben die Vertragspartner keine Stellung dazu genommen, ob diese den deutschen Hickhack mitmachen wollen. Die von Minister Scharping hinterlassenen Schwierigkeiten in dieser Sache sind ja auch noch längst nicht vom Tisch. Im Verwaltungsdeutsch heißt es: "Der A 400 M-Vertrag ist frei schwebend unwirksam". Also im Klartext: Die ganze Sache hängt in der Luft.

Und nun kommt noch der Prager Gipfel dazwischen, auf dem die Bundesregierung offensichtlich die Federführung zur Verwirklichung einer strategischen Lufttransportkomponente des Bündnisses übernommen hat. Von einem Leasing von ca. 15 Transportflugzeugen des Typs C-17 ist in Presseberichten die Rede. Wir dürfen alle gespannt sein, wie die Bundesregierung mit all diesen Schwierigkeiten fertig werden will.

Das gehört nach meiner Überzeugung auch zu den deutschen Interessen im Bereich der Sicherheitspolitik: Die Bundeswehr muss - wenn sie künftig noch ernstgenommen werden will - ihre nationalen und internationalen Aufgaben erfüllen können.

Interoperabilität im Bündnis als Zielvorstellung für Deutschland und EU erfordert massive Investitionen in Schlüsselbereichen wie Lufttransport und Aufklärung, damit wir den Vorsprung der USA eines Tages wieder einholen können. Aber: Unsere Verteidigungsausgaben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt betragen 1998, im Jahr des Regierungswechsels, noch 1,3 %, was auch nicht gerade vorbildlich war. Seither fielen sie auf 1,08 % im Jahre 2002. Das sieht nicht gut aus. Oder eine andere Zahl: Die USA erhöhten ihren Verteidigungshaushalt nach dem 11. September 2001 um ca. 50 Milliarden \$. Dieser Erhöhungsbetrag im US-Verteidigungshaushalt macht somit das Doppelte aus, was der deutsche Verteidigungsminister pro Jahr ausgeben darf.

Solche Aussichten wie in den USA haben wir in Deutschland nicht: Uns steht eine neue Rüstungsklausur bevor, bei der wieder einmal Projekte geschoben oder gar gestrichen werden. Man darf gespannt sein, welche wichtigen Vorhaben es diesmal erwischt.

Ich möchte deshalb schließen mit einem Appell an die jetzige rot/grüne Bundesregierung, diesen Weg des Kaputtsparens der Bundeswehr zu verlassen und - aus gutem Grund - in unsere Zukunft und Sicherheit zu investieren.

Der internationale Terrorismus ist längst nicht besiegt, und wir sollten uns nicht in einer Scheinsicherheit wiegen, dass in Deutschland kaum etwas passieren wird. Die letzten Erkenntnisse der Geheimdienste zeigen ein anderes Bild.

*Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit* - dieser Spruch im Wappen des NATO-Hauptquartiers Europa (SHAPE) hat heute größere Aktualität denn je. Jede Bundesregierung ist gut beraten, diesen Spruch auch zur Richtschnur des nationalen Handelns im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu machen.

Hans Frank

## Das Instrumentarium der Sicherheitspolitik heute: Möglichkeiten und Grenzen von Streitkräften



In dieser Zeit, in der so viel über Terrorismus und die von ihm ausgehenden Gefahren gesprochen wird, fühlt man sich an ein russisches Sprichwort erinnert, was da sagt: Der Bauer fängt erst an sich zu bekreuzigen wenn es donnert. Sicherlich haben viele in der Bevölkerung, aber auch in der handelnden Politik, lange bekannte Bedrohungen vernachlässigt. Bezogen auf den Terrorismus ist darüber schon im Strategischen Konzept der Nato von 1991 und erneut 1999 nachzulesen. Nur es musste erst etwas passieren, um dort genannte Gefährdungen auch zur Kenntnis zu nehmen. Jetzt besteht die Gefahr, dass Politik wie Streitkräfte sich nur noch auf diese eine Form der Bedrohung konzentrieren und wie gebannt auf das Donnern schauen. Dabei ist Sicherheitspolitik breiter und umfassender anzulegen. Ihr Ziel ist, wie es das Bundesverfassungsgericht bereits 1956 feststellte, die Sicherheit des Staates und seiner Bürger zu gewährleisten, weil die Institution Staat aus diesen Verfassungswerten die eigentliche und letzte Rechtfertigung herleitet.

Daraus ergeben sich zwei Folgerungen:

Die Sicherheit des Staates und seiner Bürger ist Grundvoraussetzung unserer Existenz wie für die Entwicklung unseres Gemeinwesens. Oder wie Willy Brandt es einmal formulierte, Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.

Sicherheitspolitik hat grundsätzlich von den nationalen Interessen auszugehen. Oder wie Henry Kissinger sagte: Nationen kennen keine Freundschaften sondern nur Interessen.

Um nicht missverstanden zu werden, es geht nicht um eine Renationalisierung der Politik, sondern um Definierung unserer Interessen. Nur wer diese kennt kann sie auch wirkungsvoll im Konzert der Verbündeten und Partner einbringen mit dem Ziel eine gemeinsame Position zu entwickeln.

Lassen Sie uns auf dieser Basis einen Blick auf die heutige, trotz aller Fortschritte die wir besonders in Europa zu verzeichnen haben, immer noch unfriedliche Welt werfen. Wir sehen:

einen Raum der einen großen Teil Europas und Nordamerikas umfasst, in dem Friede und Wohlstand herrschen, einen Krisengürtel von Marokko bis zum Kaspischen Meer und weiter nach Zentralasien bis hin in den asiatisch-pazifischen Raum, aufsteigende Mächte wie China, Indien und Pakistan mit global bzw. regional einsetzbaren Nuklearwaffen, neue Risiken, unter denen der Terrorismus jetzt eine herausragende Rolle einnimmt, die aber auch die Weitergabe (Proliferation) von Massenvernichtungswaffen (atomare, biologische, chemische), Organisierte Kriminalität und Drogenhandel umfassen sowie Kampf um die Ressourcen Öl, Gas und Wasser, Verarmung, Aids, Klimaveränderungen, ethnische Konflikte, zerfallende Staaten und wiedererstarkenden Fanatismus um nur einige zu nennen die langfristig unsere Sicherheit und Stabilität gefährden können.

Wie ist damit umzugehen?

Zuerst zu unserem Raum, in dem wir seit 50 Jahren sicher leben. Man muss wohl mehr als 800 Jahre zurückgehen, so kürzlich der polnische Außenminister, um eine Zeit zu finden, in der es für den gleichen Zeitraum in dem Bogen von Polen bis Spanien keine kriegerische Auseinandersetzung gegeben hat. Damit ist auch gleichzeitig die erste und nach wie vor vorrangigste Aufgabe heutiger Sicherheitspolitik unabhängig vom Terrorismus umrissen. Es gilt diesen Stabilitätsraum gegen Wechselfälle vor uns liegender Zeiten abzusichern.

Sicherlich ist zur Zeit keine strategische Bedrohung erkennbar wie zu den Zeiten des Kalten Krieges. Aber wer kann garantieren, dass dieses in drei, fünf oder zehn Jahren noch so ist. Wie schnell scheinbar stabile politische Lagen umschlagen können ist aus unserer Geschichte ablesbar. Zuletzt, allerdings im positiven Sinne, im Zuge der deutschen Vereinigung. Schneller aber in jedem Fall als Streitkräfte aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet werden können. Das ist die grundsätzliche Begründung für eigene militärische Kräfte.

Neben die Absicherung als mehr statisches Element muss als dynamische Aufgabe die Ausweitung des Stabilitätsraumes treten. Dem entspricht die NATO mit ihrem Öffnungsprozess. Die zweite Runde dieser Öffnung ist gerade in Prag beschlossen worden. Sicherlich ein historischer Moment - NATO Beitritt gerade an dem Ort, an dem vor etwas mehr als zehn Jahren der uns über lange Zeit existenzgefährdend bedrohende Warschauer Pakt aufgelöst wurde. Ein Blick zurück auf die erste Runde des Erweiterungsprozesses in der 1999 Polen, Ungarn und Tschechien NATO-Partner wurden. Dies lag besonders in deutschem nationalen Interesse. Bislang fiel die Grenze, die über viele Jahre hinweg Ost und West voneinander trennte, mit unserer Landesgrenze zusammen, wir hätten die Verteidigung immer im eigenen Lande führen müssen. Das ist nun anders.



*Hptm d. R. Friedrich Duttlinger ist nicht nur wettkampferprobt, er versteht es auch hier sich argumentativ einzubringen.*

Strategisch gesehen werden wir - sofern es einmal nötig sein sollte - die Verteidigung unseres Landes an der Grenze des Bündnisgebietes zusammen mit unseren Partnern aufnehmen. Unser Land ist damit von einem potentiellen Schlachtfeld zu einem rückwärtigen Gebiet geworden. Die Ausformung der Streitkräfte hat dem Rechnung zu tragen.

Neben Absicherung und Ausweitung des Stabilitätsraumes muss als weiteres Element moderner Sicherheitspolitik der Versuch treten, Krisen auf Distanz zu halten. Latente Konflikte mit der Gefahr des Übergreifens sind in Europa ganz sichtbar und greifbar auf dem Balkan, ebenso wie am Rande Europas im Nahen Osten, im Kaukasus und Nordafrika.

Es gilt, soweit als möglich auf diese Konflikte Einfluss zu nehmen. Und zwar so, dass sie gar nicht zum Ausbruch kommen, also nicht in bewaffnete Auseinandersetzungen umschlagen oder - sollte dies nicht gelingen - sie so einzudämmen, dass sie nicht auf uns übergreifen können.

In den Balkan-Konflikten haben wir Europäer erfahren müssen, dass wir nicht in der Lage waren, weder politisch noch militärisch, solche Konflikte in eigener Verantwortung zu beherrschen. Vor allem waren wir nicht glaubwürdig in unserem politischen Vorgehen gegenüber einem machtbesessenen Mann wie Milosevic. Ich erinnere nur an das gemeinsam beschlossene, aber dann keineswegs durchgesetzte Landeverbot für jugoslawische Flugzeuge. Glaubwürdig war es auch nicht was die Vereinten Nationen unternahmen, ich erinnere nur an die angeketteten und verhöhrten Soldaten der Friedenstruppe der Vereinten Nationen. Unglaublich auch, was die verschiedenen Abgesandten der Organisationen, Staaten und Kirchen gegenüber Milosovic vorbrachten, wir haben sie im Fernsehen gesehen, bewirkt haben sie alle nichts. Licht

erst wieder am Ende des Tunnels als die Vereinigten Staaten von Amerika ihre politischen Botschaften mit klaren militärischen Maßnahmen hinterlegten - es lohnt sich bei Clausewitz nachzulesen. Aber auch Friedrich der Große wusste: "Diplomatie ohne Waffen ist wie Orchester ohne Instrumente". Wer sich nun aber darüber beschwert, dass derjenige, der politisch wie militärisch führt und die Masse der Kräfte einbringt, nicht auf den Rat der Habenichtse hört, muss seine eigene Rolle überdenken.

Deshalb sind zwei Konsequenzen richtig:

- ▶ Europa braucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik um politisch Einfluss zu nehmen.
  - ▶ Europa braucht eigenständige militärische Mittel, um tatkräftig die eigene Politik unterstützen und unterfüttern zu können.
- Mit der Benennung Solanas zum Beauftragten für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik hat die europäische Politik zum ersten Mal einen Namen und ein Gesicht bekommen. Auch gibt es jetzt, die von Henry Kissinger immer geforderte Telefonnummer in Europa, die die USA bei Krisen anrufen können.

Für die militärische Komponente sind im europäischen Rahmen ebenfalls die Weichen gestellt. Die Mitglieder der EU haben die Ausformung einer Eingreiftruppe von 60 000 Mann begonnen. Problematisch dabei, den Unterschied in den militärischen Fähigkeiten zwischen den USA und den europäischen Partnern zu verringern. Dieser war im Kosovo-Einsatz besonders greifbar - über 80% der Einsätze wurden von der US-Luftwaffe geflogen - und ist jetzt bei den Aktionen in Afghanistan erneut fast dramatisch sichtbar geworden. Konkret geht es um Aufklärungsmittel, um sich ein eigenes Bild machen zu können. Denn nur auf der Basis eigener Erkenntnisse kann auch eigenständige Politik erfolgen. Es geht weiter um strategische Transportmittel, um Truppen dorthin zu transportieren, wo sie benötigt werden, einschließlich ihres Geräts. Es geht um Luftbetankung und um Führungsmittel, um die Truppen auch führen zu können. Und es geht um Präzisionswaffen um eigene, wie unbeabsichtigte Verluste zu vermeiden.

Wichtig ist vor allem der gemeinsame politische Wille der europäischen Staaten. Hier gibt es Licht und Schatten. Der von der EU eingeleitete Barcelona-Prozess zur Befriedung des Mittelmeer Raumes dümpelt vor sich hin. Im Nahen Osten hat Europas Stimme im Versuch zu einer Eindämmung des Konfliktes zu gelangen kein Gewicht, obwohl die EU-Staaten dreimal soviel Geld wie die USA dort investieren. Die Kaukasus-Region erwartet bislang vergeblich europäische Initiativen.

Mazedonien dagegen ein Beispiel für bisher gelungenes Krisenmanagement. Solana und Robertson haben sich dort gemeinsam engagiert und den geschlossenen Willen der EU und NATO gezeigt. Man kann über das Waffen einsammeln durch die NATO spotten, aber es zeigt, den großen Respekt, den diese Organisation dort unten genießt, sonst hätte sie den Albanern in Mazedonien nicht als Garant für ehrliche Ergebnisse gegolten. Die EU mit ihrer Wirtschaftshilfe und der Perspektive Europa war die Institution, die wiederum die Mazedonier dazu bringen konnte auch ihren Teil der Verabredungen einzuhalten. Deutlich aber auch am Beispiel Mazedonien ablesbar wie notwendig die militärische Macht die gepanzerte Faust ist, um den Worten Gewicht zu geben.

Deshalb muss Europa auf diesem Wege weiter schreiten, vor allem auch um gegenüber den USA wieder an Gewicht zu gewinnen. Denn die USA sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die einzig verbliebene Supermacht mit globalen Fähigkeiten, die sie auf Grund eines nicht mehr vorhandenen Widerparts auch voll zur Geltung bringen kann. Warum sollte sie eigentlich auf uns Europäer hören, unsere Ratschläge ernst nehmen oder unseren Vorschlägen folgen wenn wir nicht in der Lage sind, weder politisch noch militärisch, in unserem eignen Vorhof Ordnung zu schaffen und uns durchzusetzen.

Allerdings geht mit einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auch die Übernahme größerer Verantwortung einher. Verantwortung, die die Nationen die ja schließlich das zusammenwachsende Europa bilden bereit sein müssen zu übernehmen. Ob unser Land dazu den Willen aufbringt scheint vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zum Irak fraglich. Zumindest aber haben wir durch einseitige politische Festlegung eine gemeinsame europäische Position verhindert - gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik sollte eigentlich anders aussehen.

Diese Art Sicherheitspolitik erfordert letztlich aber auch die klare Erkenntnis, dass Staaten die bewusst Verursacher von Instabilität sind oder werden mit dem konsequenten und solidarischen Widerstand der Staatengemeinschaft zu rechnen haben. Auch zu dieser Konsequenz müssen wir bereit sein.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang wichtig. Mit großer innerer Erregung haben viele den noch nicht lange zurückliegenden Machtwechsel in Belgrad miterlebt. Ohne Zweifel ein Sieg des Volkes, aber das Volk hätte auch seinerzeit in Ungarn, Berlin oder in der Tschechoslowakei oder Polen gewirkt, wenn die äußeren Umstände anders gewesen wären. Die Älteren werden sich noch erinnern selbst an dem Lautsprecher gehangen und die Hilferufe aus Ungarn gehört zu haben. Ohnmächtig musste zugesehen werden, wie sowjetische Panzer freiheitliche Ansätze überrollten. Die Machtverhältnisse ließen ein westliches Eingreifen nicht zu. Um fortschrittlichen Kräften zum Durchbruch zu verhelfen müssen also auch äußere Umstände hinzukommen. Ziel vorausschauender Sicherheitspolitik Europas hat es daher zu sein, bestehende oder entstehende Krisenherde politisch und militärisch so zu isolieren, dass für die freiheitlichen Kräfte Raum entsteht, um sich entfalten zu können.

Der asiatisch-pazifische Raum birgt größere Gefahr. Kaschmir mit der Gefahr eines Krieges zwischen Pakistan und Indien unter Einschluss nuklearer Mittel ist ein Herd, Taiwan und Korea andere, deren Explosion leicht globale Ausmaße annehmen könnte. So wie im gerade zu Ende gegangenen Jahrhundert europäische Konflikte zu zwei großen Weltbränden führten.

Anders als bei Krisen in und am Rande Europas geht es hier nicht um Eingreifen sondern um Eindämmung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Auflösung der bipolaren Welt mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes weder zu einer neuen Weltordnung noch zu einer multipolaren Welt geführt hat. Die USA sind als alleinige Welt- und Führungsmacht zurückgeblieben. Daraus ergeben sich für die europäischen Verbündeten, besonders aber für Deutschland, zwei Konsequenzen. Zum einen ist es für unser Land weiterhin zwingend mit der Nuklear- und Supermacht Amerika verbündet zu sein. Nur mit ihr lassen sich die aufstrebenden Nuklearmächte im Rahmen möglicher Konfliktszenarien unter Kontrolle halten. Zum anderen müssen wir wieder ein attraktiver Partner werden, auf dessen Rat gehört wird, um konfliktpräventive Politik mitgestalten zu können.

Im militärischen Bereich bedeutet dies, besonders über die Fähigkeiten zu verfügen, die die klare und von Europa aus kaum einholbare Überlegenheit der USA in bestimmten Bereichen wirkungsvoll ergänzen können. Man mag diese Konzentration auf das Militärische bedauern, aber nicht zu vergessen, die USA sind eine Nation die sich im Krieg befindet und geeint ist im Willen, diesen Krieg zu gewinnen. Daher hat dort im Augenblick die militärische Komponente im Kampf gegen den Terrorismus eindeutige Priorität. Was bedeutet, dass zur Zeit auch nur darüber Einfluss möglich ist, Einfluss der wiederum die Chance bietet, Rat zu geben und gehört zu werden.

Insgesamt gibt es zur Partnerschaft mit den USA keine sinnvolle Alternative. Mit der Folgerung, dass es nicht nur darum gehen kann, die Schutzfunktion, einschließlich der nuklearen Komponente, zu genießen, sondern dass es vor allem darauf ankommt, die politisch-strategische Partnerschaft auszuformen und durch signifikante eigene Beiträge für die USA wieder attraktiv zu gestalten. Dies ist die aktuelle Herausforderung nicht nur für Deutschland, sondern für Europa schlechthin.



*Der Kommandeur VBK 52 "Baden" Oberst Walter Engelhardt nimmt Stellung.*

Mit den Terroranschlägen vom 11. September, die die USA dort getroffen haben, wo sie sich bisher unverwundbar glaubten, ist ein unter Fachleuten lange bekanntes Risiko plötzlich in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gerückt.

Denn erst die brutale Realität von New York und Washington hat die Gefährdung moderner Gesellschaften gegenüber solchen Angriffen verdeutlicht. Angriffe, die nicht wie die Krisen auf Distanz gehalten werden können. Sie können Berlin und Frankfurt ebenso treffen wie London, Paris, Moskau oder Karlsruhe.

Dagegen ist in einem mehrstufigen Ansatz vorzugehen:

Erstens mit nachrichtendienstlichen und polizeilichen Mitteln die Terroristen erkennen und ergreifen.

Hier ist vieles zu tun und manches bereits getan, ich erinnere nur an die Sicherheitspakete I und II. Trotzdem sind die Schwierigkeiten nicht zu verkennen. Die jetzigen Terrororganisationen sind keine straff geführten Konzerne mit Abteilungen, Gruppen und Untergruppen, die untereinander kommunizieren und deren Verkehr man mit elektronischen Mitteln aufspüren kann. Das war der große Irrglaube, basierend auf dem Vertrauen in moderne Technik. Echelon und Bad Aibling stehen dafür. Nein, es sind lose zusammenhängende Gruppen, die weitgehend autark arbeiten und die nur durch Einschleusung aufgeklärt werden können.

Zweitens in den Staaten, die sich dieser Aktion nicht anschließen wollen oder können, mit militärischen Mitteln als Zwangsmaßnahme nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen die logistischen Netzwerke zerschlagen.

Das ist der Ansatz gegen Afghanistan, richtiger gegen das Taliban-Regime, gewesen. Wer hier versucht die USA zu kritisieren verkennt, dass sie auf einstimmigen Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen handeln. Die Resolution 1373 vom 28. September 2001 nimmt ausdrücklich auf Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, in denen die militärischen Zwangsmaßnahmen aufgeführt sind, Bezug. Dass es dabei auch gelungen ist, ein diktatorisches, unmenschliches System abzulösen und die Chance für einen Wiederaufbau dieses seit fast 30 Jahren im Bürgerkrieg zerrissenen Landes zu öffnen, muss als Erfolg gesehen werden. Was bleibt ist der schale Beigeschmack, dass die Völkergemeinschaft und besonders der Westen jahrelang tatenlos zugesehen und erst eingegriffen hat, als die eigene Sicherheit gefährdet war.

Drittens gilt es, den Schutz der eigenen Gesellschaft zu verbessern.

So lange es nicht gelingt den Terrorismus ganz zu beseitigen, wird es fanatischen Einzel- oder Gruppentätern immer möglich sein Anschläge durchzuführen. Darüber müssen wir uns in unserer offenen Gesellschaft im Klaren sein - dies ist der Preis der Freiheit. Also sind präventive Maßnahmen nur ein Teil, Maßnahmen zur Eingrenzung nach einem Anschlag sind der andere. Auf beides gilt es sich vorzubereiten und zwar in gegenseitiger Unterstützung und Unterrichtung. In regionalen, runden Tischen, an denen die Ortskundigen mit denen, die helfen können, also Polizei, Bundeswehr, Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz etc. zusammen sitzen. Eindeutig, dass die Streitkräfte hier einen ganz besonderen Beitrag liefern können. Sie sind die Einzigen, die über den Umgang mit atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen Bescheid wissen und Mittel haben zur Feststellung wie zur Eindämmung, sie verfügen über technisches Gerät, über die notwendigen Kommunikationsmittel und die Führungsfähigkeit, um rasch und koordiniert Hilfe zu leisten.

Dabei geht es nicht um neue Institutionen sondern allein um Zusammenführung der Kundigen vor Ort. Denn wer wüsste besser als die Ortskundigen, wie es z.B. in und um Karlsruhe aussieht. Wo Angriffspunkte bestehen, wo zu beobachten ist, wo und wie Redundanzen geschaffen werden können. Hier sehe ich ein besonderes Aufgabenfeld für Reservisten, ähnlich dem Modell der nordischen Staaten, die besonders in Schweden einen ausgezeichneten Schutz des Landes aufgebaut haben.

Das Wesen terroristischer Attacken ist, dass es so gut wie keine Vorwarnung gibt. Die Gesellschaft, mehr aber noch der Staatsapparat muss aus der Reaktion heraus handeln. Deshalb sollten wir uns auch nicht scheuen, diese Reaktion zu üben und aus den Ergebnissen gemeinsam zu lernen. Hier scheint mir ein erheblicher Nachholbedarf zu bestehen.



*Auch im Ruhestand noch hart am Thema:  
Generalmajor a. D. Dr. Gottfried Greiner*

Ein Beispiel dazu: Während noch die Anschläge in den USA liefen war im Regierungsapparat ein vorbildliches Krisenmanagement zu beobachten. Präsident und Vizepräsident sicherten, zu getrennten Kommandostellen verbracht, die politische und militärische Handlungsfähigkeit der Supermacht. Wie hätte es in Deutschland bei einem Anschlag auf das Kanzleramt in Berlin ausgesehen? Der ehemalige Regierungsbunker an der Ahr ist als Relikt des Kalten Krieges aufgegeben worden - von wo aber soll der Bundeskanzler in Notfällen wie dem 11. September führen?

Im Rahmen der Terrorbekämpfung ist viertens die Nutzung von Massenvernichtungswaffen und Aufbau neuer logistischer Basen zu verhindern. Auch hier sind Streitkräfte unverzichtbar, allerdings weniger an vorderster Front, mehr zum Aufbau einer Drohkulisse, um politischen Maßnahmen auch Gewicht zu verleihen - der Irak ist dafür ein klassisches Beispiel. Auch der Einsatz der internationalen Marinestreitkräfte am Horn von Afrika weist in diese Richtung. Es gilt logistische Nachschubwege zu kontrollieren, wenn möglich zu unterbinden und gleichzeitig in der Region zu signalisieren, dass die Völkergemeinschaft nicht willens ist, dem Aufbau neuer logistischer Basen des Terrorismus widerstandslos zuzusehen.

Fünftens und letztens wird es darauf ankommen, dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen, seinen Motivationshintergrund zu beseitigen. Dabei sind die Motive unterschiedlich. Die IRA und ETA haben andere Ziele als die PLO und ganz andere haben die Angehörigen der Al-Quaida. Letztere wollen einen islamischen Gottesstaat, sehen die

Verwirklichung dazu im Kampf gegen die USA als Schutzmacht korrupter und westlich-orientierter Systeme im Nahen Osten und gleichzeitig als Hort alles Bösen. Die 1998 proklamierte "Kampffront gegen Judentum und Kreuzfahrer" macht dies deutlich, zeigt aber auch, dass es nicht nur gegen die USA sondern gegen den ganzen westlichen Kulturraum geht. Langfristig bedeutet dies, die Ursachen für Instabilität zu beseitigen und Recht, Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu verbreiten. Es liegt auf der Hand, dass dies vorrangig Maßnahmen der wirtschaftlichen Kooperation aber auch der Beseitigung von Grundproblemen wie Nahrungsmittelknappheit, Überbevölkerung, Flucht vom Land in die Stadt, Kampf gegen weltumspannende Krankheiten, Beseitigung des Wassermangels, Schutz von Minderheiten und vieles andere mehr umfasst. Auch in diesem Feld ist die Rolle von Streitkräften nicht gering zu achten. Der Friedensprozess und Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo wird militärisch abgesichert. Streitkräfte verhindern in Mazedonien einen offenen Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen sich nicht wohl gesonnenen Bevölkerungsteilen. Seit 30 Jahren stehen Truppen der Vereinten Nationen an der Nahtstelle zwischen Türken und Griechen auf Zypern - jetzt beginnt sich eine politische Lösung abzuzeichnen. Deutlich wird daran neben der Notwendigkeit des Einsatzes von militärischen Kräften auch der dafür notwendige lange Atem. Was wiederum ein Warnsignal sein sollte, sich nicht in zu vielen Konfliktherden der Welt gleichzeitig zu engagieren.

Hinzu kommt ein weites Feld der Kooperation in der so genannten Partnerschaft für den Frieden mit den früheren Republiken der Sowjetunion. Diese, vielfach in einer schwierigen Lage mit inneren Problemen ringend, werden so aus der Isolation herausgeführt und mit westlichen Standards vertraut gemacht.

Insgesamt eine breite Palette von stabilisierenden Maßnahmen, in der die Streitkräfte eine nicht immer im Vordergrund aber doch ungemein wichtige Rolle spielen.

In dem Zusammenhang langfristiger Maßnahmen ist aber auch deutlich herauszustellen, dass es nicht darum geht, hier oder dort ein paar Millionen als Hilfe zu streuen - die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist und sollte vorbei sein. Es geht um Unterteilung in Nothilfe, als Hilfe um das Überleben zu sichern, und stabilitätsorientierter Hilfe mit dem Ziel, damit in strategisch wichtigen Regionen, Staaten und Gesellschaften so zu fördern, dass sie selbst solide und standfest werden und dann in ihrem Umfeld Stabilität entwickeln und verbreiten können. Das setzt Mitarbeit der Betroffenen voraus. Von ihnen ist eigenes Engagement, eigener Wille zu fordern. Wer heute beispielsweise in Georgien weilt wird den großen Wunsch hören, der NATO und Europäischen Union beizutreten. Das sind die großen Zauberer, die es dann schon richten werden. Nur, das reicht nicht und dies muss klar gesagt werden.

Auch ist von den jeweiligen Partnern Übereinstimmung in den Grundprinzipien zu verlangen. Das soll kein Überstülpen westlicher und schon gar nicht christlich-abendländischer Vorstellungen bedeuten, es geht nicht um einen Kampf der Kulturen, nicht um einen clash of civilisation. Die Charta der Vereinten Nationen bietet einen hinreichenden Normenkatalog auf den sich zu verständigen wäre. Dies ist dann auch einzufordern. Mit der Konsequenz, dass Staaten, die sich nicht an solche Vereinbarungen halten und damit Instabilität fördern und Konflikte erzeugen auf den Widerstand der Staatengemeinschaft treffen. Unter diesem Aspekt hätte die Völkergemeinschaft viel eher in Afghanistan eingreifen müssen.

Aus dem sehr komprimierten Überblick ergibt sich, dass Sicherheitspolitik sehr viel umfassender ist als zu der Zeit des Kalten Krieges. In der "guten alten Zeit der Konfrontation" war die Bedrohung sichtbar, die Zahl der Panzer, Flugzeuge und Schiffe messbar, über Kampfkraftvergleiche das eigene Potential errechenbar. Die klassische Bedrohung ist jetzt in Risiken aufgefächert, Risiken weder eingrenzbare von der Geographie, noch von der Eintrittswahrscheinlichkeit, noch von der Dimension der Gefährdung. Gegen sie muss sich die heutige Sicherheitspolitik mit einem breiten Spektrum außenpolitischer, wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Maßnahmen richten, die aber fast alle militärischer Unterfütterung und Unterstützung bedürfen.

Die Strategie der Abschreckung baute auf die abhaltende Fähigkeit nuklearer und konventioneller Kräfte, bei Versagen hätte es nur den großen Krieg gegeben. Jetzt hat sich die Rolle der Streitkräfte erweitert. Immer noch halten sie ab, aber sie greifen auch frühzeitig ein, zur Stabilisierung, zur Eindämmung, zur Nachsorge. Sie unterstützen bei politischen Aktionen und sie retten Bürger aus Notlagen. Dieses breite Spektrum gilt es abzudecken durch

- ▶ Eingreifverbände mit kurzer Reaktionszeit, ausgestattet mit modernster Technik
- ▶ Stabilisierungskräfte, durchhaltefähig, robust und fähig zu langen Einsätzen
- ▶ Schutzkräfte zur Absicherung unserer Gesellschaft und deren Infrastruktur.

Dieses mit den knappen Geldmitteln zu realisieren ist fast der Quadratur des Kreises gleichzusetzen.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein paar Gedanken die nicht zwingend unter dem Thema einzuordnen sind die aber doch wohl alle beschäftigen. Es gilt Auseinandersetzungen im Rahmen von Krisen gedanklich zu durchdringen. Wir müssen lernen die Palette möglicher Maßnahmen zu erdenken, zu durchdenken und die dazu notwendigen Vorbereitungen zu



*Hptm d. R. Friedrich Duttlinger sucht nach dem Vortrag von Vizeadmiral a. D. Hans Frank und allgemeiner Diskussion noch vor dem Mittagessen das Gespräch mit dem Referenten.*



*Nicht nur im Speisesaal der Truppenküche muss man anstehen, bei der großen Anzahl der Kongressteilnehmer kommt das auch in besseren Häusern vor. Nach dem Essen wirkte auch der sich zuvor betont hungrig gebende Stabsbootsmann d. R. Jürgen Schreiber recht zufrieden.*

treffen bevor sie abgerufen werden. Wir haben uns mit Auseinandersetzungen zu beschäftigen, die klassische Streitkräfte gegen reguläre und oder irreguläre Kräfte führt. Während bei uns tiefer Friede herrscht, werden sie gegen eine in vollem Umfange freiwillig oder unfreiwillig eingebundene Gesellschaft geführt. Bei uns sollen sie ohne Verluste ablaufen, während die andere Seite eine hohe Leidensfähigkeit unter Beweis stellen wird.

Auf dies alles haben wir uns einzustellen. Es erfordert einen breiten Ansatz und das Denken ohne Schablonen. Es beginnt mit besseren Kenntnissen über die potentiellen Krisenregionen. Hier hat Bildung und Ausbildung anzusetzen. Es reicht nicht mehr, nur die eigene Geschichte zu kennen, zum Pflichtprogramm eines jeden jungen Offiziers sollten Kenntnisse über den Orient, den Islam, die Bedeutung des Wassers,

die dortigen geschichtlichen und kulturellen Abhängigkeiten gehören. Sicherlich muss nicht jeder alles wissen und können aber Kundige für bestimmte Regionen das müsste schon gehen.

So paradox es klingen mag: in einer Zeit in der sich für Deutschland die gesamte sicherheitspolitische Lage doch deutlich verbessert hat, ist die Gefahr für den einzelnen Soldaten in eine kriegerische Aktion zu geraten, mit Gefahr für Leib und Leben, größer geworden als zu Zeiten des Kalten Krieges. Das ist zu erklären, und die Gesellschaft hat dies zu erstein. In beiden Bereichen, der Zusammenführung von Kenntnissen wie der Vermittlung zwischen Streitkräften und der Gesellschaft sehe ich zukünftig eine wesentliche Rolle der Reservisten. Damit hat sich auch Ihre Aufgabe nicht nur gewandelt, sondern ist fast noch wichtiger geworden.



Friedrich Wilhelm Ploeger  
Die Bundeswehr zwischen  
Interventionsanforderungen und Landesverteidigung -  
Folgerungen für Aufgaben - Fähigkeiten - Mittel der Bundeswehr



#### Einleitung

Die Bundesregierung hat mit Koalitionsvereinbarungen den Rahmen für zukünftiges sicherheitspolitisches und militärisches Handeln abgesteckt. Sie stellen die Kontinuität der deutschen Sicherheits- und Militärpolitik sicher. Deutschland hat sich nach dem 11. September 2001 entschlossen, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, an die Seite der USA gestellt. Unsere Solidarität im Kampf gegen internationalen Terrorismus gilt fort.

Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hält an. Seine Bekämpfung ist primär eine politische Aufgabe. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Rahmen der weltweiten Koalition fortzuführen und wo erforderlich zu intensivieren. Die Wahrung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Standards muss gewährleistet sein.

Deutschland hat eigene Initiativen zu einer weltweiten Strategie der globalen, strukturellen Prävention gegen die terroristische Herausforderung ergriffen. Oberste Priorität hat die Verfolgung der Täter des 11. September.

Gleichzeitig muss eine solche Strategie im Kampf gegen den Terror ihren Schwerpunkt auf die Entschärfung und Lösung regionaler Konflikte legen. Aber: Keine Verengung auf Terrorismus als alleinigen Quell für Risiken und Bedrohung; Deutschland ist in der Welt mit einer Vielzahl neuer Herausforderungen konfrontiert.

Die gerechte Gestaltung der Globalisierung, der Kampf gegen den Terror und die Bewältigung regionaler Konflikte bestimmen mit der europäischen Integration und dem transatlantischen Verhältnis die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Nur durch internationale Zusammenarbeit können diese Aufgaben gelöst werden.

Deutschland bekennt sich ausdrücklich zu seinen multilateralen Verpflichtungen im Rahmen internationaler Institutionen wie den VN, der EU, der NATO, der OSZE und dem Europarat. Grundlagen für das außenpolitische Handeln sind Beachtung des Völkerrechts, Eintreten für Menschenrechte, Dialogbereitschaft, Krisenprävention, Gewaltverzicht und Vertrauensbildung.

Deutschland wird seine außenpolitischen Grundlinien - freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen Nachbarn, Pflege der transatlantischen Partnerschaft, Vertiefung und Erweiterung der EU und die Förderung nachhaltiger Entwicklung - fortführen.

Stichwort: Umfassender Sicherheitsbegriff. Einsatz militärischer Mittel komplementär zu einem "Policy-Mix" aus Außen-, Innen-, Entwicklungs-, Finanz-, Rechts- und Kulturpolitik; Einsatz militärischer Machtmittel kann erforderlich sein, um Bedingungen für zivile Konfliktlösungs- und Krisenmanagementmechanismen zu schaffen.

Der Einsatz von Streitkräften ist ein notwendiges und legitimes Mittel. Gerade ein früher Einsatz militärischer Machtmittel kann im Sinne von Krisenprävention und Konfliktbeilegung entscheidend zur Verhinderung von Gewaltausbrüchen und zur Deeskalation beitragen.

Ein Blick auf den Balkan beweist das:

- ▶ in Bosnien-Herzegowina kamen wir zu spät; Folgen: Krieg, Vertreibung, Völkermord
- ▶ im Kosovo kamen wir im letzten Augenblick, mussten aber Gewalt anwenden, um Konfliktparteien zu trennen
- ▶ in Mazedonien kamen wir zeitig genug, um Bürgerkrieg zu verhindern.

Im Folgenden:

- ▶ Darstellung der Aufgaben der Bundeswehr
- ▶ Konsequenzen für die Fähigkeiten und Ausrüstung der Bundeswehr
- ▶ Investitionen in die Menschen
- ▶ Auswirkungen der Terroranschläge vom 11.09.2001 auf die Bundeswehr

### Die Aufgaben der Bundeswehr

Wesentliche Zielsetzung der Reform: Aufgaben, Fähigkeiten und Mittel der Bundeswehr in Einklang zu bringen. In diesem Prozess wird die Bundeswehr zwar insgesamt kleiner, wächst aber qualitativ auf und wird im Hinblick auf gewandelte Anforderungen moderner und leistungsfähiger.

Zu diesem Prozess gehört, dass wir die Bundeswehr organisatorisch und strukturell an geänderte, anfangs erwähnte Rahmenbedingungen anpassen, die Streitkräfte auf ihre Einsatzaufgaben konzentrieren und eine deutliche Effizienzsteigerung in allen Bereichen erzielen.

Was bedeutet Konzentration der Streitkräfte auf ihre Einsatzaufgaben? Nach dem Kalten Krieg war die Bundeswehr optimiert auf die Aufgabe "Landesverteidigung im Bündnis". Mit der Folge:

- ▶ großes Heer, panzerstark und prädestiniert für das Gefecht der Verbundenen Waffen;
- ▶ unterstützt von einer Luftwaffe, die wesentliche Beiträge zur verbundenen Luftkriegführung in Mitteleuropa einschließlich der Luftverteidigung leisten konnte;
- ▶ und eine Marine, deren Hauptaufgabe das Freihalten der lebenswichtigen Seeverbindungen im Zusammenwirken mit den anderen NATO-Marinen sowie die Kontrolle strategischer Schlüsselpositionen z. B. der Ostseezugänge war.

Bei der planerischen Vorbereitung dieser Aufgabe konnten wir uns auf ortsfeste Fernmeldeverbindungen und logistische Einrichtungen abstützen und waren, was die Mobilität unserer bodengebundenen Streitkräfte betrifft, lediglich auf taktische und operative Verlegefähigkeit ausgerichtet (Nutzung des Straßen- und Eisenbahnnetzes). Daher: Der Anteil von Fernmelde- und Logistiktruppen im Verhältnis zu Kampf- und Kampfunterstützungstruppen war relativ klein; Vorsorge für eine strategische Verlegefähigkeit musste nur sehr eingeschränkt getroffen werden.

Anfang der neunziger Jahre, als man in Hoffnung auf eine neue, friedliche Weltordnung eine Friedensdividende einforderte, wurden Bundeswehr und der für sie vorgesehene Etat kräftig verkleinert. Dennoch: Die Bundeswehr blieb eine Streitmacht, die in ihrer Struktur, Führungsorganisation und Ausrüstung noch für die klassische Bündnisverteidigung optimiert war. Im Übrigen waren wir bis 1994 in erster Linie mit dem Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern beschäftigt.

Die souverän gewordene Bundesrepublik sah sich zunehmend den internationalen Erwartungen ausgesetzt, sich im Rahmen eingegangener Bündnisverpflichtungen an militärischen Operationen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu beteiligen. Nach ersten "Gehversuchen" mit Feldlazarett in Kambodscha sowie Kontingenten bei UNOSOM in Somalia und IFOR auf dem Balkan sind wir mittlerweile fest in solche Missionen eingebunden. Wir beteiligen uns zur Zeit an nicht weniger als sechs unterschiedlichen Operationen:

- ▶ KFOR,
- ▶ SFOR und
- ▶ TF FOX auf dem Balkan,
- ▶ ENDURING FREEDOM u. a. am Horn von Afrika,
- ▶ ISAF in Afghanistan und an
- ▶ UNOMIG in Georgien.

Zur Zeit fast 9.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr eingesetzt. Deutschland hat im Herbst 2001 bei TF FOX erstmals die "Lead Nation"-Funktion für eine Gesamtoperation übernommen, und - vorbehaltlich der parlamentarischen Billigung - werden wir zu Beginn des nächsten Jahres gemeinsam mit unseren NLD Partnern die Führungsfunktion bei ISAF übernehmen.

Die Bundeswehr erfährt in den Auslandseinsätzen Respekt und Anerkennung. Das beruht auf Leistungsfähigkeit, vor allem aber auf Leistungswillen unseres Personals. Die laufende Reform zielt darauf ab, die Bundeswehr gezielt auf derartige Einsätze - Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, aber auch Rettungs- und Evakuierungseinsätze - auszurichten. Daneben steht die Bundeswehr weiterhin für Hilfeinsätze zur Verfügung - Beispiel: Hochwassergebiete an der Elbe.

### Konsequenzen für die Fähigkeiten und Ausrüstung der Bundeswehr

Kollektive Verteidigung als Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses bleibt konstitutive Aufgabe für Bundeswehr. Die Eintrittswahrscheinlichkeit der Landesverteidigung ist allerdings als gering einzustufen. Daher werden die von der Bundeswehr bereitzustellenden Fähigkeiten für die wahrscheinlichste Aufgabe "Konfliktverhütung und Krisenbewältigung" optimiert, die aber auch für das gesamte Aufgabenspektrum Gültigkeit haben.

Die laufende Bundeswehrreform verfolgt konsequent fähigkeitsorientierten und streitkräftegemeinsamen Ansatz. Wir wollen die Gesamtstreitkräfte optimieren, und nicht etwa die einzelnen Teilstreitkräfte.

Die Querschnittsaufgaben der Führung, Aufklärung, Unterstützung und Ausbildung werden bereits erfolgreich streitkräftegemeinsam in der neu geschaffenen "Streitkräftebasis" wahrgenommen.

Ziel: Entlastung der Teilstreitkräfte - diese können sich so stärker auf Einsatzaufgaben konzentrieren; dies ermöglicht auch ressourcensparende Synergieeffekte, die wir dringend brauchen.

Im Interesse größtmöglicher betrieblicher Effizienz: Konzentration bei laufender Reform auf Bereitstellung unbedingt notwendiger Kernfähigkeiten. Wo immer militärisch vertretbar und finanziell günstiger, suchen wir verstärkt Kooperation mit Wirtschaft und Industrie.

Ziel ist, Leistungen zu erhalten, die nicht aufgrund gesetzlicher und politischer Vorgaben oder militärischer Notwendigkeiten durch die Bundeswehr selbst erbracht werden müssen.

Fähigkeiten, über welche Bundeswehr verfügen muss, haben wir konzeptionell in einem Fähigkeitsprofil abgebildet, das aus den sechs miteinander verzahnten Fähigkeitskategorien "Führungsfähigkeit", "Nachrichtengewinnung und Aufklärung", "Mobilität", "Wirksamkeit im Einsatz", "Unterstützung und Durchhaltefähigkeit" sowie "Überlebensfähigkeit" besteht.

Dies sind Fähigkeitskategorien, zu deren Verbesserung wir uns im Rahmen des NATO-Streitkräfteplanungsprozesses verpflichtet haben. Im Folgenden: Bedeutung dieser Kategorien und ihre Umsetzung in neue Strukturen und Beschaffungsvorhaben.

Konzentration auf Einsatzaufgaben bedeutet: Ausbau unserer Fähigkeiten zur Führung streitkräftegemeinsamer Operationen im Verbund mit unseren Bündnispartnern. Beispiele: Führen unserer Auslandseinsätze aus dem neu aufgestellten Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam sowie Verfolgung von Rüstungsprojekten, die auf die Verbesserung der "Führungsfähigkeit" zielen. Beispiele hierfür: Modernisierung des Systems zur weiträumigen Kommunikation via Satellit SATCOM und Einführung des Datenfunksystems MIDS (Multifunctional Information Distribution System). Zweitens: Erhöhter Informationsbedarf der Leitung und aller erforderlichen Führungsebenen der Streitkräfte zur Lage in Interessen-, Krisen- und Einsatzgebieten erfordert Verbesserung unseres Verbundes der "Nachrichtengewinnung und Aufklärung" besonders auf strategischer Ebene. Dazu entwickeln wir beispielsweise das strategische Aufklärungssystem SAR Lupe.

Weltweit durchzuführenden Einsätze der Bundeswehr reichen vom Balkan über Horn von Afrika bis nach Afghanistan und darüber hinaus. Sie erfordern eine strategische Verlegefähigkeit, über die wir heute nicht verfügen. Die ist die Absicht, mit dem Transportflugzeug A 400 M einen Beitrag zum Schließen dieser Fähigkeitslücke zu leisten; ergänzend dazu ist die Planung zur Aufstellung eines europäischen Lufttransportkommandos, um die strategische Mobilität der EU-Streitkräfte bzw. europäischen NATO-Mitglieder zu verbessern.

Bei Verbesserung der "Wirksamkeit im Einsatz" geht es zum einen darum, den Verbund von Führungs-, Aufklärungs- und Waffensystemen zu stärken und zum anderen, Abstands- und Präzisionsfähigkeit unserer Waffensysteme zu verbessern. Damit erhöht sich ihre Effizienz und "Duellsituationen" werden vermieden, die immer eine hohe Gefährdung für unsere eingesetzten Soldaten mit sich bringen. Die Ausrichtung auf Präzisions- und Abstands-fähigkeit bedeutet auch, dass die Anzahl klassischer Waffenplattformen wie Kampfpanzer, Schützenpanzer und Artilleriegeschütze reduziert werden kann.

Zur Kategorie Wirksamkeit im Einsatz gehören auch Informationsoperationen zum Erringen und Erhalten der Informationsüberlegenheit, der elektronische Kampf zur Erfassung und Auswertung elektromagnetischer Ausstrahlungen sowie Operative Information zur Einwirkung mit kommunikativen Mitteln und Methoden auf ausgewählte Zielgruppen im Einsatzgebiet. Erfahrungen in Einsätzen zeigen immer wieder, wie wichtig der Ausbau dieser Fähigkeiten für erfolgreiche Durchführung unserer Operationen ist.

Bei der Kategorie "Unterstützung und Durchhaltefähigkeit" sind zwei Punkte wesentlich: die logistische Unterstützung und die sanitätsdienstliche Versorgung.

Heutige Auslandseinsätze stellen hohe Anforderungen an Umfang und Qualität der logistischen Unterstützung, die auch unter schwierigen klimatischen, geographischen und infrastrukturellen Bedingungen zu leisten ist.

Aufgrund der Besonderheiten des Einsatzes von Seestreitkräften hatte die Marine bereits in der Vergangenheit solche Forderungen zu berücksichtigen, jetzt müssen alle logistischen Kräfte und Mittel sich danach ausrichten. Neben Führungsunterstützungstruppen ist die Anzahl und Qualität unserer Logistiker zunehmend zu der entscheidenden Bestimmungsgröße für Durchhaltefähigkeit in unseren Einsätzen geworden.

Hinsichtlich sanitätsdienstlichen Unterstützung: Der Anspruch, dass wir unseren Soldaten auch in Einsätzen eine medizinische Behandlung zukommen lassen wollen, deren Qualität der Versorgung in Deutschland entspricht.

Um diesem Anspruch zu genügen, haben wir den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr umgestaltet und ausgebaut, haben im Bereich der Beschaffungen einen AIRBUS A 310 zu einem "fliegenden Krankenhaus" umgerüstet und sind dabei, die Kapazitäten bei den Einsatzlazaretten zu erweitern.

Die sechste Fähigkeitskategorie ist "Überlebensfähigkeit". Alle Maßnahmen, die den Schutz unserer Soldaten und ihre Überlebensfähigkeit im Einsatz betreffen, besitzen sehr hohe Priorität bei unseren Beschaffungsvorhaben. Aus diesem Grunde verbessern wir beispielsweise den Minenschutz für diverse gepanzerte Fahrzeuge.

Darüber hinaus werden persönliche Schutzausstattung der Soldaten sowie der ABC-Schutz verbessert. Mit dem Hubschrauber NH-90 wollen wir eine "Combat Search and Rescue" CSAR-Fähigkeit zur Rettung von Insassen abgestürzter bzw. abgeschossener Luftfahrzeuge realisieren; das Marineleichtgeschütz wird den Schutz unserer Schiffe und Boote vor Terrorangriffen verbessern.

Eine unverändert arg begrenzte Finanzdecke macht Sorge, ob wir die für die Bundeswehr angestrebten Fähigkeiten erwerben können. Aber: Ein konzeptioneller und planerischer Beitrag wurde geleistet, alle beabsichtigten Investitionen in Modernisierung und Ausrüstung unserer Streitkräfte wurden einer strengen Priorisierung unterzogen.

Alle laufenden Einsätze wurden finanziell so unterstützt, dass wir auch im Vergleich mit Alliierten unsere Einsatzkräfte mit modernem Gerät ausrüsten konnten. Aber das Ende unserer Leistungsfähigkeit dürfte unter den gegebenen, besonders finanziellen Rahmenbedingungen spätestens mit Übernahme der Lead-Funktion bei ISAF erreicht sein.

Während wir uns bei Beschaffungen einschränken und oftmals nach der Methode "reduzieren, strecken, streichen" verfahren müssen, möchten wir bei einer anderen möglichen Stellgröße im System Bundeswehr - beim Personal - nicht sparen.

### Investitionen in die Menschen

Die Bundeswehr muss auch in Zukunft als Arbeitsplatz attraktiv bleiben. Wir stehen trotz momentan schlechter Arbeitsmarktlage bei Gewinnung leistungsfähiger junger Menschen in harter Konkurrenz zu anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes und der gewerblichen Wirtschaft.

Zunehmende Belastung durch Auslandseinsätze sind ein Faktor, warum wir im Bereich Unteroffiziere und länger dienender Mannschaften unsere jährlichen Einstellungsziele nicht immer vollständig erreichen können. Außerdem: Eine "Firma", deren Ausrüstung zunehmend überaltert und die trotz aller Kreativität und Innovation zur Effizienzsteigerung der eingesetzten Mittel

nahezu chronisch unter Haushaltsenge leidet, ist nicht sonderlich verlockend. Dennoch, in diesem Jahr wurden bedeutende Verbesserungen für Soldaten der Bundeswehr erzielt und hierdurch auch ein Attraktivitätsschub:

- Die Eingangsbesoldung für junge Soldaten wurde erhöht,
- eine neue Unteroffizierlaufbahn für Bewerber mit speziellen beruflichen Vorkenntnissen wurde eingerichtet,
- die Laufbahnaussichten (Unteroffizieren und Offizieren) wurden verbessert.

Es besteht die Hoffnung, hierdurch auch in Zukunft eine ausreichende Anzahl von geeigneten Bewerbern für eine Laufbahn in den Streitkräften gewinnen zu können.

Das positive Bild gilt auch für den Bereich der militärischen Ausbildung. Das Ausbildungssystem mit aufeinander aufbauenden Lehrgängen und mit computerunterstützten Übungszentren gehört zu den besten der Welt. Es wäre ein Fehler, hier den Rotstift anzusetzen.

Der Bereich von Personal und Ausbildung ist zufriedenstellend. Jedoch der Bereich der Investitionen ist kritisch; die Bundeswehr muss ausreichend modern für Erfüllung ihrer Aufgaben ausgestattet sein, andernfalls sind gravierende, auch strukturelle Einschnitte notwendig. Dazu hat der Generalinspekteur als Gesamtverantwortlicher für die Bundeswehrplanung bislang keinen Auftrag erhalten.

Das Ergebnis der Koalitionsvereinbarungen lautet, die Bundeswehrreform, die im Jahr 2000 eingeleitet worden ist, konsequent umzusetzen und gegebenenfalls weiterentwickeln.

#### Auswirkungen der Terroranschläge vom 11.09.2001 auf die Bundeswehr

Die Koalitionsvereinbarung fordert auch die Anpassung der Bundeswehrreform an die nach dem 11. September 2001 veränderten Bedingungen. Damit schließt sich der Kreis, wenn ich nach Ausführungen zu Aufgaben, Fähigkeiten und Mitteln der Bundeswehr nun wieder zum besonderen Aspekt heutiger Risiken und Bedrohungen zurückkehre.

Im BMVg wurden unmittelbar nach den Terroranschlägen Untersuchungen durchgeführt, die sich - über Möglichkeiten und Grenzen eines konkreten Einsatzes der Streitkräfte hinaus - mit Frage nach den Folgen des internationalen Terrorismus für die grundsätzliche Planung der Bundeswehr beschäftigten.

Ergebnis: Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr schließt alle Fähigkeiten ein, die erforderlich sind, um neuen Konfliktmustern erfolgreich zu begegnen.

Die Risiken des internationalen Terrorismus wurden bereits im "Strategischen Konzept" der NATO von 1999 ausdrücklich erwähnt. Sie haben Eingang in konzeptionellen Überlegungen gefunden. Die Bundeswehrreform hat somit bereits im Ansatz die neuen Risiken berücksichtigt.

Die Anschläge vom 11. September 2001 verdeutlichen die Notwendigkeit, diejenigen Teilfähigkeiten des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr beschleunigt zu erwerben, die einen besonderen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus leisten. Das Fähigkeitsprofil ist schneller einzunehmen. Stichwort: Verbesserung der Reaktionsfähigkeit.

Mit Verstärkung des Haushaltes um ca. 767 Mio. Euro aus dem Anti-Terror-Paket der Bundesregierung wurden die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Jedoch: Der Großteil der Mittel musste im Rahmen der laufenden Einsätze verwendet werden, dennoch bleibt auch Teil für Investitionen verfügbar.

Die Bekämpfung der neuen Risiken erfordert dauerhafte Anstrengung über Jahre hinaus.

#### Schluss

Lassen Sie mich bezüglich des Einsatzes von Streitkräften angesichts der heutigen Risiken und Bedrohungen folgendes abschließend betonen:

Der Begriff des "Umfassenden Sicherheitsbegriffs", um dem komplexen, multidimensionalen Charakter von Krisen und Konflikten gerecht zu werden, gilt als Grundparameter deutscher Sicherheits- und Außenpolitik auch nach dem 11. September 2001 unverändert fort.



Generalmajor Friedrich Wilhelm Ploeger erhält vom Landesvorsitzenden Oberst d. R. Peter Eitze den neuen Jubiläumsband "40 Jahre Freiwillige Reservistenarbeit 1962-2002". In der Mitte Oberst a. D. Nikolaus Schmeja.

Die Neupositionierung schließt die erhöhte Bereitschaft ein, sich militärisch zu engagieren, auch über den europäischen Raum hinaus, damit wird die Entwicklung beschleunigt, die sich bereits seit einigen Jahren abzeichnete.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich für deutsche Streitkräfte ziehen? Die Bundeswehrreform folgt grundsätzlich den richtigen Zielen; bestimmte Fähigkeiten müssen aber schneller sowie in anderen Qualitäten und Quantitäten als bislang geplant verfügbar gemacht werden,

Die aktive Bekämpfung als Rolle deutscher Streitkräfte heißt Schutz und Verteidigung vor unmittelbaren Anschlägen und Angriffen von außen gegen die Bevölkerung, gegen Einrichtungen und Kräfte Allierter und Partner und schließt mögliche militärische Unterstützungsleistungen nach erfolgten Angriffen ausdrücklich ein.

Deutsche Streitkräfte können einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus leisten, ihre Aufgabe ist dabei komplementär und eingebettet in eine Gesamtstrategie zu sehen. Um die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen, sind jedoch andere Politikbereiche im Sinne umfassender Sicherheitsvorsorge gefordert.

Niko Schmeja

## Eurasien und die Neuauflage des großen Spiels Thesen zu der veränderten sicherheitspolitischen Lage

Mit dem Ende des Ost West Konfliktes bestimmen neue Rahmenbedingungen die sicherheitspolitische Lage in der Welt. Der Wegfall der existentiellen Bedrohung durch die Nuklearwaffen, die den Kern der gegenseitigen Abschreckung bildeten, hat größere Spielräume für politisches Handeln geschaffen. Durch Auflösung der Blockdisziplin und Freigabe globaler Möglichkeiten für wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen eröffneten sich neue Chancen, begleitet aber auch von Risiken und Instabilitäten.

Wirtschaftliche Globalisierung erfasste nunmehr auch den Bereich der ehemals sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie gewann zunehmend kulturelle und gesellschaftliche Dimensionen und führte damit zwangsläufig zu politischen Veränderungen. Zerfall aber auch Neubildung politischer Einheiten und Beziehungen waren die Folge. Organisationen, Bewegungen und Aktivitäten sahen sich von der lokalen und regionalen Ebene plötzlich auf ein globales Spielfeld versetzt. Entgrenzung, Verflechtung und Interdependenz bei zunehmender Kommunikationsdichte führten dazu, dass Nationalstaaten und traditionelle Allianzen an Bedeutung verloren, dafür traten nichtstaatliche Akteure auf allen Handlungsebenen hinzu, transnationale Organisationen entstanden in großer Zahl.

Der Druck zu Integration und Kooperation bei einem Nebeneinander ungleichzeitiger, teilweise unvereinbarer Kulturen, Gesellschaften, politischer Systeme und weit auseinander liegender ökonomischer Fähigkeiten und Ordnungen, die in einer globalisierten Welt im Leistungsvergleich und Wettbewerb stehen, führten zu Konflikten, die aus dem Gefühl der Erosion eigener Normen, der Übervorteilung und politischer Bevormundung entstanden. Damit gewinnt der Begriff Sicherheit mehr



Der Landesbeauftragte für Sicherheitspolitik Oberstleutnant d. R. Dr. Johannes Leclerque zwischen dem ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Werner Kurth und Elke Schröder von der Konrad-Adenauer-Stiftung.

noch als früher neben einer politischen und militärischen, eine ökonomische und gesellschaftliche Dimension. In der Verflechtung und Nähe entwickeln sich neue Gewaltformen zur Durchsetzung von Zielen, die von den bisherigen Formen, Regeln und Mitteln des Krieges stark abweichen und mit den herkömmlichen Strategien und Kräften nicht ausreichend einzudämmen sind.

Der Krieg zwischen Staaten, mit konventionellen Streitkräften nach Gewalt begrenzenden Regeln des Völkerrechts geführt, wird immer mehr zur Ausnahme; Bürgerkriege, der bewaffnete Kampf zwischen religiösen oder ethnischen Gruppen mit enthemmter Gewalt ohne Rechtsbegrenzung, Terrorismus ohne Zuordnung zu Verantwortlichen, die mit einem Staat identifiziert werden können, häufen sich. Die Weltordnung und das internationale Recht erweisen sich in dieser zunehmend anarchischen Form der Konfliktaustragung als unzureichend für Prävention, Krisenmanagement und Reparatur einer zerbrochenen Ordnung. Mit dem Anstieg von Gewalt zur Entscheidung offener Fragen gewinnen Streitkräfte an Bedeutung als Faktor für Sicherheit. Doch wird sich entsprechend der veränderten Formen des Krieges ihr politischer Auftrag und ihre Aufgaben und damit ihre Fähigkeiten und Strukturen erheblich verändern.

Zur Zeit finden wir in der Welt folgende Zonen unterschiedlicher Sicherheit:

Die Zone der relativen äußeren (militärischen) Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität, die auch im Innern durch demokratisch kontrollierte Machtausübung stabil ist. Den Staaten dieser Region kommt eine hohe Verantwortung bei der Ausweitung des Raumes von Sicherheit, Wohlstand und Stabilität zu.

Die Zone der Transformationsländer, deren Wirtschaft im Umbau ist und die sich der Globalisierung geöffnet haben. Die Bestimmung von Staatsordnung und Staatszielen ist noch nicht abgeschlossen, politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität noch nicht erreicht. Zerfall und Gewaltausbrüche sind nicht ausgeschlossen. Sicherheit wird durch Anlehnung an die Zone des demokratischen Friedens gesucht.

Regionen aufholender Modernisierung zeigen Staaten, deren Wirtschaft sich vor allem durch schnell voranschreitende Industrialisierung mit großer Dynamik entwickelt. Die politische und gesellschaftliche Entwicklung hält in vielen Bereichen nicht Schritt, unzureichende Kontrolle der Macht, ökologische Schäden, zerbrechende soziale Strukturen lassen Gegenbewegungen wachsen, die sich eher verdeckt gegen den eingeschlagenen Kurs und seine Vertreter, häufig damit gegen eine "Verwestlichung", stellen. Wirtschaftlicher Erfolg und zügige Modernisierung im politischen und gesellschaftlichen Bereich werden über Stabilität dieser Zone entscheiden.

Zonen der Umbrüche, Auflösung und Entstaatlichung, vor allem in den wirtschaftlich schwachen Gebieten. Familien-, Stammes- oder Klientelwirtschaft, exzessive Korruption, Verteilungskämpfe und ethnische Auseinandersetzungen führen zu Friedlosigkeit und anarchischen Verhältnissen, die von manchen transnationalen Unternehmen zur Ausbeutung, von internationalen kriminellen Organisationen und religiösen oder ideologisch extremistischen Gruppen als Operationsbasis genutzt werden. Dies führt zu einer von Gewalt, Elend und Armut gekennzeichneten hoffnungslosen Situation, die in

einzelnen Fällen nur noch durch militärisches Eingreifen und internationale Übernahme der Verwaltung verändert werden kann.

Die Versuche, die oben als unsicher und instabil beschriebenen Zonen und Regionen zu stabilisieren, sind nur in einigen Fällen und manchmal nur zeitlich begrenzt erfolgreich gewesen. Die Vereinten Nationen erwiesen sich mit ihren strukturellen Mängeln als nur bedingt handlungsfähig. Die UN-Charta, nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen, deckt die heutige Lage nicht mehr hinreichend ab. Tiefgreifende Reformen sind bisher gescheitert. Regionale Sicherheitskooperation ist, trotz bestimmter Probleme bei den Versuchen den Balkan zu befrieden, in Europa ein Erfolg. Die Frage nach Globalisierung oder Regionalisierung bei dem Bemühen um Sicherheit, ist noch nicht zufriedenstellend beantwortet.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die zeitweise als einzige verbliebene Supermacht versuchten, nach eigenem Rechtsempfinden und entsprechend der eigenen Wertvorstellungen eine Ordnung durchzusetzen, sind in Gefahr, ihre Kräfte zu überdehnen und damit in einen globalen Misserfolg zu steuern, der katastrophale Folgen für alle haben könnte. Auffällig ist, dass die USA sich mühen, die bestehenden Sicherheitsstrukturen möglichst nicht einzubeziehen, sondern ad hoc Allianzen zu bestimmten begrenzten Zwecken zu bilden. Es ist zu vermuten, dass damit Flexibilität, Effizienz und Schnelligkeit der Reaktion erhöht werden sollen.

Mit dem Verlauf des "Krieges gegen den Terror" zeichnet sich ein mögliches Ende der Suprematie der USA (Unilateralismus) ab. Russland und China, begrenzt auch Indien haben an Macht und Bedeutung gewonnen. Der islamische Kulturkreis hat zwar Aufmerksamkeit erlangt, dürfte aber geschwächt aus der jetzigen Situation hervorgehen. Europa als politische Macht, die entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke und kulturellen Kompetenz die langsam entstehende neue Weltordnung mitgestalten könnte, ist abgefallen und kein wichtiger Faktor mehr. England und Frankreich als Nationalstaat werden sich beteiligen und wahrgenommen, werden aber nur eine begrenzte Rolle spielen, wenn sie ihre Fähigkeiten nicht koordiniert einsetzen. Deutschland wird, wenn es nicht die notwendigen inneren Reformen durchführt und weltpolitisch angemessene Verantwortung auch mit militärischen Kräften übernimmt zurückbleiben und marginalisiert werden.

Eurasien hat sich erneut als der Kontinent erwiesen, in dem die Machtansprüche und Entwicklungen für die gesamte Welt entschieden werden. Die Konstellation, die sich mit dem Pentagramm Russland, China, Japan, Indien und USA in Asien abzeichnet, wirft, wegen der sehr unterschiedlichen Interessen, Fähigkeiten und Probleme der Beteiligten eine Menge Fragen betreffend der weiteren Entwicklung der Beziehungen der Beteiligten auf. Die Zukunft wird wesentlich davon abhängen, wie es gelingt, das internationale System den sich rasch verändernden Gegebenheiten anzupassen.



# Resolution

Seit dem Ende des Ost – West – Konflikts bestimmen neue Rahmenbedingungen die sicherheitspolitische Lage in der Welt. Rasante Zunahme der wissenschaftlichen Erkenntnisse und ihre Umsetzung in neue Technologien haben neben der Auflösung der Blockbindung die Globalisierung im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich beschleunigt. Entgrenzung, Interdependenz und Verflechtung sowie der Druck zur politischen und wirtschaftlichen Öffnung und Kooperation haben Konflikte ausgelöst, die aus dem Gefühl der Erosion eigener Normen und kleinräumiger Strukturen, der wirtschaftlichen Benachteiligung und politischen Bevormundung entstanden.

In dieser Zeit entwickeln sich neue Formen der Gewalt zur Durchsetzung von Zielen, die von den bisherigen Formen, Regeln und Mitteln des Krieges stark abweichen und mit den herkömmlichen Strategien, Instrumentarien und Mitteln nicht ausreichend einzudämmen sind. Der Krieg zwischen Staaten mit konventionellen Streitkräften nach den Regeln des Völkerrechts geführt, wird immer mehr zur Ausnahme; Bürgerkriege, der bewaffnete, enthemmte Kampf zwischen religiösen und ethnischen Gruppen, Terrorismus ohne deutliche Zuordnung zu Verantwortlichen, die mit einem Staat identifiziert werden können, häufen sich. Die Weltordnung und das internationale Recht erweisen sich in dieser zunehmend anarchischen Form der Konfliktaustragung als unzureichend für Prävention, Krisenmanagement und Reparatur einer zerbrochenen Ordnung. Mit dem weltweiten Anstieg von zunehmend privatisierter Gewalt zur Entscheidung offener Fragen gewinnen Streitkräfte an Bedeutung als Faktor für Sicherheit. Ihre Fähigkeiten und Strukturen werden sich jedoch entsprechend der veränderten Formen des Krieges verändern müssen.

Deutschlands geopolitische Lage, seine historische Entwicklung, seine wirtschaftliche Disposition und seine gesellschaftlichen Besonderheiten lassen eine unabhängige nationale Entwicklung, einen „deutschen Weg“ nicht zu. Deutschland kann seine politischen Vorstellungen und Ziele nur im europäischen Verbund einbringen und seine Sicherheitsinteressen nur im Bündnis mit der vom System und der Werteordnung verwandten USA wahrnehmen. Verstärkte Wahrnehmung der in nationaler Verantwortlichkeit liegenden Aufgaben des Schutzes auf deutschem Territorium und angemessene Beteiligung an internationalen Einsätzen sind der Schlüssel für ein Mitspracherecht und den Einfluss auf die Gestaltung einer neuen Ordnung in der Welt.

## Schlussfolgerung:

Die Teilnehmer des 9. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongresses in Karlsruhe fordern die politischen Parteien in Deutschland auf, die transatlantische Kooperation und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken, die Deutsche Bundeswehr in die Lage zu versetzen, ihre Leistungsfähigkeit rasch den veränderten Verhältnissen und Aufgaben anzupassen und die Diskussion der neuen Rahmenbedingungen für Sicherheit in Gesellschaft, Verbänden und Ausbildungseinrichtungen jeder Art zu fördern. Die Aufgaben der Bundeswehr müssen unter diesem Aspekt überdacht und neu definiert sowie die Abgrenzung zwischen den verschiedenen Organen der Exekutive zur Diskussion gestellt werden. Objektschutz nicht erst im Spannungsfall, neue Regeln der Kooperation bei Katastrophen und terroristischen Angriffen gehören zu den zu beratenden Themen. Die Risiken und Gefahren wie die gesellschaftlichen Bedingungen verlangen nach der Beibehaltung der Wehrpflicht. Der Verband der Reservisten der Bundeswehr, Landesgruppe Baden- Württemberg und der Landesbereich der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik fordern die Parteien und die Gesellschaft auf, sich eindeutig zur allgemeinen Wehrpflicht zu bekennen.



*Notwendige Kürze und hinreichende, zutreffende Aussagen in Resolutionen sind Gegensätze für die sich denken und argumentieren lohnt: Die Anregung von Leutnant a. D. Eberhard Knönagel wurde angenommen.*

## Bericht von Niko Schmeja über den Kongress in "Europäische Sicherheit" Heft 1/2003, S. 60

Den Abschluss des Jahres und einen Höhepunkt bildete der 9. Internationale Sicherheitspolitische Kongress, der am 29./30. November 2002 mit über 250 Teilnehmern in Karlsruhe stattfand. Seit Beginn wird diese Veranstaltung in Kooperation vom Landesbereich V der GfW und der Landesgruppe Baden-Württemberg des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr ausgerichtet. Neben prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft und Bundeswehr des Landes nehmen auch Vertreter der Streitkräfte und von Reservistenverbänden aus benachbarten Ländern und befreundeten Armeen teil. Die Schirmherrschaft hat seit vielen Jahren Ministerpräsident Erwin Teufel übernommen.

Nach der Eröffnung durch den Landesvorsitzenden des VdRBw, Oberst d. R. Peter Eitze, leitete der Landesvorsitzende der GfW, Oberst a. D. Nikolaus Schmeja die Tagung ein. Er kennzeichnete die tiefgreifenden Veränderungen in unserer Zeit als revolutionäre Einleitung einer neuen Weltordnung, die von Globalisierung und neuen Formen der Gewalt bestimmt werde. Neben der Zone des demokratischen Friedens, die durch Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und wirtschaftliche Prosperität gekennzeichnet sei, habe sich der Raum des ehemaligen sozialistischen Lagers in eine Zone der Transformationsländer verwandelt, die, nachdem sie sich der Globalisierung geöffnet haben, am Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schwer zu tragen haben. Nicht überall haben sie bereits eine stabile Ordnung geschaffen, die Hoffnung für eine positive Zukunft weckt. Daher ist auch das Bemühen um Anlehnung an den Westen groß. Regionen aufholender Modernisierung in Asien und Südamerika zeigen eine schnell voranschreitende Industrialisierung, mit der die politische und gesellschaftliche Entwicklung nicht Schritt hält. Unzureichende Kontrolle der Macht, Korruption, ökologische Schäden und soziale Fehlentwicklungen lassen Gegenbewegungen entstehen, die sich häufig gegen den eingeschlagenen Kurs, teils als Reformen teils im Widerstand, stellen. In den Zonen der Umbrüche, Auflösung und zunehmenden Entstaatlichung herrschen Stammes- und Klientelwirtschaft, exzessive Korruption und Verteilungskämpfe, die zu anarchischen Zuständen führen. Hier erwachsen religiösen extremistischen Bewegungen, kriminellen Organisationen oder Warlords Handlungsfelder, die häufig nur durch internationale Kontrolle und militärische Gewalt befriedet werden können.

Die sicherheitspolitische Konzeption der deutschen Regierung wurde durch Frau Ulrike Mogg (MdB, SPD), Mitglied des Verteidigungsausschusses, dargestellt. Frieden zu wahren, die Herrschaft des Rechts zu fördern und internationale Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus zu beweisen, stehen im Vordergrund. Sie machte die aktuellen konzeptionellen Differenzen im Bündnis deutlich und erläuterte die finanziellen Schwierigkeiten, die in der letzten Legislaturperiode begonnene Reform der Bundeswehr weiter zu führen.

Der Abgeordnete Dr. Karl Lamers (CDU) analysierte die augenblicklichen Spannungen im Bündnis und die Probleme einer Umsetzung des europäischen Konzepts aus Sicht der Opposition im Deutschen Bundestag. Er verwies auf die Gefahren, die eine Schwächung der transatlantischen Partnerschaft und eine dauerhafte Unterfinanzierung der Bundeswehr mit sich bringen würden.

Der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Vizeadmiral a. D. Hans Frank, erläuterte Ziele und Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik und zeigte die neue Rolle von Streitkräften im veränderten internationalen Umfeld auf.

Dies stellte der Stabsabteilungsleiter FüS III des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Friedrich Wilhelm Plöger, in seiner Lagebeurteilung in den Mittelpunkt. Das Erreichte einerseits und die verfügbaren Mittel zur Weiterführung des eingeschlagenen Weges andererseits zeigen, dass Korrekturen unumgänglich sind. Die Möglichkeiten in diesem Zusammenhang waren Gegenstand einer lebhaften Diskussion.

Oberst a. D. Schmeja schloss den Kongress mit einer Betrachtung über die Entwicklung einer neuen Kräftekonstellation in der Welt ab. Mit dem »Krieg gegen den Terror« scheint sich die Suprematie der Vereinigten Staaten abzuschwächen. Russland und China, begrenzt auch Indien, haben an Bedeutung gewonnen. Der islamische Kulturkreis hat zwar viel Aufmerksamkeit erlangt, dürfte aber geschwächt aus der jetzigen Situation hervorgehen. Europa als politische Macht, die entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke und kulturellen Kompetenz die langsam entstehende neue Weltordnung mit gestalten könnte, ist abgefallen. Ansätze durch abgestimmtes Vorgehen an Gewicht zu gewinnen, wurden vertan. Es wurde deutlich, dass eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) unbedingt notwendig wäre, der Weg dahin aber noch sehr weit ist.

## Teilnehmer am 9. Internationalen sicherheitspolitischen Kongress

name	Vorname	DstGrd	Straße	PLZ	Ort
Abrecht	Marco	OLT d.R.	Ritterstraße 2	75181	Pforzheim
Balkheimer	Klaus	Oberstlt d.R.	Fraidelweg 8	89077	Ulm
Baron	Rolf	Hptm d.R.	In den Gänsäckern 10	77656	Offenburg
Bartel	Walter	Ogefr d.R.	Kaiserstraße 11	78609	Tuningen
Baumgartner	Rudi	OSfW d.R.	Nelkenstraße 9	72469	Meßstetten
Baur	Erwin	HptGefr d.R.	Hüttenseestraße 13	88099	Neukirch
Benedikt	Rolf	Oberst d.R.	Jägerhausstraße 72	74074	Heilbronn
Benz	Robert	StFw d.R.	Sauerbruchstraße 32	78532	Tuttlingen
Bertram	Sonja				
Bincik	Frantisek				Bratislava
Blümlein	Hans-Jürgen	StFw d.R.	Kolpingstraße 3	88069	Tettngang
Bodamer	Ralf Alexander	Major d.R.	Tauchenweilerstr. 20/1	73457	Essingen
Böhnlein	Dieter	Hptm d.R.	Corelliweg 4	70195	Stuttgart
Bonde	Uto R.	Oberstlt d.R.	Schulstraße 21	79111	Freiburg-St. Georgen
Bowitz	Dr. Hans Hermann	Oberst d.R.	Haydnstraße 9	69190	Walldorf
Brandt	Dr. Jürgen	Oberst d.R.	Nelkenstraße 32	40668	Meerbusch
Brandt	Reinhold	StUffz d.R.	Konstanzer Straße 62	78315	Radolfzell
Brenner	Georg	StUffz d.R.	Albstraße 109	73432	Aalen
Bröckel	Roland	OFw d.R.	Riedstraße 4	71711	Murr
Bruhn	Johann Michael	HptFw d.R.	Lembergerweg 23	74392	Freudental
Buckermann	H.-G.	Oberstlt d.R.	Drosselweg 8	78647	Trossingen
Bühler	Manfred	HptGefr d.R.	Alemannenweg 4	88512	Mengen
Burchardt	Walter	Oberst d.R.	Denkemerweg 13	88518	Herbertingen
Burr	Manfred	StFw d.R.	Schubartstraße 33	89134	Blaustein
Dauven	Ottmar	Hptm d.R.	Sonnenbergstraße 49	71120	Grafenau
Dengler	Manfred	OFw d.R.	Am Dorf 4	69124	Heidelberg
Dinkelaker	Ulrich	Oberstlt d.R.	Dachtelstraße 13	72116	Mössingen
Dollenmaier	Günter	StBtsm d.R.	Ricarda-Huch-Straße 17	71642	Ludwigsburg
Duttlinger	Friedrich	Hptm d.R.	Im Hardt 22	79777	Ühlingen
Eben	Heinz	Fw d.R.	Martinistraße 14	88214	Ravensburg
Eberhardt	Ingo	HptGefr	Breslauer Straße 7	73072	Donzdorf
Ehrlich	Burkhard	Oberstlt d.R.	Blauenweg 4	79379	Müllheim
Eitze	Peter	Oberst d.R.	Burgunderweg 6	78464	Konstanz
Engelhardt	Walter	Oberst	Rintheimer Querallee 11	76131	Karlsruhe
Filip	Anghel	Colonel (R)			Bukarest/Rumänien
Fitz	Erwin Ritter von	Oberstlt	Reichsstraße 20	6900	Bregenz
Frank	Hans	Vizeadmiral a.D.	Rosenburg	53115	Bonn
Freiberg	Klaus	Oberstlt d.R.	Kranichweg 23	68307	Mannheim
Fröhlich	Heinz	StFw d.R.	Ulmenstraße 4	71069	Sindelfingen
Gabel	Gertrud		Lohwiesenweg 11	74731	Walldürn
Gabel	Alfons	OSfGefr d.R.	Lohwiesenweg 11	74731	Walldürn
Gall	Rüdiger	StUffz d.R.	Wolfackerweg 3	72213	Spielberg
Gentner	Richard	HptFw d.R.	Siessener Straße 2	88348	Bad Saulgau
Gnan	Franz	Oberstlt a.D.d.R.	Uffhauser-Straße 38	79115	Freiburg
Göhringer	Peter S.	StFw d.R.	Leipnizstraße 2 A	75210	Keltern-Dietlingen
Göhringer			Erzbergerstraße 121	76133	Karlsruhe
Greiner	Dr. Gottfried	Generalmajor a.D.	Peter-Schmollbach-Straße 35	69151	Neckargmünd
Greiselis	Dr. Waldis	Oberstlt d.R.	Uhlandstraße 9	76698	Ubstadt-Weiher

Haas	Kurt	HptFw d.R.	Tannenbergstraße 38	88214	Ravensburg
Hamprecht	Dieter	HptGefr	Beethovenstraße 9	68723	Oftersheim
Hardt	Josef	Oberstlt d.R.	Im Vogelgesang 10	67346	Speyer
Harr	Siegfried	FKpt d.R.	Forchenweg 1	78658	Zimmern
Haug	Josef	Uffz	Lindenstraße 26	88696	Hohenbodmann
Hauser	Rupert	Oberstlt d.R.	Hauptstraße 38	77880	Sasbach
Heidenreich	Lothar F.	Oberstlt d.R.	Eichenweg 14	76337	Waldbronn
Helbig	Jochen	Hptm d.R.	Aichtalstraße 90	71088	Holzgerlingen
Hellriegel	Rolf	Oberstlt a.D.d.R.	Augustenburger Straße 8	24860	Böklund
Hepperle	Georg	Major d.R.	Friedrichstraße 44	88045	Friedrichshafen
Herrling	Berthold	HptGefr d.R.	Finkenweg 68	88097	Eriskirch
Hildenbrand	Jörg	Hptm d.R.	Jusiweg 7	70794	Filderstadt
Hipp	Reinhard	StUffz d.R.	Franz-Schubert-Straße 2	88213	Ravensburg
Hörmann	Dr. Frank	OStArzt d.R.	Arthur-Gruter-Straße 20	71065	Sindelfingen
Horsch	Rudolf	Oberstlt d.R.	Körner Straße 7	76571	Gaggenau
Hotz	Karl-Friedrich	Oberstlt d.R.	Bauernwaldstraße 98	70195	Stuttgart
Hyner	Dirk	Lt d.R.	Moosbruggerstraße 15	78462	Konstanz
Idler	Dr. Roland	Oberst d.R.	Herderstraße 7	71522	Backnang
Irmer	Thomas	OBtsm d.R.	Mannheimer Straße 65	78467	Konstanz
Jerg	Wolfgang	Uffz d.R.	Große Gasse 4	88361	Boms
Jodat	Peter	HptFw d.R.	Platanenweg 5	73333	Gingen a.d. Fils
Joho	Rudi	StUffz d.R.	Akazienstraße 13	69412	Eberbach
Josupeit	Hermann	Oberstlt d.R.	Marstall G 8	71634	Ludwigsburg
Kaupa	Dr. Herbert	Oberst a.D.d.R.	Badenwerkstraße 3	76137	Karlsruhe
Keller	Tilman	Oberstlt d.R.	Panoramaweg 22	78089	Unterkirnach
Keller	Peter	Oberstlt d.R.	Panoramaweg 22	78089	Unterkirnach
Kempf, M. A.	Bernhard	Hptm d.R.	Asternweg 3	70794	Filderstadt
Kiedrowsky	Arndt von	OLT	Suttristraße 3	96049	Bamberg
Klein	Thierry	Major d.R.			Elsass
Klemme	Rudolf	Oberstlt d.R.	Birkenstraße 3	74924	Neckarbischofsheim
Klenk	Manfred	OStFw d.R.	Vogesenstraße 26	79379	Müllheim
Klöpfer	Holger	HptFw d.R.	Hegelstraße 46	73431	Aalen
Klöpfer	Lothar	HptGefr	Milanweg 2	73434	Aalen
Kneilmann	Horst	Oberst d.R.	Grevinghof 53	59368	Werne
Knönagel	Eberhard	Lt a.D.	Steubenstraße 12	71638	Ludwigsburg
Knoppe	Jürgen	Brigadegeneral	Bayern-Kaserne	80906	München
Kohout	Gerhard	Oberst i.G.d.R.	Waldstraße 22	97877	Wertheim
Krumreich	Fred	OGefr d.R.	Am Annenberg 3	88273	Fronreute
Kuhn	Dr. Claus		Wilhelm-Pfoh-Straße 37	74706	Osterburken
Kühnel	Frank	Oberstlt d.R.	Alte Backnanger Straße 5	71576	Burgstetten
Kurth	Werner	Fw d.R.	Wernher von Braun-Straße 11	76751	Jockgrim
Lamers	Dr. Karl		Platz der Republik 1	11011	Berlin
Lämmerzahl	Norbert	Major d.R.	Schelmenstraße 26	73035	Göppingen
Laux	Reinhard	Oberstlt d.R.	Schumannstraße 73	73054	Eislingen
Leclerque	Dr. Johannes	Oberstlt d.R.	Steinbügelstraße 9	76228	Karlsruhe
Link	Egon	Gefr	Wiesenstraße 8	CH-9220	Bischofszell
Lorek	Hartmut	Oberstlt a.D.	Forlenweg 11	76149	Karlsruhe
Lücking	Arne	Oberstlt d.R.	Ackermannstraße 34	70563	Stuttgart
Ludwig	Dietmar	Oberstlt d.R.	Achalmstraße 22	72202	Nagold-Hochdorf
Lunitz	Dr. Martin		Sigismundstraße 16	78462	Konstanz

Luxemburger	Richard	Oberstlt d.R.	Zur Öle 29	88682	Salem
Luz	Eberhard	OGefr d.R.	Mühlberg 25	72116	Mössingen
Mack	Gert	Oberstlt a.D.d.R.	Kiefernweg 45	89081	Ulm
Malchow	Hans Hartwig	OStFw d.R.	Rheinhafenstraße 143	76185	Karlsruhe
Mehringer		Major	Oberpfalz-Kaserne	92536	Pfreimd
Menger	Gerhard	HptFw d.R.	Parkstraße West 24	76297	Stutensee
Mennle	Hans-Rudolf	StFw	Im Frohnberg 18	79589	Binzen
Mezger	Jürgen	StFw d.R.	Schubertstraße 4	88085	Langenargen
Mogg			Platz d. Republik 1	11011	Berlin
Mohr	Karl	Oberstlt d.R.	Mozartstraße 3	76831	Billigheim
Möhrle	Manfred	OGefr d.R.	Egg Nr. 21	88634	Herdwangen
Mommendey	H.-J.	Fw d.R.	Gerokweg 6/1	73779	Deizisau
Noß	Hans-Georg	StFw d.R.	Hindenburgstraße 6/D	74343	Sachsenheim
Notheis	Bernd	Uffz d.R.	W.-Dachstein-Straße 15	77654	Offenburg
Oerter	Michael	Oberstlt a.D.	Birkenweg 19	88633	Heiligenberg
Peltier	Jean-Francois	Colonel (R)	Im Oleyesbühl 6	77871	Renchen
Ploeger	Friedrich Wilhelm	Generalmajor	Stauffenbergstraße 18	10785	Berlin
Popp	Werner	Oberstlt a.D.	Schönwälder Straße 6	78098	Triberg
Poppenberger	Willi	Lt z.S.	Geleener Straße 51	71034	Böblingen
Potz	Josef	OLT d.R.	Bgm.-Jäger-Straße 2a	69214	Eppelheim
Jantol	Prof.Dr. Tomo	Oberst i.R.	Bribirska 15	10360	Sesvete Kroatien
Racko	Dusan	OLT	Sokolsko 6	SK 81104	Bratislava
Reeb	Jürgen	Major d.R.	Bruchstraße 9	74889	Sinsheim
Reuker	Peter	Hptm d.R.	Jacobstraße 62	78464	Konstanz
Roduch	Lothar	Oberstlt d.R.	Böhmerstraße 5	73540	Lautern
Romer	Toni	OStFw d.R.	Staig 22	88287	Grünkraut
Ropertz	Harry-Rolf	Oberstlt d.R.	Schulstraße 28	88718	Daisendorf
Rothermel	Jochen	Uffz d.R.	Schillerstraße 15	76698	Ubstadt-Weiher
Rozga	Rosarijo	Oberst i.R.		10360	Sesvete Kroatien
Ruppert	Karl-Ludwig	OFw d.R.	Konradin-Kreutzer-Straße 22	88299	Leutkirch
Schamschula	Joachim	Fw d.R.	Kolpingstraße 3	88410	Bad Wurzach
Schänzle	Wolfgang D.	Major d.R.	Lautergartenstraße 20	73072	Donzdorf
Scheuer	Dr. Gerhart		Schlittweg 25	69198	Schriesheim
Scheuermann	Theo	StFw d.R.	Erlenstraße 4	74864	Fahrenbach
Schick	Werner	Oberstlt d.R.	Hohe Tannen 30	72488	Sigmaringen
Schild	Frank H.	Generalmajor a.D.	Görlitzer Straße 25	71701	Schwieberdingen
Schleyer	Bernd	Oberstlt d.R.	Lenastraße 16	72488	Sigmaringen
Schlösser	Frank				
Schmeja	Niko	Oberst a.D.d.R.	Vischerstraße 13	72072	Tübingen
Schmidt	Dipl.-Ing. Heinz F.	Oberstlt d.R.	Karl-Brand-Weg 1	70771	Leinf.-Echterdingen
Schmidt					
Schmidt-Narischkin	Ulrich	Hptm	Scharnhorststraße 1	24105	Kiel
Schmieder	Egon	Oberst d.R.	Im Weidenbusch 6	78247	Hilzingen
Schmitt	Gerhard A.	HptGefr d.R.	Annastraße 6	69469	Weinheim
Schneider	Harald	Major d.R.	Römerstraße 14	69198	Schriesheim
Schneider	Josef	OFw d.R.	Kantstraße 8	88213	Ravensburg
Schreiber	Jürgen	StBtsm d.R.	Allmannsdorfer Straße 50	78464	Konstanz
Schröder	Elke		Postfach 3868	76023	Karlsruhe
Schweickart	Robert	Colonel (R)	25 A route de Saverne	F-67205	Oberhsbergen
Schweickart	Harald	StFw d.R.	Rotenbergstraße 85	70176	Stuttgart
Schweinbenz	Benno	Oberstlt d.R.	Uhlandweg 2	88239	Wangen

Seeh	Werner	Gefr d.R.	Schwandorferstraße 15	78579	Neuhausen
Seitz	Bernhard	Major d.R.	Gaisbergring 24	78086	Brigachtal
Sellner	Gerhard	StFw a.D.	Bischofszellerstraße 35	78532	Tuttlingen
Semmler	Heinz	StFw d.R.	Langenbergstraße 35	75031	Eppingen
Sickel	Günter	OBtsm d.R.	Blumenstraße 3	71686	Remseck
Siegfried	Werner	WM	Oberhaldenstraße 19	CH-9223	Halden
Sihler	Michael	Oberstlt d.R.	Kappel 16	97944	Boxberg
Slawik	Werner	Hptm a.D.	Tullastraße 7	76646	Bruchsal
Spohn	Rudolf	OFw d.R.	Kesselbronn 1	89082	Ulm
Stahlich	Matthias	OFw d.R.	Ziegeleistraße 16/1	74078	Heilbronn
Steinhauer	Jochen	StUffz d.R.	Grabenstraße 6	88069	Tettngang
Sterk	Michael	Oberstlt d.R.	Wagnerstraße 24	88250	Weingarten
Straub	Ernst	StUffz d.R.	Schafwiesenweg 22	69412	Eberbach
Streibich	Roland	Oberstlt d.R.	Jahnstraße 12	88400	Biberach
Stumpf	Wilhelm	HFw d.R.	Georg-Blasel-Straße 5	76275	Ettlingen
Tiedtke	Uwe	HBtsm d.R.	Blumenstraße 3	71686	Remseck
Treubig	Manfred	Oberstlt	Rintheimer Querallee 11	76131	Karlsruhe
Trousse	Louis	Hptm d.R.			Elsass
Tscharntke	Claus-J.	Major d.R.	Am Bol 38	72461	Albstadt
Vieczenz	Karin		Borrenstraße 3	72488	Sigmaringen
Wagner	Markus	Hptm d.R.	Krickentenweg 19	70378	Stuttgart
Wagner	Klaus	OSTFw d.R.	Hohenneuffenstraße 42	72488	Sigmaringen
Walz	Dr. Manfred	Oberfinanzpräsident	Moltkestraße 50	76133	Karlsruhe
Wannenwetsch	Prof. Dr. Helmut	Oberstlt d.R.	Dr. Hepp-Straße 7	67434	Neustadt/W
Weber	Norbert	Oberstlt d.R.	Kaiserstraße	72805	Lichtenstein
Weh	Manfred	OSTFw d.R.	Karl-Bromberger-Straße 8	78183	Hüfingen
Wening	Ulrich	Oberstlt	Mittelgewann 3 a	68723	Schwetzingen
Wenning	Walter	Oberst d.R.	Breslauer Straße 7	79576	Weil/Rh
Wenzel	Reinhold	Oberstlt d.R.	Im Mühlenfeld 30	53123	Bonn
Widmer	Thorsen	Lt d.R.	Bittelschießer Straße 80	72488	Sigmaringen
Widmer	Herbert	StFw d.R.	Bittelschießer Straße 80	72488	Sigmaringen
Wilhelm	Dr. Edmund	Oberst d.R.	Gartenweg 1	97799	Zeitlofs-Eckarts
Winterroth	Gisbert	Oberstlt a.D.d.R.	Hermann-Löns-Weg 59	69207	Sandhausen
Wistuba	Manfred		Wenzelgasse 42	53111	Bonn
Wittig	Siegfried	Major d.R.	Steidlestraße 6	72488	Sigmaringen
Wolf	Erich	StFw d.R.	Franz-Schubert-Straße 4	69190	Walldorf
Würz	Karlheinz	Hptm d.R.	Max-Planck-Straße 2	69198	Schriesheim

# Helfen Sie mit Werben Sie ein Mitglied für den Reservistenverband

Geschäftsstelle Stuttgart  
Nürnberger Straße 184  
70374 Stuttgart  
0711/5284613  
0711/524562  
geschst\_stuttgart@vdrbw

Geschäftsstelle Ellwangen  
Reinhardt-Kaserne  
73479 Ellwangen  
07961/7481  
07961/7694  
Geschst\_ellwangen@vdrbw

Geschäftsstelle Lauda  
Becksteiner Str. 100/11  
97922 Lauda-Königshofen  
09343/65028  
09343/65029  
geschst\_lauda@vdrbw.de

Geschäftsstelle Malmsheim  
Perouser Straße 102  
71272 Renningen  
07159/800878  
07159/800879  
geschst\_renningen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Karlsruhe  
Rintheimer Querallee 11  
76131 Karlsruhe  
0721/606572  
0721/6649297  
geschst\_karlsruhe@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mannheim  
Badener Platz 4  
68239 Mannheim  
0621/472446  
0621/4817585  
Geschst\_mannheim@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mosbach  
Renz-Straße 1  
74821 Mosbach  
06261/18581  
06261/4402  
geschst\_mosbach@vdrbw.de

Geschäftsstelle Freiburg  
Stefan-Meier-Str. 72a  
79104 Freiburg  
0761/36602  
0761/36727  
geschst\_freiburg@vdrbw.de

Geschäftsstelle Immendingen  
Am Bildstöckle 3  
78194 Immendingen  
07462/6538  
07462/924023  
geschst\_immendingen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Stetten  
Lager Heuberg / Geb.152  
72510 Stetten a. K. M.  
07573/958106  
07573/958239  
geschst\_stetten@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ulm  
Postfach 2540  
89015 Ulm  
0731/32939  
0731/32952  
Geschst\_ulm@vdrbw.de

Geschäftsstelle Pfullendorf  
Generaloberst v.Fritsch-Kaserne  
88630 Pfullendorf  
07552/409156  
07552/409157  
geschst\_pfullendorf@vdrbw.de

Reservistenverband  
Landesgruppe Baden-Württemberg

# Der 10. Internationale Sicherheitspolitische Kongress

findet statt  
am 28. und 29. November 2003

voraussichtlich wieder  
im Queens-Hotel  
in Karlsruhe

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.  
Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg  
Graf-Stauffenberg-Kaserne  
72483 Sigmaringen  
Tel.: 07571/681263  
Fax: 07571/681256  
E-Mail: Landesgeschst\_baden-wuerttemberg@vdrbw.de